



Nicaragua in Aufruhr

Jahresbericht 2018

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

7	Nicaragua: Länderbericht und Aktivitäten
23	Mexiko: Länderbericht und Aktivitäten
41	Honduras: Länderbericht und Aktivitäten
71	Kolumbien: Länderbericht und Aktivitäten
85	El Salvador: Länderbericht und Aktivitäten
95	Partizipativer Kongress
101	Zusammenarbeit mit Schulen
103	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Editorial

Im Jahr 2018 stand ein Ereignis für das Ökumenische Büro im Mittelpunkt: Der plötzliche Gewaltausbruch im April in Nicaragua war nicht nur schrecklich, sondern auch völlig unerwartet. Dass innerhalb weniger Monate mehrere hundert Menschen erschossen wurden, dass viele von ihnen nicht nur Opfer der Polizei waren, sondern dass diese von Paramilitärs unterstützt wurde, schien vor einem Jahr noch unvorstellbar.

Nicaragua

Aus Demonstrationen von Studierenden gegen eine Rentenreform im April entwickelte sich in Nicaragua in kürzester Zeit die schlimmste Krise seit vielen Jahren. Nach dem Scheitern eines Nationalen Dialogs im Mai, erstickte die Regierung Ortega die Massenproteste mit Polizei- und paramilitärischer Gewalt. Mit harter Repression gegen Anführer*innen¹ der Proteste, gegen kritische Medien und Nichtregierungsorganisationen stellte die Regierung die „Normalität“ wieder her. So sieht es die Regierung jedenfalls. Die wirtschaftlichen Folgen der Krise, wie das Schrumpfen der Gesamtwirtschaft mit seinen Folgen für die Bevölkerung, wachsende Arbeitslosigkeit und damit Armut, sind unüberschaubar. Wir hoffen auf eine Wiederaufnahme des Nationalen Dialogs, diesmal mit echten Verhandlungen, bei denen alle Beteiligten wirklich die Zukunft des Landes im Auge haben. Uns ist in diesem schwierigen Augenblick die Zusammenarbeit mit unseren nicaraguanischen Partner*innen vom Movimiento Comunal Matagalpa eine große Hilfe und wir zeigen uns nach besten Kräften solidarisch an der Seite ihres Einsatzes für friedliche Konfliktlösungen auch auf lokaler Ebene.

Mexiko

2018 war für Mexiko ein wichtiges Wahljahr. Mit Andrés Manuel López Obrador (AMLO) wurde nach langer Zeit wieder ein Politiker zum Präsidenten gewählt, der nicht einer der konservativen Parteien angehört. Dies könnte einen politischen Richtungswechsel bedeuten. Im Wahlkampf hatte AMLO versprochen, gegen Korruption und Strafflosigkeit vorzugehen. Seit Dezember 2018 ist er nun im Amt und es muss sich noch zeigen, ob er die Versprechungen umsetzen kann und wie sehr die Altlasten der Vorgängerregierungen ihn behindern werden. Wie Geschehnisse in Mexiko auch von Vorgängen in Deutschland abhängen,

¹ Anführer*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete * ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

kann in dem Länderbericht Mexiko dieses Jahresberichtes nachgelesen werden, wo es um einen Strafprozess gegen Heckler&Koch in Stuttgart geht.

El Salvador

Auch in El Salvador ist im Jahr 2018 gewählt worden. Bei den Parlaments- und Bürgermeisterwahlen im März erlitt die FMLN schwere Verluste und die von ihr geführte Regierung hatte seither noch größere Schwierigkeiten, Mehrheiten im Parlament zu finden. Offensichtlich glaubt eine Mehrheit der Wähler*innen nicht, dass die FMLN-Regierung die dringendsten Probleme der Bevölkerung wie Kriminalität und schlechte wirtschaftliche Situation lösen kann. Der Ausgang der Wahlen hat auch bittere Auswirkungen auf die sozialen Bewegungen. Ihr Kampf für ein allgemeines Wassergesetz, für das sie sich seit mehr als zehn Jahren einsetzen, wird wohl erfolglos bleiben. Das neue Wassergesetz sollte die allgegenwärtigen Probleme bei der Wasserversorgung ein für alle Mal lösen. Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen droht jetzt, dass die Rechte die (vermeintliche) Lösung der Probleme in einer Privatisierung der Wasserversorgung suchen wird. Gegenüber all diesen negativen Nachrichten, ragt ein positives Ereignis heraus. Dass Papst Franziskus im Oktober 2018 den im März 1980 ermordeten Erzbischof von El Salvador, Óscar Romero, heiliggesprochen hat, wurde von der Mehrheit der Menschen, die nicht mit den damaligen rechten Regierungen und den Militärs sympathisierten, mit großer Freude und Genugtuung aufgenommen. Für sie war Romero längst ein Heiliger.

Honduras

In Honduras wurden zweieinhalb Jahre nach dem Mord an Berta Cáceres in einem ersten Prozess sieben Männer wegen der Tat verurteilt. Der Prozess strotzte von abenteuerlichen Unregelmäßigkeiten. Am gravierendsten war die Mißachtung der Rechte der Opfer: Bertas Organisation COPINH wurde gar nicht als Nebenklägerin zugelassen, die Anwälte ihrer Familie dann später aus dem Prozess ausgeschlossen. Obwohl mehrere der Verurteilten enge Beziehungen zu den wahrscheinlichen Auftraggebern, dem Unternehmen DESA und dem Militär, hatten, ist ein Prozess gegen diese Hintermänner bisher nicht in Sicht.

Im Januar 2018 trat Präsident Juan Orlando Hernández trotz offensichtlichen Wahlbetrugs eine zweite Amtszeit an. Es wurde deutlicher

denn je, dass sich Honduras seit dem zivil-militärischen Putsch 2009 immer mehr Richtung eines Narcostaates entwickelt hat. Korruption und Menschenrechtsverletzungen sind alltäglich und die Spuren lassen sich inzwischen bis in den obersten Machtzirkel um den Präsidenten verfolgen.

Dieser Hintergrund geht meist verloren, wenn bei uns in den Medien von Karawanen von Migrant*innen aus Zentralamerika in die USA berichtet wird. Er ist aber immer präsent in unseren Aktivitäten zu Honduras, wo es um Information und Advocacy zur Situation des Landes, Unterstützung verfolgter Journalist*innen, politischer Gefangener und der LGBT*Community, vor allem aber auch Recherchen zu kritikwürdigen Geschäftsbeziehungen hiesiger Unternehmen nach Honduras geht.

Kolumbien

Wie in Mexiko wurde 2018 auch in Kolumbien gewählt. Der neue Präsident Ivan Duque bedeutet aber, ganz anders als in Mexiko, keinen halbwegs hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft. Er gehört zur ultrakonservativen Partei Centro Democrático (Demokratische Mitte), die von dem rechtsradikalen ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe geführt wird. Das erklärte Ziel dieser politischen Gruppierung ist es, den Friedensprozess mit der FARC-Guerilla zu stoppen und gegenüber dem Nachbarland Venezuela einen harten Konfrontationskurs zu verfolgen. Es könnte sich ein klarer Schritt zurück in die Vergangenheit anbahnen, zurück zu konservativen Vorstellungen, hinter denen sich aber nur die wirtschaftlichen Interessen gewisser Gesellschaftsgruppen verbergen. Es wird darum gehen, diese Interessen durchzusetzen und zwar mit allen Mitteln. Interessen aufzudecken, darum drehte es sich auch in der Kolumbienarbeit des Ökumenischen Büros. Deutlich wird dies bei den von uns erstellten Factsheets zu den Themen Friedensvereinbarung mit der FARC-Guerilla und der Bedeutung der Landfrage sowie zu der von Deutschland aus Kolumbien importierten Steinkohle. Eine gleiche Zielrichtung hatte die Arbeit unseres sehr aktiven AK Kolumbien, der für die Veranstaltungen des Büros sehr wichtig ist.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Auf die verschiedenen Veranstaltungen des Büros wird in den Berichten zu den Ländern eingegangen. Auf zwei Aktivitäten sei hier noch

einmal besonders hingewiesen. Zum einen auf den *Partizipativen Kongress: Entwicklung oder nachhaltige Exklusion? - Freihandel in Zentralamerika*, der als Wochenendseminar im Oktober 2018 in München stattfand. Der Kongress mit seinem länderübergreifenden Thema, mit Referent*innen aus vier lateinamerikanischen Ländern und aus Deutschland, fand in München und bundesweit reges Interesse. Zusammen mit dem neuen großen Wandbild am Auer Mühlbach und dem künstlerischen Sommerprogramm *Festival de Arte Popular México-Alemania* war er für uns der Höhepunkt des Jahres. Zum anderen haben wir 2018 die Zusammenarbeit mit Schulen weiter intensiviert. Die Besuche in Schulklassen mit Gästen aus Lateinamerika waren für Schüler*innen und Gäste immer ein eindrucksvolles Erlebnis. Herzlichen Dank auch an die engagierten Lehrer*innen!

Dank gebührt noch vielen weiteren. An erster Stelle danken wir den Hauptamtlichen ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die Kooperationspartner*innen sowie unsere treuen und neuen Spender*innen.

Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit und unsere Projekte im Jahr 2018 finanziell unterstützt haben, herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global, Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (fdcl), Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Migrationsbeirat München, Misereor.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2019.

Länderbericht

Dass im Jahr 2018 mehrere Hundert Menschen im Zusammenhang mit politischen Protesten ihr Leben verlieren würden, hat zuvor niemand für möglich gehalten – nicht die Regierung Ortega Murillo, nicht die politische Opposition, nicht die nicaraguanische Zivilgesellschaft und natürlich auch nicht wir vom Ökumenischen Büro. Wir fühlen mit allen Betroffenen, schauen wie wohl die meisten Nicaraguaner*innen voller Sorgen in die Zukunft und hoffen, dass sich trotz allem noch ein friedlicher Ausweg für das Land findet. Auf jeden Fall müssen die Menschenrechtsverletzungen des Jahres 2018 geahndet werden.

▪ Wenn man Ende 2018 zurückschaut auf die Ereignisse des Jahres in Nicaragua, dominieren offene Fragen und ein Gefühl der Verunsicherung. 325 Tote¹ – wie konnte das geschehen? Was ist überhaupt geschehen? Ist eine friedliche Protestbewegung durch Polizeigewalt zum Schweigen gebracht worden, wie die regierungskritische und die internationale Presse berichten, oder ist ein gewalttätiger krimineller Putschversuch verhindert worden, wie die Regierung behauptet? Besonders diese beiden total verschiedenen Wahrnehmungen der Realität zeigen, dass Nicaragua ein tief gespaltenes Land ist. Unbestritten ist jedenfalls, dass alles mit dem 18. April 2018 begann.

Explosion im April

Schon seit längerem war darüber diskutiert worden, wie die finanziellen Probleme des nicaraguanischen Sozial- und Rentenversicherungssystems (INSS) gelöst werden könnten. So war es keine große Überraschung, als am 18. April die Regierung per Dekret² eine Rentenreform mit Rentenkürzungen und gleichzeitiger Beitragserhöhung ankündigte. Dagegen gibt es in Managua und Leon Protestdemonstrationen von Betroffenen und Studenten, die wie üblich von gewalttätigen Gegendemonstrationen der Juventud Sandinista angegriffen werden. Und wie üblich schreitet die anwesende Polizei nicht ein. Es gibt die ersten Verletzten, die wie üblich große Aufmerksamkeit in der regierungskritischen Presse bekommen.

1 Die Zahl der Opfer ist unklar. Die Angaben variieren zwischen weniger als 300 und mehr als 600. Die hier angegebene Zahl 325 wird von der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH) genannt. <http://www.oas.org/es/cidh/prensa/comunicados/2018/273.asp>

2 DECRETO PRESIDENCIAL No. 03-2018 <http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/utl/pdf.php?type=rdd&rdd=ZOAtDSR7DH0%3D>

Ab dem 19. April ist nichts mehr wie üblich. Den ganzen Tag über kommt es in mehreren Städten des Landes zu Protesten. Drei Menschen sterben, ein 17-jähriger wird in Tipitapa erschossen, ein Polizist in Managua. Es gibt über 70 Verletzte und eine Reihe von Verhaftungen. Die Regierung unterbindet die Sendungen von fünf Fernsehstationen. Weder dies, noch die wachsende Repression der Polizei haben Erfolg. Neben Tränengas und Gummigeschossen setzt die Polizei erstmals Schusswaffen ein. Die Demonstrant*innen, unter denen die Studenten der Universität UPOLI tonangebend sind, bewaffnen sich mit Steinen und *morteros*³. In Managua werden Barrikaden gebaut. Die Zahl der Demonstrant*innen steigt, mobilisiert über soziale Medien, enorm an. Am nächsten Tag wird alles noch viel schlimmer. Wieder steigen die Zahl der Demonstrierenden und das Polizeiaufgebot. 25 Menschen sterben an diesem Tag in



Kerzen für die Opfer, 24 April 2018

Managua, Estelí, Leon und Masaya. Von über zweihundert Verletzten und eben so vielen Verhaftungen wird berichtet. Der Protest greift auf andere Universitäten über. In den nächsten Tagen halten die Proteste im ganzen Land an und am 23. findet in Managua die größte Demonstration seit vielen Jahren statt. Der Prozess hat in wenigen Tagen eine ungeheure Dynamik entwickelt, die hier nur angedeutet werden kann.

Schon im April 2018 zeigt sich bei Gegner*innen und Anhänger*innen der Regierung ein Wahrnehmungsmuster, das bis heute so geblieben ist. Die Opposition und die regierungskritische Presse sprechen von friedlichen Protesten gegen eine blutrünstige, repressive Diktatur. Die Regierung und die FSLN dagegen erkennen einen Angriff von kriminellen Kräften und behauptet, einen Staatsstreich zu verhindern. Für Außenstehende war es anfänglich sehr schwer, sich ein stimmiges Bild der Situation zu machen. Zur Verwirrung trug auch bei, dass die drei ni-

3 *Morteros* sind in Nicaragua weit verbreitete handgefertigte Apparate, um Feuerwerkskörper abzuschießen. Sie können aber auch als Schusswaffe genutzt werden und schwere Verletzungen erzeugen.

caraguanischen Menschenrechtsorganisationen CENIDH, CPDH und ANPDH⁴ ganz unterschiedliche Opferzahlen berichteten. Wobei die beiden von den USA finanzierten Organisationen CPDH und ANPDH immer die höchsten Zahlen lieferten.

Neue Akteure und erste Versuche, die Krise zu lösen

Gleich nach den Todesfällen am 19. April hatten sich die katholische Kirche und der Unternehmerverband COSEP in den Konflikt eingeschaltet. Die Kirche rief dazu auf, die Gewalt einzustellen, und der COSEP, der die empfindliche Beitragserhöhung zur Rentenversicherung auch für die



Massendemonstration in Managua

Unternehmer kategorisch abgelehnt hatte, zu der Demonstration am 23. April. Die Regierung versuchte die Krise zu lösen, indem sie zu neuen Verhandlungen zwischen Regierung, Arbeitnehmervertreter*innen und COSEP über die Reform des INSS aufrief. Zur Unterstützung dieser Initiative setzte sie das Rentenreformdekret vom 18. April außer Kraft. Unbeeindruckt davon gingen die Proteste weiter. Die Protestierenden, zu denen inzwischen auch die Bauernorganisationen gestoßen waren, die seit Jahren gegen den Bau des Interozeanischen Kanals kämpften, forderten jetzt ein Ende der Gewalt und Gerechtigkeit für die Opfer, bald auch den Rücktritt der Regierung. Von verschiedenen Seiten wurde ein Nationaler Dialog angeregt. Das nicaraguanische Parlament beschloss die Einsetzung einer Wahrheitskommission. Der Bau der Straßensperren (*tranques*) weitete sich auf das ganze Land aus. Mitte Mai waren es 180, Verkehr und Wirtschaft wurden damit praktisch lahm gelegt. Auf internationaler Ebene wurden die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) und das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen aktiv. Es wurde von Tag zu Tag deutlicher, dass das Land in eine der tiefsten Krisen seiner Geschichte geraten war.

⁴ Centro Nicaragüense de Derechos Humanos (CENIDH), Comisión Permanente de Derechos Humanos (CPDH) und Asociación Nicaragüense Pro Derechos Humanos (ANPDH)

Nationaler Dialog



Nationaler Dialog, die Vertretung der Kirche

Schon am 24. April willigte die Regierung Ortega in einen Nationalen Dialog ein. Dieser Dialog sollte unter der Vermittlung der katholischen Kirche stattfinden. Geführt werden sollte er zwischen Vertreter*innen der Regierung und der Organisation *Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia*⁵, einem Zusammenschluss von Student*innen, Bauern und Bäuerinnen, Unternehmer*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der für diesen Dialog gegründet wurde. Die Vertreter*innen der Studierenden gehörten zum *Movimiento Universitario 19 de Abril*, das aus den Protesten der vergangenen Tage hervorgegangen war. Für die Zivilgesellschaft saßen Azahálea Solís von der Frauenbewegung MAM, Carlos Tünnermann, Ex-Minister aus den 1980er Jahren, und Luis Sánchez Sancho, Leitartikler bei der Zeitung *La Prensa*, am Verhandlungstisch. Zu den Hintergründen dieses Dialoges ist ein Interview sehr interessant, das Azahálea Solís im Juni 2018 der Zeitschrift *envio* gegeben hat.⁶ Darin wird klar, dass die katholisch Kirche nicht nur vermittelte, sondern im Vorfeld des Dialoges eine entscheidende Rolle spielte. Sie schlug nicht nur vor, welche Gruppen am Tisch vertreten sein sollten, sondern lud auch für die Vertretung der Zivilgesellschaft die Personen ein, die sie für geeignet hielt. In dem Interview sagt Azahálea Solís auch einiges über die Verhandlungsstrategie. Unter dem Namen Nationaler Dialog betrieb die Allianz eine klare Konfrontation zwischen „uns“ und „denen“. Am

5 <https://www.alianzacivicanicaragua.com/>

6 Frente a este gobierno criminal la Alianza Cívica ha sido un gran logro de la rebelión popular, *envio* Nr. 435, Juni 2018, <http://www.envio.org.ni/articulo/5494>

Verhandlungstisch wollten sie gar keinen wirklichen Dialog, sondern das „Ende der Diktatur“ erreichen. Diese Einstellung ist nach den vielen Toten nachvollziehbar, aber sicher auch ein Grund dafür, dass der Nationale Dialog am 23. Mai unterbrochen wurde und bis heute nicht wieder richtig in Gang kam. An den Ereignissen des Nationalen Dialoges ist auch erkennbar, dass traditionelle rechte Kreise Nicaraguas, Unternehmertum, katholische Kirche und regierungskritische Medien im Kampf gegen die Regierung Ortega an Gewicht gewonnen hatten. Sie versuchten die allgemeine Empörung über die Todesschüsse der Polizei zu nutzen, um die Macht Ortegas und der FSLN zu brechen. Mit ihrer Forderung nach Rücktritt und Neuwahlen, hofften sie sicher, die Macht für sich zurückzugewinnen.

Internationale Ebene

Ab Mai 2018 besuchten verschiedene internationale Menschenrechtsdelegationen für jeweils zwei bis drei Wochen Nicaragua und berichteten über die Situation der Menschenrechte. Als erstes erschien am 29. Mai ein Bericht von Amnesty International, der die Ergebnisse einer Untersuchung vom 4. bis 13. Mai darstellte.⁷ Am 22. Juni erschien der Bericht der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH.⁸ Ihm lag der Besuch einer Gruppe von Menschenrechtsexpert*innen vom 17. bis 21. Mai zugrunde. Am 29. August erschien schließlich der Bericht des Hochkommissariates für Menschenrechte der Vereinten Nationen.⁹ Er dokumentiert einen Zeitraum von vier Monaten ab dem 18. April. Alle drei Berichte basierten nicht auf eigenen Untersuchungen, sondern waren kaum mehr als eine Zusammenfassung der Meldungen in den lokalen Medien. Sie dienten hauptsächlich dazu, die internationale Öffentlichkeit zu alarmieren und damit Druck auf die Regierung Ortega auszuüben.

7 Shoot to kill: Nicaragua's strategy to repress protest, <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR4384702018ENGLISH.PDF>

8 Graves violaciones a los derechos humanos en el marco de las protestas sociales en Nicaragua
<http://www.oas.org/es/cidh/informes/pdfs/Nicaragua-es-22junio2018.pdf>

9 Violaciones de Derechos Humanos y abusos en el contexto de las protestas en Nicaragua
http://www.oacnudh.org/wp-content/uploads/2018/08/Nicaragua-Report-FINAL_SP.pdf



Konfrontation mit der Polizei

Die Regierung gewinnt die Oberhand

Während des Nationalen Dialogs hatte die Regierung immer wieder die sofortige Beseitigung der *tranques* gefordert. Sie waren der Haupttrumpf der Gegenseite, da die wirtschaftlichen Folgen die Regierung empfindlich trafen und vielleicht ins Wanken bringen konnten. Nach dem Scheitern des Nationalen Dialogs wählte die Regierung daher die „militärische“ Lösung. Polizei und Paramilitärs eroberten praktisch das Land zurück, indem sie nacheinander die *tranques* im ganzen Land stürmten. Die Straßensperren waren nie unter einer nationalen Kontrolle gewesen, sondern immer aus lokalen Initiativen hervor gegangen. Das führte dazu, dass sie an einigen Stellen von Kriminellen übernommen worden waren, die dort Wegezoll einforderten. Außerdem wurden die *tranques* nicht nur von der Regierung erobert, sondern auch von der Gegenseite „militärisch“ verteidigt. Ein Beispiel stammt aus Waslala. In einem Interview mit der Zeitschrift *envio* erwähnt Enrique Zelaya, ehemaliges Mitglied der Führung im Widerstand gegen die sandinistische Regierung in den 1980er Jahren, dass ein ehemaliger Contra-Kommandant Chef des *tranque* von Waslala gewesen sei.¹⁰ Es ist kaum anzunehmen, dass er keine Schusswaffe dabei hatte. Zwei Monate später am 19. Juli, dem 39. Jahrestag der sandinistischen Revolution, gab es keine *tranques* mehr. Der Widerstand war gebrochen, der Machtanspruch der Regierung wiederhergestellt. Aber es waren noch einmal mehr als 100 Menschen umgekommen. Unter den Toten waren wieder Polizist*innen und auch durch Lynchjustiz umgekommene Anhänger*innen der Regierung.

¹⁰ “Hay que evitar a toda costa una guerra civil” *envio*, Nr. 440 November 2018
<http://www.envio.org.ni/articulo/5551>

Zunehmende Repression und Druck der USA

Nachdem die Machtfrage entschieden war, verstärkte die Regierung die institutionelle Repression. Systematisch wurden kritische Stimmen zum Schweigen gebracht. Im Juli verabschiedete die Nationalversammlung das Gesetz Nr. 977. Unter anderem soll damit gegen die „Finanzierung des Terrorismus“ vorgegangen werden.¹¹ Dieser Tatbestand wird in Zukunft mit Haftstrafen von bis zu 20 Jahren geahndet. Der Vorwurf des „Terrorismus“ war einer der Hauptvorwürfe in der Verhaftungswelle der folgenden Wochen, die auch zwei Mitglieder der *Alianza Cívica* traf, obwohl sie noch im Mai mit am Verhandlungstisch des Nationalen Dialogs gesessen hatten.¹² Die Situation für regierungskritische Personen war so schwierig geworden, dass die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) in 64 Fällen Vorsorgemaßnahmen gewährte.¹³ Hiermit soll nicht behauptet werden, dass alle diese Verhaftungen willkürlich waren und dass alle, die nach dem 18. April in ein Gefängnis kamen, politische Gefangene sind. Aber dass die nicaraguanische Justiz in all diesen Fällen für Gerechtigkeit sorgen wird, ist eine Hoffnung, die sich kaum erfüllen wird, wie die Ergebnisse der Expertenkommission GIEI zeigt (siehe nächstes Kapitel).

Danach war es keine Überraschung mehr, dass eine ganze Reihe von Regierungskritiker*innen es vorzogen, ins Exil zu gehen. Darunter finden sich auch Prominente wie Mónica López, Rechtsanwältin der Antikanalbewegung und Félix Maradiaga, Vorsitzender der Organisation IEEPP.

Im Dezember beschloss die Nationalversammlung schließlich einer Reihe von NGOs die Rechtspersönlichkeit als gemeinnützige Organisation zu entziehen, unter anderen der Menschenrechtsorganisation CENIDH und der Umweltorganisation *Fundación del Río*. Im selben Zeitraum ging die Regierung auch gegen kritische Medien vor. Beim Fernsehsender *100 % Noticias* wurde leitende Angestellte verhaftet und die Internetzeitung *Confidencial* wurde durchsucht. Die Botschaft war eindeutig: Kritik

11 Ley 977 Contra el Lavado de Activos, el Financiamiento al Terrorismo y el Financiamiento a la Proliferación de Armas de Destrucción Masiva, https://www.uaf.gob.ni/images/Pdf/Leyes/Ley_N._977_Ley_Contra_el_LA-FT-FPADM.PDF

12 11 personas enjuiciadas tienen medidas cautelares, 20. September 2018, <https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/475091-11-personas-enjuiciadas-tienen-medidas-cautelares/>

13 CIDH otorga medidas cautelares a 64 personas por crisis en Nicaragua, 05 Julio 2018, <https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/468846-cidh-otorga-medidas-cautelares-64-personas-tesis/>



Reaktion von CENIDH auf die Aberkennung der
Rechtspersönlichkeit

ist in Nicaragua nicht erwünscht und kann in Zukunft gefährlich werden.

Parallel dazu übten die USA auf verschiedene Weise Druck auf die Regierung aus. Es begann damit, dass seit Juli gegen fünf Einzelpersonen Sanktionen verhängt wurden.

Entweder wird ihnen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, wie beispielsweise dem Chef der Polizei, Francisco Díaz und Vizepräsidentin Rosario Murillo, oder Korruption, wie dem Vizepräsidenten des venezolanisch-nicaraguanischen Ölunternehmens ALBANISA Francisco Lopez.¹⁴ Am 5. September 2018 beschäftigte sich der UN-Sicherheitsrats auf Antrag der USA mit der Situation der Menschenrechte in Nicaragua. Die USA wollten offiziell ein „zweites Syrien“ beziehungsweise ein „zweites Venezuela“ vermeiden, aber wohl eher den politischen Druck auf die Regierung Ortega erhöhen.

Bericht der Expertenkommission GIEI¹⁵

Am 21. Dezember 2018 erschien ein weiterer Bericht zur Situation in Nicaragua, diesmal von der Internationalen Expertenkommission GIEI. Die Bildung der Kommission GIEI war zwischen der nicaraguanischen Regierung, der Organisation Amerikanischer Staaten OAS und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte CIDH im Mai 2018 beschlossen worden. Am 30. Mai hatten die drei Beteiligten dazu ein Abkommen unterschrieben, das die Arbeit der Gruppe regelte. Die vorgesehene Aufgabe der vier Expert*innen war es, den nicaraguanischen Staat dabei zu unterstützen, die gewaltsamen Ereignisse in der Zeit vom 18. April bis zum 30. Mai zu untersuchen und aufzuklären. Dafür waren ab 1. Juli sechs Monate Zeit eingeplant, in denen die Regierung den Expert*innen die notwendige Unterstützung zusagte. Das Ziel dieser gemeinsamen Aktion sollte es sein, „Gerechtigkeit für alle zu

14 5. Juli 2018, <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2018/07/283833.htm>,
27. November 2018, <https://www.state.gov/r/pa/prs/ps/2018/11/287604.htm>

15 *Grupo Interdisciplinario de Expertos Independientes para Nicaragua* (GIEI), Informe sobre los hechos de violencia ocurridos entre el 18 de abril y el 30 de mayo de 2018, http://gieinicaragua.org/giei-content/uploads/2019/01/GIEI_NICARAGUAINFORME_PRINT_A4_vENERO_2019.pdf

erreichen und die Opfer zu entschädigen“.¹⁶ Obwohl die nicaraguanische Regierung sich nach Kräften bemühte, die Arbeit der Expert*innen zu torpedieren – z.B. gewährte sie keinerlei Einsicht in Gerichtsakten – ist es die-



Pressekonferenz der GIEI, 26. Oktober 2018

sen trotzdem gelungen, einen überzeugenden Bericht zu erstellen. Auf 468 Seiten wird minutiös dargelegt, was die Befragung von hunderten Zeug*innen und die Sichtung von mehr als 10.000 Bild- und Videodokumenten und mehr als drei Millionen Tweets ergeben hat. Da der Bericht mit dieser Sorgfalt und Ausführlichkeit plausible Antworten auf viele Fragen gibt, wird hier etwas intensiver auf ihn eingegangen. Die Kommission stellte fest, dass im Untersuchungszeitraum bei den gewaltsamen Aktionen 109 Menschen ums Leben kamen. Außerdem wurden mehr als 1400 Menschen verletzt und mehr als 690 verhaftet. Aufschlussreich sind einige weitere statistische Daten zu diesen drei Zahlen. Unter den 109 Toten waren drei Polizisten. Verletzungen durch Schusswaffen, von Maschinengewehren bis Handfeuerwaffen, waren mit Abstand die häufigste Todesursache. 95 von 109 Menschen starben durch Kugeln aus Schusswaffen, 600 erlitten Schussverletzungen und 80 wurden durch *morteros* verletzt.

Schon diese Daten legen nahe, dass der allergrößte Teil der Toten und Verletzten Opfer staatlicher Gewalt geworden sind, denn dort verfügte man am ehesten über Schusswaffen. Dies wird durch die vielen Fotos und Videos bestätigt, in denen zu sehen ist, dass vor allem die Polizei und die mit ihr zusammen agierenden Paramilitärs Schusswaffen hatten und auch nutzten. Aber es sind auch Demonstranten mit Steinen, *morteros* und vereinzelt Schusswaffen dokumentiert und damit ist offensichtlich, dass beide Seiten Gewalt angewendet haben.

Einzelne Ereignisse, die die Berichtersteller*innen für repräsentativ hielten, sind sehr genau dokumentiert. Dadurch werden auch Geschehnisse, die der Regierung als Beleg für ihre Behauptung dienen, die Demonstrant*innen seien Kriminelle und hätten einen Staatsstreich geplant, sehr in Zweifel gezogen. Beispielsweise wird von der Regierung der Gewaltausbruch am 30. Mai bei der „Demonstration der Mütter“ als von Kriminellen inszeniert dargestellt. Sie stützt sich dabei auf ein

¹⁶ Siehe Bericht GIEI Seiten 424-427 (ANEXO 1).



Demonstration der Mütter“ am 30. Mai

Kommuniqué der Polizei.¹⁷ Darin wird behauptet, zuerst seien Regierungs sympatisant*innen von Kriminellen mit Waffen angegriffen worden. Die GIEI kommt aber zu dem Schluss, an dem im Kommuniqué angegebenen Ort und Zeitpunkt wäre das unmöglich gewesen. Die

Kommission kam zu der Überzeugung, dass der Staat der Hauptverantwortliche für die Gewalttaten ist und dass er systematisch Gewalt ausgeübt hat. Zu den staatlichen Akteuren gehören auch die Paramilitärs, die immer mit Gesichtsmasken und Gewehren auftraten. Ihre Zusammenarbeit mit der Polizei war zuerst von der Regierung geleugnet worden. Erst später erklärte Ortega, sie seien Hilfspolizisten. Die Kommission weist darauf hin, dass in den einschlägigen Gesetzen¹⁸ vorgeschrieben ist, dass Hilfspolizisten identifizierbar sein müssen und nur bei vorbeugenden Maßnahmen eingesetzt werden dürfen. Zu der Gewalt der Protestbewegung glaubt die Kommission, dass die Proteste friedlich begonnen haben, es mit zunehmender Gewalt der Polizei jedoch auch zu Gewaltakten von Seiten der Demonstrant*innen kam. Sie verteidigten sich zuerst mit Steinen und *morteros*. Später kamen vereinzelt Molotocktails und Schusswaffen hinzu. Die Kommission entdeckte in dem ihr zugänglichen umfangreichen Bildmaterial zehn Schusswaffen auf Seiten der Opposition.¹⁹

Die Kommission untersuchte auch den Stand der juristischen Aufarbeitung der Fälle und stellt den nicaraguanischen Behörden ein vernichtendes Urteil aus.²⁰ Von den 109 Todesfällen wurden bisher nur neun juristisch bearbeitet, wobei sechs der Toten entweder Polizist*innen oder Regierungsanhänger*innen waren. Gegen die Polizei ist bisher nicht in einem einzigen Fall ein Verfahren eingeleitet worden. Und in den wenigen bisherigen Verfahren zeigte sich die Justiz weder sorgfältig noch

¹⁷ Bericht der Kommission GIEI S.171

¹⁸ Zur *Policía Voluntaria* im Bericht der Kommission GIEI S. 192f., Ley 872, *Ley de Organización, Funciones, Carrera y Régimen Especial de Seguridad Social de la Policía Nacional*

¹⁹ Bericht der Kommission GIEI S.215

²⁰ Bericht der Kommission GIEI S.264

unparteiisch. In einigen Fällen genügte allein die Beteiligung an Straßensperren, um die Angeklagten zu langen Haftstrafen wegen Terrorismus zu verurteilen. Für die Behauptung der Regierung, es habe sich bei den Ereignissen im April um einen Putschversuch gehandelt, hat die Kommission keinen Beweis gefunden, trotz intensiver Recherche in den sozialen Medien.

Bei der Vorstellung ihres Berichtes am 21. Dezember kommt die Kommission zu dem Gesamturteil, dass der nicaraguanische Staat sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht habe. Sie



Freilassung von Verhafteten

empfiehlt zu untersuchen, wer dafür die Verantwortung trägt. Und sie nennt die Namen der Personen, gegen die ermittelt werden sollen: Präsident Daniel Ortega und die Spitzen der Polizei.²¹

Die nicaraguanische Regierung, die der Expertenkommission zwei Tage vor der Vorstellung ihres Berichtes die Aufenthaltserlaubnis wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas entzogen hatte, ist bisher mit keinem Wort auf den Bericht eingegangen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Die beschriebenen Menschenrechtsverletzungen hatten natürlich Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die zunehmende Gewalt, Plünderungen, die allgemeine Unsicherheit und vor allem die Straßensperren, all das musste auch ökonomische Folge haben. Der Tourismus, Gaststättengewerbe und ähnliche Branchen waren die ersten und die Hauptleidtragenden. Inzwischen spüren alle die Folgen. Die nicaraguanische Wirtschaft hatte jahrelang mit 4 bis 5 Prozent das höchste Wachstum in Zentralamerika, 2018 aber sank das Bruttoinlandsprodukt um 4,3 Prozent. Da offizielle Daten für das ganze Jahr 2018 noch nicht vorliegen,

²¹ <https://www.elnuevodiario.com.ni/nacionales/481948-gici-nicaragua-crimenes-lesa-humanidad/>

sind die hier genannten Zahlen des Wirtschaftswissenschaftlers Néstor Avendaño teilweise Prognosewerte.²² Rückgang des Wachstums heißt für die Bevölkerung vor allem, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Im formellen Sektor, das heißt bei den Arbeitsplätzen mit Sozialversicherung gingen 2018 etwas mehr als 15 Prozent verloren. Die Staatsverschuldung stieg und der Haushalt musste nach unten angepasst werden. Vor allem aber wurden Dollars aus Nicaragua abgezogen. Von April bis Oktober verzeichnete die Zentralbank eine Devisenflucht von einer Milliarde US-Dollar. Das ist besonders besorgniserregend im Zusammenhang mit den drohenden Sanktionen durch die USA. Am 20. Dezember unterzeichnete Donald Trump das Menschenrechts- und Antikorruptionsgesetz zu Nicaragua, kurz *NicaAct*.²³ Es war im Senat und Repräsentantenhaus jeweils einstimmig verabschiedet worden. Das Ziel des Gesetzes, die Regierung Ortega zu einer Politikänderung zu zwingen, soll erreicht werden, indem das Land von Krediten multinationaler Finanzorganisationen wie IWF und Weltbank abgeschnitten wird. Dies wird die Versorgung mit Devisen erheblich erschweren und die gesamte Wirtschaft und damit die gesamte Bevölkerung treffen. So etwas ist aus unserer Sicht prinzipiell abzulehnen, noch dazu wenn die Sanktionen von den USA ausgehen, denen mit ihrer praktizierten Außenpolitik jegliche Legitimität für diese Sanktionen fehlt.

Resümee

Einige Dinge sind inzwischen klar zu erkennen. Im Jahr 2018 verübten Polizei und paramilitärische Kräfte massive Menschenrechtsverletzungen. Das stürzte das Land in eine tiefe Krise, an der deutlich wurde, wie tief gespalten das Land ist. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung zeigte mit den Protesten des vergangenen Jahres, wie unzufrieden er mit der Regierung ist, vor allem mit deren autoritärem Regierungsstil. Für die Behauptung der Regierung, die Ursache der Krise sei ein inszenierter Putsch, fehlt bisher ein überzeugender Beweis. Viele rechte Kreise haben nachweislich enge Kontakte zu den USA und erhalten von dort finanzielle Unterstützung, das ist aber noch kein Beweis für einen Putschversuch. Dass diese rechten Kräfte in den Protesten ihre Chance zur Macht witterten, ist jedoch offenkundig, ebenso dass die USA diese Kreise da-

²² La economía de Nicaragua en 2018, von 09.12.2018 <https://nestoravendano.wordpress.com/2018/12/09/la-economia-de-nicaragua-en-2018/>

²³ H.R.1918 - Nicaragua Human Rights and Anticorruption Act of 2018 <https://www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/1918>

bei tatkräftig unterstützten. Aber es ist auch feststellbar, dass immer noch ein großer Teil der Gesellschaft auf der Seite der Regierung steht.

Eine Beendigung dieser Krise kann nur gelingen, wenn alle Taten, also nicht nur die der staatlichen Akteure, lückenlos aufgeklärt werden und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Und eine wirkliche Beendigung der Krise in diesem zutiefst gespaltenen Land wird es nur geben, wenn ein friedlicher Weg gefunden wird. Solch ein Weg können nur wirkliche Verhandlungen sein, bei denen beide Seiten nicht nur ihre Machtinteressen im Auge haben, sondern die Zukunft des Landes. Eine Lösung nach dem Geschmack der USA, eine schnelle Ablösung der Regierung Ortega durch eine Regierung der Rechten, wird dem Land mit Sicherheit nicht helfen.

Wenn man versucht zu verstehen, warum sich die nicaraguanische Regierung im vergangenen Jahr in Nicaragua so verhalten hat wie hier beschrieben, muss man sich an einen Satz des verstorbenen Tomás Borge erinnern.²⁴ Im Juli 2009, zweieinhalb Jahre nachdem die FSLN die Wahlen im November 2006 gewonnen hatte und mit Daniel Ortega wieder den Präsidenten stellte, forderte er, die FSLN dürfe jetzt nie wieder die Macht verlieren und die Rechte dürfe nie wieder an die Macht gelangen, koste es, was es wolle.

Machterhalt das ist das Leitthema der Politik der FSLN unter Daniel Ortega seit dem Wahlsieg 2006. Zusammenarbeit mit der Unternehmerschaft und der katholischen Kirche, Kleinhalten der politischen Opposition mit allen Mitteln bis hin zu Wahlfälschungen, Demonstrant*innen gegen die Regierung durch Prügel abschrecken und wenn das nicht reicht, die Repression verstärken, wenn es sein muss mit Schüssen – all dies wird damit legitimiert, dass man verhindert, dass die Rechte wieder an die Macht gelangt. Oder, anders ausgedrückt, es geht um Machterhalt um jeden Preis. Aber die Kosten zahlt nicht nur die FSLN, sondern vor allem das nicaraguanische Volk.

24 In einem Interview mit Telesur am 26.7.2009 sagte Tomás Borge: „Todo puede pasar aquí menos que el frente sandinista pierda el poder. Me es inconcebible la posibilidad del retorno de la derecha en este país. Yo decía a Daniel Ortega: Podemos pagar cualquier precio, lo único que no podemos es perder el poder. Digan lo que digan, hagamos lo que tengamos que hacer. El precio más elevado sería perder el poder.“ <https://www.youtube.com/watch?v=WnzNZuGrbuk>

Aktivitäten zu Nicaragua

Offener Brief an Daniel Ortega

Am 25. April 2018, nach Ausbruch der Proteste in Nicaragua und der heftigen staatlichen Repression im April 2018, verfassten wir gemeinsam mit dem Informationsbüro Nicaragua einen offenen Brief an den nicaraguanischen Präsidenten. In diesem forderten wir, unverzüglich zu veranlassen, dass die Angriffe gegen die protestierenden Menschen eingestellt werden sowie elementare Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit, Presse- und Informationsfreiheit sowie das Recht auf Leben und die Unversehrtheit der Person zu respektieren.

<https://www.oeku-buero.de/details-28/offener-brief-an-den-praesidenten-der-republik-nicaragua-jose-daniel-ortega-saavedra.html>

Veranstaltung: Nicaragua in Aufruhr - Fakten, Hintergründe und Perspektiven

am 21. Juni 2018 mit den beiden Nicaraguanerinnen Rosibel Kreimann vom Lateinamerikainstitut der FU in Berlin sowie der Soziologin Edith Otero Quezada.

Die Veranstaltung beschäftigte sich mit den Mitte April 2018 in Nicaragua ausgebrochenen Protesten gegen die dortige Regierung. Ziel war es, dem Publikum einen Einblick darüber zu vermitteln, was in Nicaragua vor sich geht, warum es zu diesen Protesten kam sowie zu versuchen einzuschätzen, was sich aus dieser Situation in Zukunft entwickeln kann. Die so gewonnenen Einblicke sollten dann genutzt werden, um zu überlegen, ob und wie wir angesichts der komplexen, aber auch gefährlichen Situation die Möglichkeit haben, durch solidarisches oder entwicklungspolitisches Engagement einen Beitrag für eine gerechte und friedliche Zukunft in Nicaragua zu leisten.

Rosibel Kreimann fasste in diesem Zusammenhang die wichtigsten Ereignisse seit Mitte April 2018 zusammen und beschrieb einige Probleme Nicaraguas, wie mangelnde Gewaltenteilung in den Institutionen, Korruption, Armut sowie politische Gewalt.

Edith Otero fokussierte sich auf die Perspektive der Student*innenbewegung sowie die Organisation und die Strategie der Proteste. Zu diesem Fragenkomplex wurde noch eine Studentin aus Nicaragua via Skype zugeschaltet.

Vernetzungstreffen in Frankfurt

Am 01. September 2018 organisierten wir gemeinsam mit Medico International und dem Informationsbüro Nicaragua in Frankfurt ein Treffen der verschiedenen Nicaraguasolidaritätsgruppen, um zu überlegen, wie man von hier aus, auf den Konflikt in Nicaragua angemessen reagieren könnte. Bereits während der Vorbereitung und Durchführung des Treffens zeichnete sich eine Polarisierung der Bewegung hier in Deutschland ab, die bis heute anhält. Wir vom Öku-Büro waren dabei der Ansicht, dass man sämtliche Solidaritätsgruppen, an einen Tisch bringen sollte, um ein möglichst breites Spektrum der Solidarität mit Nicaragua abbilden zu können. Leider war diese Offenheit nicht bei allen Gruppen in gleichem Maße vorhanden.

AG Lateinamerika der Fraktion der LINKEN

Am 28. September 2018 bei der Sitzung der AG Lateinamerika der LINKEN im Bundestag waren die Teilnehmer*innen an der Position des Öku-Büros zu Nicaragua interessiert. In einem rund 15-minütigen Beitrag erläuterten wir, dass es für eine erfolgreiche Lösung des Konfliktes nötig wäre, sowohl die Regierung als auch die Opposition einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Zwar sei es sehr wichtig, der Regierung klar zu machen, dass deren gewalttätiges Vorgehen nicht hinnehmbar ist. Allerdings sei es ebenfalls problematisch, dass die Opposition von Beginn an einen Dialog mit der Regierung verweigert hatte.

Spendenaufruf

im September 2018 zur Förderung einer basisdemokratischen Kultur des Friedens in Matagalpa, Nicaragua

Seit der Eskalation der Proteste Mitte April 2018 in Nicaragua sind mehrere hundert Menschen ums Leben gekommen. Die Heftigkeit der Proteste sowie die gewalttätige Reaktion der Regierung hat die ohnehin schon vorhandene Polarisierung in der Gesellschaft noch verstärkt. Innerhalb der Gemeinden und selbst in Familien kommt es zu Spannungen und Konflikten. Unsere Partnerorganisation, das *Movimiento Comunal Nicaraguense*, will der Gewalt etwas entgegensetzen. Bei ihrem Projekt *Pro-moviendo Una Cultura de Paz* geht es darum, eine basisdemokratische Kultur des Friedens zu schaffen. Problemen innerhalb von Gemeinden soll gewaltfrei begegnet, Druck auf die Regierung konstruktiv erzeugt und vorgebracht werden. Ziel ist es, dadurch die sozialen Realitäten für alle

Nicaraguaner*innen, unabhängig ihrer politischen Zugehörigkeit, zum Positiven verändern zu können. Durch einen Spendenaufruf haben wir versucht, das MCN bei diesen wichtigen Projekten zu unterstützen.

Der Spendenaufruf findet sich auf unserer Website:

<https://www.oeku-buero.de/spendenaufruf-matagalpa-cultura-de-paz.html>

Teilnahme am Runden Tisch Zentralamerika im Auswärtigen Amt

Am 28. November 2018 nahmen wir am Treffen des Runden Tisches für Menschenrechte Zentralamerika im Auswärtigen Amt teil. Dabei informierten Vertreter*innen des Ministeriums über die aktuelle Lage der Menschenrechte in Zentralamerika sowie die jeweilige Strategie der Bundesregierung, mit den verschiedenen Fällen umzugehen. Das Auswärtige Amt hofft und versucht dazu beizutragen, dass in Nicaragua der gescheiterte Dialog wieder aufgenommen wird und dazu führt, dass die Wahlen 2021 gerecht und fair ablaufen.

Stellungnahme zur aktuellen Situation in Nicaragua

Am 18. Dezember 2018, kurz vor Weihnachten, veröffentlichten wir eine weitere Stellungnahme zu Nicaragua. In dieser kritisierten wir einerseits die Sanktionspolitik der USA gegen das Land, welche nur darauf abzielt, das ohnehin schon vorhandene Leid der Bevölkerung zu vergrößern. Daneben forderten wir die nicaraguanische Regierung auf, das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, friedliche Demonstrationen sowie allgemein die Menschenrechte zu respektieren sowie einen Nationalen Dialog zu fördern, der alle wichtigen Sektoren der Gesellschaft mit einschließt, damit Weihnachten ohne politische Gefangene gefeiert werden könnte.

Leider wurden unser Appell nicht erhört.

Länderbericht

In Mexiko fanden 2018 die umfangreichsten Wahlen seiner Geschichte statt, denn es wurden nicht nur ein neuer Präsident, sondern in 30 der 32 Bundesstaaten der Republik auch Abgeordnete, Senator*innen und lokale Gouverneur*innen gewählt. Andrés Manuel López Obrador (AMLO) von der Koalition *Juntos Haremos Historia* (Zusammen werden wir Geschichte schreiben; MORENA, PT und PES) war mit 53 Prozent der Stimmen der Sieger der Präsidentschaftswahlen.

Das Ergebnis der Wahlen weckte die Hoffnung vieler Mexikaner*innen auf einen Politik- und Richtungswechsel. Für die Anhänger*innen von Mega-Projekten und einer neoliberalen Wirtschaft war das Ergebnis eher enttäuschend. Die Prioritäten des neuen linken Präsidenten AMLO sind der Kampf gegen Korruption und Straflosigkeit, um eine *cuarta transformación* (vierte Transformation) Mexikos¹ zu erreichen. Das Öku-Büro arbeitete mit Journalist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Partnerorganisationen zusammen, um die Forderungen und Alternativen für eine echte Transformation des Landes sichtbar zu machen.

Die Wahlen-

Hohe politische Beteiligung aber viele Tote

Bei den Wahlen vom 1. Juli 2018 gingen 63 Prozent der 89 Millionen stimmberechtigten Mexikaner*innen zum Wählen. Über 3.400 lokale und regionale Ämter, Bürgermeister*innen, Senator*innen, Abgeordnete, Gouverneur*innen der Bundesstaaten sowie Gemeinderäte wurden neu gewählt. Außer der Wahlbeteiligung war auch die Gewaltquote sehr hoch: bis drei Tage vor den Wahlen wurden über 500 Angriffe gegen Politiker*innen registriert und 132 Kandidat*innen getötet. Guerrero und Oaxaca waren die Staaten mit den meisten politischen Morden.

Es war das erste Mal seit der Gesetzesänderung von 2014, dass die Frauenquote in den Parteien gewährleistet sein musste: 50 Prozent der Listenplätze der Parteien mussten mit Frauen besetzt werden. Diese Maßnahme steht jedoch im Widerspruch zur Realität. Frauen wurden während ihrer Kandidatur sexistisch diffamiert und angegriffen, insbesondere in den sozialen Netzwerken, und in einigen Fällen gezwungen,

¹ Eine Transformation, die mit drei Ereignissen in der Geschichte Mexikos vergleichbar ist: der Unabhängigkeit (1821), der Reform oder Kriegsreform (modernisierende Reformen unter Benito Juárez zwischen 1854 und 1876, die den mexikanischen Staat säkularisiert haben) und der mexikanischen Revolution (1910).

von den Ämtern zurückzutreten, in die sie gewählt wurden. So wurden beispielsweise in Oaxaca 52 Frauen zur Bürgermeisterin gewählt, aber mindestens drei von ihnen und ihre Stellvertreterinnen mussten zurücktreten, damit ihre männlichen Kollegen ihre Ämter ausüben können. Diese Praxis der Simulation des Prinzips der Geschlechtergleichheit wird als *juanitas* bezeichnet.

Neue Regierung: eine echte nationale Erneuerung?²



Araceli Ordoñez: *Un día fue*. Es war ein Tag

Mit dem Sieg von AMLO, der am 1. Dezember 2018 sein Amt als Nachfolger von Enrique Peña Nieto antrat, hat Mexiko zum ersten Mal eine linke Regierung. Das bedeutet Hoffnung nicht nur in Mexiko, sondern auch in den Ländern Lateinamerikas, die seit ihren letzten Wahlen eine rechte Regierung haben.

Die Regierung AMLO versprach in ihrem Wahlkampf, gegen Korruption und Straflosigkeit vorzugehen, den Kampf gegen den Drogenhandel, der viele Menschenleben fordert, zu beenden und von den vorgeschlagenen neoliberalen Strukturreformen der Regierung von Enrique Peña Nieto Abstand zu nehmen. Einige von AMLOs Vorschlägen und Bündnissen mit anderen Parteien wurden jedoch von den sozialen Bewegungen, Feministinnen und Linken mit Skepsis betrachtet. Die Koalition von Morena, der Partei von AMLO, mit der PES (soziale Begegnungspartei, *Partido Encuentro Social*) wurde von der LGBTI*Trans-Gemeinschaft und den Feministinnen scharf kritisiert, da PES eine religiöse Partei ist, die gegen Abtreibung und sexuelle Vielfalt und für ein traditionelles Familienkonzept eintritt.

Die EZLN und andere indigene Gruppen waren auch unzufrieden mit den von der Regierung AMLO vorgeschlagenen Projekten, zum

Die EZLN und andere indigene Gruppen waren auch unzufrieden mit den von der Regierung AMLO vorgeschlagenen Projekten, zum

² AMLO ist Mitglied der Partei Morena, was Nationale Erneuerungsbewegung bedeutet

Beispiel dem Maya-Zug. Dieser Zug ist eine Eisenbahnlinie, die in fünf Bundesstaaten im Süden der Republik verkehren wird: Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo. Der offizielle Baubeginn war am 16. Dezember 2018. Der Zug wird Personen- und Güterverkehr anbieten und soll den Tourismus fördern. Die EZLN lehnt dieses Projekt ab, weil eine Konsultation weder gemäß Artikel 169 der ILO noch gemäß den Vereinbarungen von San Andrés (Acuerdos de San Andrés) durchgeführt wurde, bei der der Konsens der von Megaprojekten betroffenen Gemeinschaften in indigenen Gebieten respektiert werden muss.

Der von der Regierung AMLO vorgeschlagene nationale Friedens- und Sicherheitsplan enthält Vorschläge wie die Bildung einer Nationalgarde, die zu Kontroversen geführt haben. Nachdem das gefürchtete Gesetz der vorherigen Regierung über die innere Sicherheit aufgehoben wurde, da es verfassungswidrig war, ist die mexikanische Zivilgesellschaft weiterhin besorgt wegen der zunehmenden Militarisierung des Landes und der Legalisierung der Übernahme von Aufgaben der öffentlichen Sicherheit durch das Militär. Diese Sorge gilt nach wie vor dem Projekt der Bildung einer Nationalgarde, wofür die Verfassung des Landes geändert werden müsste, um die Beteiligung des Militärs an Polizeiaufgaben zu regeln. Es sei daran erinnert, dass die Streitkräfte für mehrere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, insbesondere seit dem Krieg gegen Drogen.

Leichen der vorherigen Regierung

Unter der Regierung von Enrique Peña Nieto verschärfte sich die Menschenrechtskrise im Land. Die Zahl der Morde, das Verschwindenlassen, und die Angriffe auf Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen



Familienangehörige eines ermordeten Journalisten auf dem Friedhof am Grab

haben ein historisch hohes Niveau erreicht. Die Menschenrechtslage in Mexiko wurde international in dem vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen geforderten Prüfverfahren *Universal Periodic Review* be-



Graffiti-Protest wegen der Ermordung von Journalist*innen und Aktivist*innen

wertet. Am 7. November wurden insgesamt 264 Empfehlungen der UN-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Die Empfehlungen betonten den Schutz von Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen, die Beseitigung der Straflosigkeit und die Klärung der unzähligen Fälle von verschwundenen Personen. Diese Empfehlungen wurden an die Regierung von Enrique Peña Nieto gerichtet und müssen von der neuen Regierung übernommen werden. Das bietet eine Gelegenheit, klare Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im Land zu ergreifen.

Allein in der Amtszeit von Enrique Peña Nieto von 2012 bis 2018 berichtete die Organisation Artikel 19³ über knapp 2.000 Angriffe auf Presse und Medien. Neben Mord sind die häufigsten Formen von Aggression gegen Journalist*innen körperliche Angriffe, Entführungen, Drohungen, Einschüchterung, Belästigung, der Diebstahl von Arbeitsmaterial sowie Spionage. Um die Morde an und Aggressionen gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu stoppen und ihre Sicherheit zu gewährleisten, ist es wichtig, die Fälle zu untersuchen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Ebenso müssen die Arbeitsbedingungen von Journalist*innen verbessert, ihr geschlechtsspezifischer Schutz gewährleistet sowie die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung neu geregelt werden. Die Gewalt gegen Journalist*innen ist nicht nur eine Folge des Krieges zwischen den Drogenkartellen. Sie hat auch mit der jahrelang praktizierten Kontrolle durch die Lokalregierungen zu tun, die genau beobachten, welche Informationen in den Medien veröffentlicht werden. Die Regierung kontrolliert Presse und Medien zum Beispiel über die Vergabe öffentlicher Werbegelder. In Mexiko gibt es eine spezielle Regierungsabteilung, die mit öffentlichen Geldern Werbeplatz in den Medien kauft, um die Regierungspolitik darzustellen.

3 *Democracia simulada, nada que aplaudir*. Jahresbericht 2017. <https://articulo19.org/nadaqueaplaudir/> (auf Spanisch)

Diese öffentlichen Gelder werden aber weder transparent noch gerecht verteilt und begünstigen so bestimmte Politiker*innen oder/und Medien. Eine Studie des unabhängigen Forschungszentrums *Fundar*⁴ hat aufgezeigt, dass während der Regierung von Enrique Peña Nieto die Hälfte der Werbegelder aus dem Regierungstopf an lediglich zehn Medienunternehmen verteilt wurde. Allein die beiden marktbeherrschenden Fernsehunternehmen *Televisa* und *TV Azteca* erhielten von 2013 bis 2016 fast ein Drittel dieser Mittel.

Die Situation der Menschenrechtsverteidiger*innen hat sich ebenfalls nicht verbessert. Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter zur Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen, stellte in seinem Bericht⁵ zu Mexiko dar, dass Menschenrechtsverteidiger*innen weiter Opfer von extralegalen Hinrichtungen, Folter und gewaltsamem Verschwindenlassen sowie von kontinuierlicher Kriminalisierung als Folge von unbegründeten Anschuldigungen und nachfolgenden willkürlichen Verhaftungen sind.

41, 42, 43 und viele mehr. Gerechtigkeit!

Am 22. April eröffnete Enrique Peña Nieto zusammen mit Kanzlerin Angela Merkel die Hannover-Messe, auf der Mexiko das Gastland war. Auf dem Messegelände gab es Slogans von Demonstrant*innen, die ein Ende von Gewalt



Proteste vor dem Messegelände in Hannover

und Straflosigkeit und Gerechtigkeit für die Verschwundenen und Toten in Mexiko forderten. Es war kein Zufall, dass die Demonstrant*innen die

4 *Contar lo bueno cuesta mucho. El gasto en publicidad oficial del gobierno federal 2013 a 2016* <http://fundar.org.mx/?p=12134> (auf Spanisch)

5 Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders on his mission to Mexico http://hchr.org.mx/images/doc_pub/A_HRC_37_51_Add_2_EN.pdf (auf Englisch)

Regierung von Enrique Peña Nieto an diese Mängel erinnerten, denn vier Tage nach der Einweihung der Hannover-Messe, am 26. April 2018, waren es 43 Monate seit dem Verschwinden der Studenten von Ayotzinapa. Bis heute ist ihr Aufenthaltsort unklar. Weltweit wurde zu der Aktion 43x43 aufgerufen, um die Gesichter der Lehramtsstudenten in verschiedenen Städten zu zeigen und Gerechtigkeit zu fordern. Weitere Demonstrationen fanden mexikowweit statt, darunter wegen des Falls der drei Filmstudenten, die vom *Cartel Jalisco Nueva Generación* in Jalisco entführt und in Säure aufgelöst wurden. Das Jahr 2018 endete mit der aktualisierten Zahl von über 37.485 Verschwundenen in ganz Mexiko.

Tragen deutsche Unternehmen zur Menschenrechtskrise in Mexiko bei? Der Heckler&Koch-Strafprozess in Stuttgart

Am 15. Mai 2018 begann der Prozess vor dem Landgericht Stuttgart gegen das Rüstungsunternehmen Heckler&Koch wegen illegaler Exporte von G36-Sturmgewehren nach Mexiko. Von 2006 bis 2009 sollen über 9.000 G36-Schnellfeuergewehre sowie Zubehörteile wissentlich in mexikanische Bundesstaaten geliefert worden sein, für die es keine Exportgenehmigungen gab, unter anderem nach Guerrero. Hier gehören Menschenrechtsverletzungen zum Alltag. Die illegal nach Mexiko exportierten deutschen Waffen kamen am 26. September 2014 in Guerrero gegen die Studenten von Ayotzinapa zum Einsatz. In dieser Nacht wurde Aldo Gutiérrez durch einen Gewehrschuss der Polizei so schwer verletzt, dass er seitdem im Koma liegt. Sein Bruder, Leonel Gutiérrez Solano, war bei einer der Verhandlungen in Stuttgart anwesend, obwohl das Landgericht Stuttgart im Verfahren gegen Heckler&Koch seine Nebenklage nicht zugelassen hatte. In dem Prozess soll es offenbar nur um Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gehen. Am 21. Februar 2019 wird die Urteilsverkündung stattfinden.

Ein tolles Weihnachtsgeschenk!

Fast am Ende des Jahres erreichte uns eine sehr gute Nachricht: Damián Gallardo und Enrique Guerrero sind freigelassen! Der neue Präsident Mexikos, Andrés Manuel López Obrador, hatte in seinem Wahlkampf versprochen, dass er den politischen Gefangenen Gerechtigkeit bringen werde. Und dieses Versprechen wurde Ende Dezember 2018 eingelöst: 12 Personen wurden frei gelassen, darunter Enrique Guerrero und Damián

Gallardo. Beide Menschenrechtsverteidiger hat das Öku-Büro seit 2016 solidarisch unterstützt.

Damián Gallardo und Enrique Guerrero wurden im Mai 2013 willkürlich inhaftiert. Sie wurden fünf Jahre und acht Monate lang ohne Urteil festgehalten und jetzt dank der Rücknahme der Anklage durch die Staatsanwaltschaft freigelassen. Beide Fälle wurden



Damián Gallardo *El nacimiento del sol y la luna*. Die Geburt der Sonne und des Mondes

von der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für willkürliche Inhaftierungen beobachtet und ausführlich dokumentiert, darunter die angewandten grausamen Haftmethoden, die Isolationshaft und der physische und psychische Missbrauch, dem sie ausgesetzt waren. Die Arbeitsgruppe der UNO hat den mexikanischen Staat zu Maßnahmen für ihre Freilassung und Entschädigung aufgefordert. Am 27. März 2017 haben wir, das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit und die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, auf das Fortdauern der massiven Menschenrechtsverletzungen im Hochsicherheitsgefängnis CEFERESO N°. 2 in Puente Grande, Jalisco, hingewiesen, in dem die beiden willkürlich festgenommenen Menschenrechtsverteidiger seit mehr als fünf Jahren festgehalten wurden.

Was Enrique Guerrero und Damián Gallardo widerfahren ist, ist kein Einzelfall. Willkürliche Verhaftungen, das Erfinden von Tathergängen und die Erzwingung von Geständnissen unter Folter fügen sich in ein verbreitetes Muster, mit dem mexikanische Behörden die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen kriminalisieren und behindern. Wir fordern Maßnahmen zur Wiedergutmachung und Garantien der Nichtwiederholung, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, die physische und psychische Unversehrtheit von Damian und Enrique, ihren Angehörigen und der sie begleitenden Organisationen sicherzustellen sowie die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Mexiko zu beenden. Wir fordern: Keine weiteren politischen Gefangenen!

Aktivitäten zu Mexiko

43x43 Ayotzinapa - Lebend wurden sie verschleppt, lebend wollen wir sie wieder!

Am 26. April 2018 waren es 43 Monate ohne die 43 Studenten von Ayotzinapa. In der Nacht vom 26. auf den 27. September 2014 griff die örtliche Polizei von Iguala in Komplizenschaft mit dem organisierten Verbrechen Studenten des Lehrerbildungsinstituts von Ayotzinapa an. Die Staatspolizei, die Bundespolizei und das Militär von Iguala wussten von Anfang an, dass es sich um Studenten handelte, die attackiert wurden. Sechs Personen wurden ermordet, weitere verletzt sowie 43 Studenten gewaltsam verschwinden gelassen. Bis heute ist der Verbleib der Studenten nicht bekannt.



43x43 Protestaktion auf dem Marienplatz

Von München aus forderten wir Wahrheit und Gerechtigkeit. Von München aus fragten wir den damaligen Staatspräsidenten, Enrique Peña Nieto, und die Gouverneure der zwölf Bundesstaaten, die

zur Eröffnung der Hannover Messe 2018 angereist waren: Wo sind die über 35.000 Verschwundenen in Mexiko?

Zusammen mit Aktivist*innen, Münchner*innen, Pacta Servanda e. V. und engagierten und solidarischen Personen nahmen wir in München an der weltweiten Aktion 43x43 teil. Dank dem *Inside Out Project*⁶ hatten wir großformatige Porträts der Verschwundenen, die wir auf dem Marienplatz aufstellten, um von der Aktion Fotos zu machen und diese in verschiedenen Medien zu verbreiten. Auf dieser Kundgebung verteilten wir Informationsmaterial.

Wir hatten auch die Möglichkeit, bei einer Sendung des Zündfunk von Bayern 2 über die weltweite Aktion zu sprechen. Unsere Mexiko-Referentin wurde zum Thema Ayotzinapa interviewt und sie berichtete über den aktuellen Stand der Ermittlungen zu dem Fall.

Politische Gefangene in Honduras und Mexiko

„Wir sind in einem kafkaesken Ausnahmezustand – Ungerechtigkeiten werden zur Norm.“ Enrique Guerrero, Mai 2018

In Honduras wurden zu Jahresbeginn Dutzende Demonstrant*innen bei landesweiten Protesten gegen den Wahlbetrug und die erneute Amtsübernahme der Regierung Juan Orlando Hernández willkürlich festgenommen. Fünf von ihnen sitzen immer noch hinter Gitter. Ihre Lebensumstände sind prekär. Der



Damián Gallardo *Alas de Icaro* (Ikarusflügel)

langjährige Menschenrechtsaktivist Edwin Espinal wird unter falschen

6 Inside Out ist ein globales partizipatorisches Kunstprojekt, das von dem französischen Fotografen JR initiiert wurde. Das Projekt, inspiriert von den großformatigen Straßenverklebungen von JR, ist offen für alle, überall auf der Welt.

Anschuldigungen im Hochsicherheitsgefängnis *La Tolva* festgehalten. Wir sprachen über seine Situation und die Kampagne zur Freilassung aller politischen Gefangenen in dem zentralamerikanischen Land.

In der Nacht des 18. Mai 2013 wurde der indigene Lehrer Damián Gallardo Martínez ohne richterlichen Beschluss im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca, Mexiko festgenommen. Er setzte sich für die Rechte indigener Völker sowie das Recht auf Bildung ein und war ein Gegner der nationalen Bildungsreform. In der Nacht davor, am 17. Mai 2013, wurde Enrique Guerrero Aviña in Mexiko-Stadt zunächst verfolgt, beschossen und anschließend Opfer gewaltsamen Verschwindenlassens durch staatliche Sicherheitsbehörden. Als Student in Mexiko-Stadt war er Mitbegründer des Kollektivs *Liquidambar* und beim Protest gegen die Bildungsreform aktiv. Beide Aktivisten waren fünf Jahre und sieben Monate in dem Hochsicherheitsgefängnis *Puente Grande* in Jalisco, Mexiko inhaftiert.

In dieser Zeit kämpften Enrique und Damián für ihre Rechte im Gefängnis; Enrique lernte Deutsch und Damián schrieb Gedichte und malte Bilder. Familienangehörige und begleitende Organisationen wie *Consortio* aus Oaxaca machten daraus ein Buch. Das Buch stellte uns Anfang Juni eine Vertreterin der Organisation *Consortio* im Kafe Marat vor und berichtete über die beiden Fälle. Heute sind beide Menschenrechtsaktivisten wieder frei.

Frauenrechte und Gleichberechtigung – Die Lage in Lateinamerika mit Fokus auf Mexiko



Flor Kirschner: ¡Hey, despierta! (Hey, wach auf!)

Auf Einladung der Europäischen Akademie Bayern hielt unsere Mexiko-Referentin im Rahmen des Seminars „Hoffnungsträger Lateinamerika? Eine Region zwischen Fortschritt und Stagnation“ vom 17. bis 21. September 2018 in Kochel am See einen Vortrag zum

Thema Frauenrechte in Mexiko. Basierend auf dem Bericht *Derechos y violencias. La experiencia de ser mujer* (Rechte und Gewalt. Die Erfahrung, eine Frau zu sein) unserer Partnerorganisation *Red TdT* aus Mexiko-Stadt stellte unsere Referentin die schwere Lage von Frauen in Mexiko dar. Zusammen mit den Teilnehmer*innen des Seminars diskutierte sie über die Handlungsmöglichkeiten als Frau in Lateinamerika und in Deutschland. Das Seminar wurde durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert und evaluiert.

Fotoausstellung: Wo sind sie? – Kein Mensch verschwindet spurlos

„Gewalt-sames Verschwinden-lassen ist in weiten Teilen Mexikos eine verbreitete Praxis.“ Zu diesem Schluss kam der UN-Ausschuss gegen das Verschwin-denlassen von



Ausstellung im EineWeltHaus

Personen in seinen an die mexikanische Regierung gerichteten Empfehlungen im Jahr 2015.

Dieses Verbrechen wird in Mexiko seit Jahren tausendfach begangen. Amnesty International beklagt seit langem die gleichgültige Haltung des mexikanischen Staates. Warum werden Menschen Opfer des Verschwindenlassens? Was bedeutet es für die Ehefrauen, Ehemänner, Brüder und Schwestern, Freund*innen und Nachbar*innen, wenn ein Mensch plötzlich verschwunden ist? Was können Betroffene unternehmen, um ihre Liebsten zu finden? Diese Fragen beantworteten wir zusammen mit den Bildern und den Referent*innen von Pacta Servanda und dem Öku-Büro in einer Ausstellung im EineWeltHaus. Unter dem Motto „Kein Mensch verschwindet spurlos“ setzt die Wanderausstellung von Amnesty International zum gewaltsamen Verschwindenlassen von Menschen in Mexiko diesem besonders grausamen Verbrechen Öffentlichkeit entge-

gen. Die Ausstellung zeigt uns, dass die Verschwundenen zumindest in der Erinnerung der Angehörigen und Freunde präsent bleiben.

Journalist*innen in Mexiko – ein Berufsstand im Fadenkreuz

Ohne Journalist*innen gibt es keine Demokratie. Doch genau dieser Beruf ist in Mexiko hochriskant geworden. Mexiko ist das gefährlichste Land der Welt für Journalist*innen, abgesehen von den Ländern, in denen Kriege oder bewaffnete Konflikte herrschen. Trotzdem gibt es mutige Menschen, die sich für die Aufklärung wichtiger Themen einsetzen. Zusammen mit Alleweltonair aus Köln hat das Öku-Büro die Radiosendung „Journalist*innen in Mexiko – ein Berufsstand im Fadenkreuz“ gemacht und den Journalist*innen aus Mexiko gewidmet. Das Kurzfeature erklärt die Ursachen der Menschenrechtskrise und erzählt von Journalist*innen und wie sie mit dieser Situation umgehen.



Regina Martinez, ermordete Journalistin aus Veracruz

Dokumentarfilm: *No se Mata la Verdad* - Die Wahrheit kann man nicht töten

Nach seiner Entführung in Syrien und der Hinrichtung eines Kollegen kehrte der Kriegskorrespondent Témoris Grecko in sein Heimatland zurück: ein gewalttätiges Mexiko. In seinem Dokumentarfilm *No se Mata la Verdad* dokumentiert er die drei blutigsten Jahre (2015 – 2017) für Journalist*innen aus Mexiko. Der Film zeigt mit Hilfe von Fällen, die die gesamte Republik von Tijuana bis in die Karibik abdecken, die extreme Gewalt gegenüber Journalist*innen in Mexiko und die Straflosigkeit dieses Verbrechens.

Festival Arte Popular México-Alemania: Wandbild, Workshops, Vorträge und Ausstellung

Zum dritten Mal fand im Sommer in München unser Wandbildprojekt sowie das Begleitprogramm mit Workshops, Ausstellungen und Vorträgen statt. Das gesamte Programm heißt *Festival Arte Popular México-Alemania*, da die Ausstellung in beiden Länder gezeigt wird.



Checo Valdez und das Wandbild am Jugendtreff Au

***Mural comunal participativo* - kommunales partizipatives Wandbild**

Zusammen mit Münchner*innen und nicht Münchner*innen führten wir im Stadtteil Au-Haidhausen Umfragen durch, um zu erfahren, was die Bewohner*innen dieses Stadtteils auf dem Wandbild dargestellt wollten. Die Antworten zu der Frage „Was findest du für die Gesellschaft, für die Nachbarschaft und für dich wichtig?“ gestalteten wir visuell durch bunte Motive und Ideen und malten diese auf die Außenwand des Jugendtreffs Au. Innerhalb von drei Wochen wurde das Wandbild geplant, skizziert und gemalt, ohne Pause. Das Wandbild war möglich geworden dank der mexikanischen Künstler*innen Checo Valdez, Fabiola Araiza und Josefa Sánchez, die den gesamten Prozess eines partizipativen, kommunalen Wandbildes begleiteten, und dank aller Teilnehmer*innen, die mit uns malten, kochten, Gitarre spielten und sangen. Das fertige Wandbild kann man im Kegelhof 8 anschauen.

Neben dem Wandbild lernten mehrere Interessent*innen bei unseren Workshops, wie man einen Druck mit Kaltnadelradierung macht, wie ein Comic am besten gestaltet wird und wie man mit Motiven eine Mo-

notypie zeichnet. Die mexikanischen Künstler*innen Victor Ortega und Yescka sowie Sabine Mayer aus München boten diese vielfältigen Workshops an.



Victor Ortega: *No más* (Nicht mehr)

„Man ist nicht als Frau geboren, man wird es“ (Simone de Beauvoir) - Eine Ausstellung zum Thema Frauen, Gewalt und Gleichstellung der Geschlechter

Dieses Jahr wählten wir das Thema Geschlechtergleichstellung mit dem Motto „Man ist nicht als Frau geboren, man wird es“ (Simone de Beauvoir). Zusammen mit den Besucher*innen diskutierten wir bei den Vorträgen „Indigene Frauen in Mexiko“, „Frauen, Politik und Wahlen in Mexiko“ sowie „Feminismus ist unverschämt“ über Themen, mit denen sich sowohl die deutsche als auch die mexikanische Gesellschaft auseinandersetzen.

Die Vorträge und Diskussionen stimmten sehr gut mit unserer Ausstellung und deren Motto überein. Künstler*innen aus Mexiko und Deutschland haben rund 40 Bilder gestiftet, die während der Ausstellung erworben werden konnten. Den Erlös spendeten wir an die Organisation *Kalli Luz Marina, A.C.* in Veracruz, Mexiko. Kalli wurde im Jahr 2007 gegründet mit dem Ziel, Frauen, die mit geschlechterspezifischer Gewalt konfrontiert sind, eine kostenlose umfassende Unterstützung (rechtlich, psychologisch, emotional und sozial) anzubieten. Während der Ausstellung gesammelte Geld wird diese Initiative gestärkt. 2019 wird es die gleiche Ausstellung in Mexiko geben, wo die Kunstwerke ebenfalls erworben werden können.

Das gesamte Festival wurde vom Öku-Büro München, UAM (*Universidad Autónoma Metropolitana*), der Färberei, dem Konvolut und dem Jugendtreff Au veranstaltet, mit finanzieller Unterstützung durch das Kulturreferat der Landeshauptstadt München, den Katholischen Fonds, das Netzwerk München, Engagement Global und das Öku-Büros München.



Ausstellung in der Färberei

Programm *Festival Arte Popular México-Alemania*

- 30.07. – 24.08. Wandbild Mural comunal participativo im Jugendtreff Au
 09.08. Eröffnung der Ausstellung
 18.08. KONVOLUT Musikalische Lesung
 24.08. Wandbild-Einweihung

Vorträge in der Färberei

- 10.08. „Indigene Frauen, Gemeinschaftsland und Akkumulation durch Enteignung“
 16.08. „Frauen, Politik und Wahlen in Mexiko“
 23.08. Vortrag und Video „Feminismus ist unverschämt“

Workshops in der Färberei

- 10.08.– 11.08. Workshop 1: Kaltnadelradierungen
 13.08.– 14.08. Workshop 2: Monotypic-Zeichnungen
 17.08.– 18.08. Workshop 3: Comics



Josefa Sánchez beim Wandbild malen



Wandbild am Jugendtreff Au



Trotz verfassungswidriger Kandidatur, Wahlbetrugs und massiver, mit Gewalt niedergeschlagener, Proteste in ganz Honduras konnte Juan Orlando Hernández (JOH) dank der Unterstützung der USA Ende Januar 2018 seine zweite Amtszeit als Präsident antreten. Gleichzeitig wurden mehr Verwicklungen des JOH-Regimes in Korruption und organisiertes Verbrechen aufgedeckt als je zuvor. Im Fall „Pandora“ kam ans Licht, dass unter der Regie von JOHs Schwester Hilda etwa elf Millionen Euro an Staatsgeldern veruntreut und überwiegend an JOHs Nationale Partei weitergeleitet worden waren. Die Verhaftung von JOHs Bruder Tony in den USA wegen jahrelangen Drogenhandels in großem Stil ließ im zweiten Halbjahr viele Honduraner*innen glauben, dass die Tage des Regimes nun doch gezählt seien. Doch Hernández und seine Zirkel aus Militär und Wirtschaft hielten sich an der Macht. Verzweiflung darüber, dass keinerlei Licht am Ende des Tunnels aus Straflosigkeit, Korruption, Gewalt, Armut, Landraub und extremer Ungleichheit in Sicht war, trug wesentlich zum Entstehen der spontanen Flüchtlingskarawanen bei, die in San Pedro Sula starteten.

Massenproteste vor und nach JOHs Amtsantritt

Die honduranische Oberste Wahlbehörde hatte Juan Orlando Hernández, der verfassungswidrig zum zweiten Mal kandidiert hatte, bereits am 17. Dezember 2017 zum Wahlsieger erklärt. Das US-Außen-



Wilmer Paredes wurde am 1. Januar 2018 von Unbekannten erschossen. Er war Aktivist des MAD und organisierte die Proteste gegen den Wahlbetrug in seinem Heimatort San Juan Pueblo.

ministerium gratulierte zwei Tage später. Kurz zuvor hatte Honduras bei den Vereinten Nationen für Jerusalem als Hauptstadt Israels gestimmt. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hingegen hatte die höchst irreguläre Stimmenaushändigung zu den Präsidentschaftswahlen 2017 analysiert und konstatiert, dass nach den möglichen Manipulationen während des dubiosen Serverausfalls, den statistisch klar nachweisbaren Inkonsistenzen bei den Stimmen aus dem Landesinneren, die angeblich JOH zugute kamen und weiteren Unregelmäßigkeiten, kein Sieger feststellbar sei. Zum Jahreswechsel 2018 war aber bereits klar, dass diese überraschend kritische Position den machtpolitischen Realitäten weichen musste. Auch die Europäische Union war nach einem zunächst



Wir kämpfen, um nicht in den kommenden 4 Jahren zu sterben. Demonstrant*innen gegen den Amtsantritt des Präsidenten

halbwegs skeptischen Zwischenbericht der Wahlbeobachtungsmission zurückgerudert und brachte im neuen Jahr keine Einwände gegen den Wahlbetrug mehr vor.¹ Opposition und aufgebrachte Bürger*innen in Honduras protestierten nach den Feiertagen erneut zu Tausenden auf den Straßen im ganzen Land. In einer Protestwoche vor dem offiziellen Amtsantritt am 27. Januar entlud sich eine Menge angestaute Wut über das autoritäre Regime. Dieses reagierte mit einem massiven Polizei- und Militäraufgebot, mit Tränengas und scharfen Schüssen. Auch nach dem Amtsantritt gingen die Proteste und die Repression weiter. An einigen Orten, wie etwa der Stadt Choluteca im Süden des Landes, dauerten sie das ganze Jahr über an. Insgesamt kamen in den Monaten der Nachwahlkrise 2017/2018 über 40 Menschen zu Tode, die meisten durch Schüsse der Militärpolizei. Hunderte wurden verletzt, es gab etwa tausend Festnahmen. Der Druck der Proteste reichte jedoch nicht aus, um das JOH-Regime dazu zu bewegen, eine Mission der Vereinten Nationen oder der OAS ins Land zu lassen, um die Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Übers Jahr kamen die internen Ermittlungen gegen elf An-

1 <https://amerika21.de/2018/01/193960/honduras-wahl-oas-oca-anerkennung>
<https://theintercept.com/2017/12/23/honduras-election-fraud-drugs-jose-orlando-hernandez/>

Übersetzung: <https://amerika21.de/analyse/198358/wahlbetrug-honduras-korruption>

gehörige der Sicherheitskräfte kaum voran. Die oppositionelle „Allianz gegen die Diktatur“, die sich 2017 gebildet hatte, konnte keine vereinte Kraft gegen das Regime entfalten und zerfiel.²

Politische Gefangene im Hochsicherheitstrakt

Zum Jahresende 2018 waren noch zwei von ursprünglich über 20 politischen Gefangenen in Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis, zwei weitere in normalen Gefängnissen im Norden des Landes. Einer von ihnen ist Gustavo Cáceres, der in einem Gefängnis in El Progreso einsitzt.

Er kann aufgrund einer angeborenen Behinderung weder sprechen, noch lesen oder schreiben. 17 kriminalisierte Protestierende warten unter Auflagen draußen auf ihren Prozess. Die Hoffnung der Angehörigen auf eine Amnestie hatte sich als trügerisch erwiesen. Nachdem der



Seit dem Putsch 2009 Schikanen ausgesetzt: Edwin Espinal bei seiner Verhaftung im Januar 2019

von den Vereinten Nationen moderierte so genannte „Dialog“ zwischen dem Regime sowie einigen Teilen der Opposition und der Zivilgesellschaft im Dezember 2018 endgültig gescheitert war, rückte diese Möglichkeit in weite Ferne. Es wurde klar, dass die Freilassung juristisch und politisch erkämpft werden muss.³

Edwin Robelo Espinal (42) ist seit vielen Jahren Aktivist. Er engagierte sich gegen den Putsch 2009 und verlor seine damalige Lebensgefährtin, die nach einem Tränengaseinsatz bei einer Demo starb. Seither wurde er immer wieder inhaftiert, gefoltert und schikaniert. Bereits 2010 ordnete die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte Schutzmaßnahmen für Edwin an, die 2013 nochmals bestätigt wurden. Raúl Álvarez (25) stammt aus einem marginalisierten Viertel der Hauptstadt. Er war Polizist, wurde jedoch 2016 im Zuge der umstrittenen Säuberungen der Polizei entlassen und galt bei den Protesten 2017/18 als

2 <https://www.theguardian.com/world/2018/jan/02/us-silent-as-honduras-protesters-killed-in-post-election-violence>

3 <https://www.alainet.org/es/articulo/190366> siehe auch: CESPAD, Monitoreo y Cronología de la Crisis Política Hondureña, No 1. Enero 2018)

einer der Organisatoren der Barrikaden auf einer der großen Durchfahrtsstraßen der Hauptstadt.⁴ Beiden wird vorgeworfen an einem Brand und weiteren Zerstörungen des Hotels Marriott nach einer großen, brutal niedergeschlagenen, Demonstration am 12. Januar 2018 beteiligt gewesen zu sein. Augenzeug*innen vermuten, dass bei den Zerstörungen, wie auch andernorts, eingeschleuste Provokateure am Werk waren. Edwin und Raúl werden im Hochsicherheitsgefängnis *La Tola* festgehalten, das eigentlich für Bandenmitglieder und Angehörige des Organisierten Verbrechens vorgesehen ist. Die Haftbedingungen sind extrem schlecht, die Gesundheit der beiden ist angeschlagen. Das Gericht, das 2019 über Edwin und Raúl urteilen soll, ist für sie gar nicht zuständig, sondern ebenfalls nur für schwere Fälle organisierter Kriminalität. Raúl und Edwin drohen bis zu 12 Jahren Haft. Von einem rechtsstaatlichen Verfahren kann keine Rede sein.⁵

Schwere Menschenrechtskrise

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen, Michel Forst, stellte bei seinem Besuch im April und Mai fest, dass diese in Honduras mit zahlreichen Attacken, Bedrohungen und Kriminalisierung konfrontiert sind. Sie hätten keinen Zugang zum Justizsystem und ihre Sicherheitslage werde durch Stigmatisierungen seitens hoher Funktionäre des Staates und der Medien zusätzlich verschärft. Forst, der sich landesweit mit über 400 Menschenrechtsverteidiger*innen getroffen hatte, äußerte sich zudem besorgt über die Militarisierung der öffentlichen Ordnung.⁶

Kripo oder Todesschwadron?

Am 30. August wurden zwei Studenten, der 19-jährige Mario Enrique Suárez Gómez und der 18-jährige Gerson Daniel Meza Medina

4 <https://contracorriente.red/2018/05/13/en-la-mira-de-la-policia/>

5 Prohibido Protestar. Uso de la fuerza y detenciones arbitrarias como estrategias para reprimir la disidencia en Honduras. <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR3782892018SPANISH.PDF>

Zur Gefängnissituation generell: <http://www.omct.org/es/monitoring-protection-mechanisms/statements/honduras/2018/06/d24945/>

6 <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23063&LangID=E>

<https://amerika21.de/2018/05/200367/pressefreiheit-honduras-schwierig>

in Tegucigalpa aus ihrer Unterkunft verschleppt, nachdem sie an Protesten an ihrer Technischen Hochschule teilgenommen hatten. Ein Video zeigt, wie sie von Männern in Uniformen der Kriminalpolizei ATIC abgeführt wurden. Auch Waffen und Fahrzeug seien typisch für die ATIC gewesen. Am nächsten Tag wurden die beiden Jugendlichen tot mit Kopfschüssen und Folterspuren an einem Ort aufgefunden, an dem in den achtziger Jahren ein Massengrab war. Ein ATIC-Sprecher verwies auf eine kriminelle Bande, die sich der ATIC-Attribute bediene. In der Presse war hingegen von Todesschwadronen die Rede, die es insbesondere auf Jugendliche abgesehen haben. Die ATIC, die in Honduras der Staatsanwaltschaft untersteht, war schon zuvor in die Kritik geraten, weil sie versucht hatte, einen mutmaßlichen Mord an ihrer Kommissarin Sherill Yubissa Hernández entgegen forensischer Beweise als Selbstmord auszugeben.⁷



Die internationale Mission gegen Korruption und Straflosigkeit präsentierte 2018 bedeutende Fälle - wagte sich aber nicht direkt an die Staatsführung heran.

Die Büchse der Pandora wird geöffnet

2018 festigte das Regime JOH nicht nur seine Macht in der Exekutive, auch die Mehrheit seiner Nationalen Partei im Parlament holte gleich zu Jahresbeginn zu einem wirksamen Schlag aus: Mit Hilfe eines Dekretes erschwerte es Korruptionsermittlungen gegen hohe Regierungsfunktionäre und Abgeordnete, wie den erneut vereidigten Kongresspräsidenten

⁷ <https://criterio.hn/2018/09/03/una-ejecucion-extrajudicial-que-embarra-a-la-atic/>

<https://amerika21.de/2018/09/212279/todesschwadrone-honduras-jugendliche>

Mauricio Oliva, und versuchte die Arbeit der Internationalen Unterstützungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (MACCIH) zu blockieren. Staatliche Ausgaben sollten nur noch durch den honduranischen Obersten Rechnungshof geprüft werden können. Das Dekret sollte auch rückwirkend für die letzten drei Legislaturperioden gelten.⁸

Die MACCIH, die seit 2016 auf Grund eines Vertrages zwischen der honduranischen Regierung und der OAS im Land ist, war bereits Ende 2017 unter Druck geraten, als sie ein Korruptionsnetzwerk von fünf Abgeordneten aufdeckte und ankündigte, Ermittlungen gegen 60 weitere Abgeordnete vorzubereiten. Aber auch intern knirschte es in der Mission, die unter anderem von der Bundesrepublik Deutschland finanziert wird, gewaltig: Im Februar erklärten MACCIH-Sprecher Juan Jiménez aus Peru und zwei seiner engsten Mitarbeiter, die Juristen Julio Arbizu (Peru) und Daniel Urrutia (Chile) ihren Rücktritt.⁹ Sie warfen OAS-Generalsekretär Almagro mangelnde Unterstützung vor. Außerdem beklagten sie, dass er in dubiose Personalausgaben für die MACCIH in Washington investiere, während vor Ort Mittel fehlten.



„Unsere Würde ist nicht käuflich“ - Solidaritätsdemonstration des MADJ für die Sonderstaatsanwaltschaft UFECIC

In den folgenden Monaten schien es dann, als würde die Mission mit juristischen Tricks gänzlich zu Fall gebracht werden. Nach einer Twitter-Warnung der US-Geschäftsträgerin Heide Fulton fühlte sich der honduranische Verfassungsgerichtshof aber schließlich doch bemüht, den Staatsvertrag mit der MACCIH für verfassungsmäßig zu erklären. Daraufhin richteten sich die juristischen Attacken der Verfassungskammer gegen den honduranischen Kooperationspartner der MACCIH, die Sondereinheit der honduranischen Staatsanwaltschaft *Unidad Fiscal Especial contra la Impunidad de la Corrupción* (UFECIC), mit ihrem couragierten Leiter Luis Javier Santos. Die MACCIH darf – im Gegensatz zur CICIG

8 <https://amerika21.de/2018/01/194192/parlament-honduras-strafllosigkeit>

9 <https://amerika21.de/2018/02/195661/honduras-ruecktritte-oas-mission>

in Guatemala – nicht selbst ermitteln, weshalb die UFECIC zentral für die Umsetzung der MACCIH-Erkenntnisse ist.

Einen weiteren Versuch, Straffreiheit für JOH und seinen engeren Machtzirkel zu garantieren, sahen politische Analyst*innen in der irregulären Wiederwahl von Generalstaatsanwalt Óscar Fernando Chinchilla im Juni. Im gleichen Monat nominierten Almagro und JOH mit Luiz Antonio Guimarães aus Brasilien dann auch einen neuen Sprecher für die MACCIH.

Der Narcostaat gerät ins Wanken

MACCIH und UFECIC arbeiteten seit 2016 bis Ende 2018 an insgesamt acht großen Korruptionsfällen mit über 400 Beschuldigten und einem Umfang von umgerechnet rund 36 Millionen Euro veruntreuten Geldern. Trotz aller Versuche ihre Arbeit zu torpedieren fassten sie in der zweiten Jahreshälfte wieder Tritt und trieben die Ermittlungen weiter. Zwei Fälle („Die Portokasse der First Lady“ und „Die Portokasse des Bruders“) betreffen die Regierungszeit des Präsidenten Porfirio Lobo Sosa (2010 bis 2014). Der 2015 ans Licht gekommene Millionenbetrug im Gesundheitssystem weitete sich aus: „Betrügerische Ausschreibungen des Staatlichen Sozialversicherungsinstituts“. Der jüngste Fall „Offene Staatskasse“ betrifft die Veruntreuung öffentlicher Gelder durch Abgeordnete.¹⁰ Am meisten Furore machte (ab Juni) 2018 jedoch der Fall „Pandora“ wegen seines Umfangs vor allem aber auch wegen der Nähe zum amtierenden Präsidenten JOH. Im „Fall Pandora“ kam ans Licht, dass unter der Regie von Hernández Schwester Hilda umgerechnet etwa elf Millionen Euro an Staatsgeldern aus dem Landwirtschaftsministerium, die für die Unterstützung von Agrarprojekten gedacht waren, veruntreut und über Stiftungen für den Wahlkampf 2013 überwiegend an JOHs Nationale Partei ‚umgeleitet‘ worden waren. In weit geringerem Maß profitierten auch die Liberale Partei und die Kleinstpartei FAPER, die bald wieder aus der politischen Arena verschwand.¹¹

Hilda Hernández kam mutmaßlich am 16. Dezember 2017 beim Absturz des Militärhubschraubers, in dem sie geflogen sein soll, in ungew-

¹⁰ <https://www.american.edu/centers/latin-american-latino-studies/upload/Edici%C3%B3n-Especial-MACCIH-Monitor.pdf>

¹¹ <https://www.nytimes.com/2018/07/01/world/americas/honduras-corruption-hernandez.html>
<http://www.expedientepublico.org/index.php/corrupcion/129-2018-un-ano-escandalosamente-corrupto-para-honduras>

samem Gelände ums Leben. In Honduras glauben viele nicht an ihren Tod, hingegen wird ihr große Nähe zu einem Drogenkartell und die Notwendigkeit einer neuen Identität nachgesagt. Beide Gerüchte haben sich 2018 nicht beweisen lassen.

US-Anklage gegen den Bruder des Präsidenten

Ganz anders sieht dies mit den Verwicklungen von Juan Antonio „Tony“ Hernández in Drogengeschäfte großen Stils aus. Der jüngere Bruder des amtierenden Präsidenten wurde am 23. November 2018 in Miami von den US-Behörden verhaftet und anschließend nach New York überstellt. Die US-Antidrogenbehörde DEA konstatierte in ihrer Presseerklärung dazu:

“As alleged, former Honduran Congressman Tony Hernandez was involved in all stages of the trafficking through Honduras of multi-ton loads of cocaine that were destined for the U.S. (...) Hernandez allegedly arranged machinegun-toting security for cocaine shipments, bribed law enforcement officials for sensitive information to protect drug shipments, and solicited large bribes from major drug traffickers. (...) As stated in the unsealed indictment resulting from DEA’s investigation, from at least in or about 2004, up to and including in or about 2016, multiple drug-trafficking organizations in Honduras and elsewhere worked together, and with support from certain prominent public and private individuals. These included Honduran politicians and law enforcement officials, who received multi-ton loads of cocaine sent to Honduras from, among other places, Colombia via air and maritime routes, in order to transport the drugs westward in Honduras toward the border with Guatemala and eventually to the United States.”¹²

Der Narcostaat fängt sich wieder

Nach den Enthüllungen im Fall „Pandora“ und der Verhaftung von Tony Hernández wuchs die allgemeine Erwartung in Honduras, dass die Tage des Regimes von JOH nun doch gezählt seien. „Rücktritt und Ermittlungen durch die honduranische Staatsanwaltschaft“, lautete die Forderung der Opposition und der Demonstrant*innen zum Jahrestag des Wahlbetrugs am 27. November 2018. Padre Melo vom *Jesuiten-Think-*

¹² <https://www.dea.gov/press-releases/2018/11/26/dea-announces-arrest-former-honduran-congressman-and-brother-current>

tank Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación – ERIC resümierte hingegen wenig später desillusioniert:

„Allerhöchste Priorität der US-Regierung ist wohl, sicherzustellen, dass honduranisches Territorium für eine eventuelle Intervention in Venezuela gemeinsam mit Kolumbien, und voraussichtlich auch Bolsonaros Brasilien, zur Verfügung steht. Falls dies oberste Priorität hat, ist die Frage, ob Juan Orlando Hernández und sein Kreis Drogenhändler oder korrupt sind, eine kleine Münze im Vergleich zur Rettung von Millionen großer Scheine. Was zählt ist, dass in Honduras niemand eine bessere Garantie für dienstefrige Unterwerfung unter die kontinentale geopolitische Strategie bietet als Juan Orlando Hernández...“ (Ismael Moreno SJ, dt. Übers. Ökubüro)¹³

Medienwirksame Massenflucht

Die internationale Aufmerksamkeit und der medial inszenierte Zorn des US-Präsidenten Donald Trump richtete sich jedoch weit weniger

auf die Skandale und die Geopolitik als auf das Phänomen der Karawanen. Die erste startete Mitte Oktober in Honduras' zweitgrößter Stadt San Pedro Sula. Von einigen hundert Teilnehmenden wuchs sie auf ihrem Weg nach



Norden rasch auf Vorwand für Trumps Militarisierung der Grenze, aber noch keine politische Bewegung: Honduraner*innen auf dem Weg nach Norden

mehrere tausend Menschen aus Honduras, El Salvador und Guatemala an. Eine nächste Karawane folgte. Die USA versetzten Grenzschutz und Militär in Alarmbereitschaft. Internationale Medien berichteten tagelang - auch über die Ursachen für die kollektive Flucht, die spontan über soziale Medien begonnen hatte und aus dem bisherigen individuellen

¹³ <http://wp.radioprogressohn.net/la-caravana-quienes-la-empujan-que-factores-internos-la-provocan-como-situarnos/>

täglichen Exodus einen gemeinsamen machte, der mehr Schutz verspricht.

Schätzungen gehen davon aus, dass 7.000 Menschen jeden Monat Honduras verlassen, auf der Flucht vor tödlicher Gewalt (vor allem auch gegen Kinder, Jugendliche und Frauen; auf dem Land auch wegen Vertreibung durch diverse Großprojekte und den Klimawandel), wachsender Armut, Chancenlosigkeit und vor allem dem Gefühl absoluter Aussichtslosigkeit.¹⁴

„Keine massive Bewegung gegen das System“

Das honduranische Regime suchte fieberhaft nach Schuldigen für die medienwirksamen Karawanen, die Ärger mit den USA einbrachten: „linke Gruppen“, aus Venezuela finanziert. Ein Sündenbock wurde in dem honduranischen Journalisten und ehemaligen Abgeordneten der Mittellinkspartei LIBRE, Bartolo Fuentes gefunden, der über die erste Karawane berichtet hatte. US-Präsident Trump drohte indes Guatemala, Honduras und El Salvador die finanzielle Unterstützung – jährlich etwa 200 Millionen US-Dollar – zu streichen, falls sie nicht in der Lage oder willens seien, ihre Bürger*innen an der Flucht zu hindern.¹⁵

Die Karawanen dauern dennoch an, konzentrieren sich nun, nach dem Regierungswechsel, jedoch stärker auf Mexiko als Ziel denn auf die USA. Als Massenphänom hatten sie 2018 mehr politischen Effekt, als sämtliche Berichte wegen Menschenrechtsverletzungen oder Korruption in den vergangenen Jahren. Noch ist nicht sicher, ob Pater Melos bittere Diagnose in der Zukunft Bestand haben wird:

„Das ist keine massive Bewegung gegen das System. Es ist eine systemimmanente Lawine von Zerlumpten, die immer weiter hartnäckig oben, im Norden, den Traum suchen, den sie in Honduras als Alptraum erlebt haben. Die hungrigen Migrant*innen wissen nicht, dass ihre Initiative das System erschüttert; sie suchen vielmehr im Zentrum des Systems eine Antwort auf ihre Bedürfnisse und Probleme. Wie es auf ande-

14 <https://www.bostonglobe.com/opinion/2018/12/05/how-femicide-drove-caravan/5lktZE3HNESy7AwLksW5IJ/story.html>

15 <https://www.alainet.org/es/articulo/196246>

<https://amerika21.de/2018/10/216190/mexiko-usa-gefluechtete-mittelamerika>

re Art die Politiker und mächtigen Eliten auch tun...“ (Ismael Moreno SJ, Padre Melo. Dt. Übersetzung: Ökubüro)¹⁶

Mehr Wirtschaftswachstum und mehr Armut

Die honduranische Ökonomie basierte auch 2018 auf Agrarindustrie (Bananen und Kaffee, beide mit großen Preiseinbrüchen, sowie Palmöl), dem Abbau von Bodenschätzen (Gold, Silber, Eisenerz unter andere) und den Weltmarktfabriken (*Maquilas*). Mit knapp 4,9 Milliarden US-Dollar wichtigste Devisenquelle waren die privaten familiären Rücksendungen (*remesas*), hauptsächlich aus den USA. Sie machten 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.¹⁷

Das Wirtschaftswachstum betrug 2018 etwa 3,7 Prozent. Während die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben etwas zurückging, stieg die Unterbeschäftigung von 56 Prozent im Jahr 2017 auf fast 63 Prozent an. Anders ausgedrückt: Zwei Drittel der Honduraner*innen sind auf rechtlose, prekäre, stundenweise Arbeit für weniger als den Mindestlohn angewiesen. Honduras gehört zu den zehn Ländern mit der ungleichsten Verteilung des Reichtums weltweit und gleichzeitig zu den ärmsten Ländern Lateinamerikas. Knapp 69 Prozent der gut neun Millionen Honduraner*innen leben in Armut, mehr als die Hälfte von ihnen, also fast vier Millionen Menschen – vor allem auf dem Land – in absoluter Armut.¹⁸Neben den Korruptionsskandalen, dem Handelsdefizit und den hohen Staatsschulden machte 2018 auch die Schuldenkrise der staatlichen Energiegesellschaft ENEE Schlagzeilen. Um die Macht des honduranischen Regimes auch ökonomisch weiter zu stabilisieren, wird 2019 ein neues Abkommen mit dem Weltwährungsfonds zentral sein.

16 <http://wp.radioprogressohn.net/la-caravana-quienes-la-empujan-que-factores-internos-la-provocan-como-situarnos/>

17 <http://proceso.hn/economia/6-economia/honduras-cerrara-2018-con-incremento-de-8-de-remesas-preve-expresidente-del-bch.html>
<https://www.efe.com/efe/america/economia/honduras-cerro-el-2018-con-una-inflacion-del-4-22/20000011-3858503>

18 <http://www.fosdeh.com/2017/09/la-exclusion-la-pobreza-desigualdad-desempleo-lasperspectivas-economicas-honduras/>
<http://www.fosdeh.com/2019/01/cual-es-el-coste-de-la-seguridad-y-la-defensa-en-honduras/>



„Die Staatsanwaltschaft repräsentiert uns nicht“: Protest der Anwält*innen der Nebenklage von COPINH und von Bertas Töchtern nach dem Ausschluss aus der Verhandlung.

Gerechtigkeit für Berta?

Erster Mordprozess endet mit Schuldspruch für Auftragsmörder und Mittelsmänner

Mit Schuldsprüchen gegen sieben der acht Angeklagten endete am 29. November 2018 der erste Prozess zum Mord an der Generalkoordinatorin des Rates der indigenen und Volksorganisationen in Honduras (COPINH) Berta Cáceres. Vier von ihnen wurden zusätzlich wegen versuchten Mordes an dem mexikanischen Umweltaktivisten Gustavo Castro verurteilt. Die Staatsanwaltschaft forderte lebenslange Haft für die materiellen Täter und zwei Mittelsmänner.

Bertha Zúniga Cáceres, Bertas Tochter und heutige Koordinatorin des COPINH, betonte in einem kurzen Statement, das über soziale Medien live übertragen wurde: „Das Urteil richtet sich gegen die Gruppe von Auftragsmördern und Mittelsmännern, die direkt mit dem Unternehmen DESA verbunden sind. Es bedeutet aber nicht, dass bereits Gerechtigkeit eingeleitet ist. Die Strukturen und Personen, die diese Kriminellen bezahlt haben, um Berta Cáceres zu ermorden, befinden sich in Freiheit, und sie können weiter strafflos Verbrechen begehen.“



Bertha Zúniga Cáceres

Die mündliche Hauptverhandlung hatte am 19. Oktober 2018 unter denkbar problematischen Vorzeichen begonnen: COPINH war als Nebenkläger gar nicht erst zugelassen worden. Am ersten Verhandlungstag schloss das zuständige Gericht in Tegucigalpa dann auch die Anwält*innen von Bertas Familie und des überlebenden Augenzeugen Gustavo Castro aus dem Verfahren aus.

Vorangegangen war ein wochenlanges juristisches Tauziehen: Die Nebenkläger*innen hatten mehrfach Rechtsmittel gegen die amtierenden Richter wegen Amtsmissbrauch, Verweigerung und Verzögerung eines rechtsstaatlichen Verfahrens und Pflichtverletzung eingelegt. Eine Klage beim Verfassungsgericht lief am 19. Oktober noch, deshalb erschienen die Anwalt*innen von Bertas Angehörigen und von Gustavo nicht, sondern teilten schriftlich mit, die Hauptverhandlung dürfe nicht beginnen. Das Gericht sah das anders und verfügte flugs den Ausschluss aller Anwalt*innen der Nebenklage. Die Staatsanwaltschaft übernehme nun allein die Vertretung der Opfer. Diese erklärten, sie fühlten sich durch eine Instanz in keiner Weise vertreten, die beharrlich auf eine Einschränkung des Prozesses

auf das Geschehen in der Nacht vom 2. auf den 3. März 2016 hinarbeite, den politischen Kontext der Verfolgung von Berta außer Acht lasse, die den Betroffenen zweieinhalb



Die Angeklagten im Nacken: Das Gericht tagt trotz laufender Befangenheitsanträge.

Jahre lang ihre legitimen Rechte verweigert habe und über 30 Eingaben der Nebenklage auf Akteneinsicht nur unzureichend nachgekommen sei.

Auch Vertreter*innen der internationalen juristischen Prozessbeobachtungsmission aus 17 Organisationen äußerten sich entsetzt: „Es ist gravierend, dass die Familie von Berta Cáceres und COPINH in diesem ersten Prozess keine rechtliche Vertretung haben. Es handelte sich um eine willkürliche Entscheidung des Gerichts als Reaktion darauf, dass die Familie Cáceres darauf beharrte, der Prozess müsse auch die intellektuellen Urheber erreichen,“ sagte der kolumbianische Anwalt Reinaldo Villalba.¹ Angeklagt waren acht Männer: Zwei von ihnen waren eng mit dem Wasserkraftunternehmen Desarrollos Energéticos (DESA) verbunden, dessen Projekt „Agua Zarca“ Berta, COPINH und die betroffenen Lenca-Gemeinden verhindern wollten: Sergio Rodríguez, war bei der

1 <https://www.cejil.org/es/honduras-graves-irregularidades-obstaculizan-verdad-y-justicia-caso-berta-caceres> Einen detaillierten, informativen Gesamtüberblick über den Prozessverlauf bietet <https://nacla.or/news/2018/11/15/flouted-justice-berta>

DESA als Manager zuständig für Soziales und Umwelt. Douglas Bustillo war bis Mitte 2015 Sicherheitschef der DESA und ein wichtiges Bindeglied zu den ebenfalls angeklagten Militärs: Mariano Díaz, zum Tatzeitpunkt Ausbilder der honduranischen Militärpolizei im Majorsrang, hatte seine Ausbildung gemeinsam mit Bustillo absolviert und machte dann bei Sondereinsatztruppen der honduranischen Armee Karriere. Henry Hernández war Scharfschütze und Untergebener von Díaz. Die weiteren Angeklagten, Elvin Rápalo und Oscar Torres sowie die Zwillingenbrüder Edilson und Emerson Duarte gelten als professionelle Auftragsmörder.²

Unter Emersons Matratze wurde die Tatwaffe gefunden, es lagen aber keine Beweise vor, dass er selbst an den Verbrechen vom 2. auf den 3. März 2016 beteiligt war. Für die bei ihm gefundene Pistole lief außerdem die Beweissicherung nicht ordnungsgemäß ab. Eine weitere, bei einer Durchsuchung von Major Díaz' Privathaus beschlagnahmte, Pistole gleichen Kalibers wurde bisher gar nicht untersucht.

Das Unternehmen DESA bestreitet Beteiligung

Bei der Beweisaufnahme im August 2018 hatte sich ohnehin herausgestellt, dass umfangreiche Beweismittel (USB, Tablets, Handys etc.) zweieinhalb Jahre lang in der Asservatenkammer herumlagen und einfach nicht ausgewertet wurden. Was davon doch noch begutachtet wurde und in den Prozess einfluss, war selbst für regelmäßige Beobachter kaum zu überblicken. Das lag nicht zuletzt an der mangelnden Öffentlichkeit der Verhandlung: Radio- oder Video-Übertragungen wurden nicht zugelassen, indigene Lenca aus bäuerlichen Gemeinden mehrfach nicht in den Gerichtssaal gelassen, Bertas Töchter Bertha und Laura an den Toren zum Gerichtsgelände regelrecht ausgesperrt. Als am 13. November 2018 Chatprotokolle Douglas Bustillos und von Major Díaz verlesen wurden, waren die Besucherreihen fast leer. Familienangehörige, internationale Beobachter*innen, Diplomaten*innen und Presse fühlten sich düpiert: Das Gericht hatte die Verhandlung offiziell für den 14. November angesetzt

2 Mehr Informationen zu Tätern und Hintermännern unter: <https://berta.copin.org> und <https://www.theguardian.com/world/2018/mar/02/berta-caceres-death-murder-ex-honduran-military-intelligence-officer-arrested>; sowie <https://www.theguardian.com/world/2016/jun/21/berta-caceres-name-honduran-military-hitlist-former-soldier>



Alternative Justiz: Miriam Miranda (OFRANEH, Bildmitte) fordert vollständige Aufklärung des Mordes bei einem feministischen Forum an der Nationalen Universität UNAH.

und die Änderung nur kurz vor Verhandlungsbeginn per twitter mitgeteilt.³

Bertas Angehörige und COPINH sind sich sicher: Der Mord war die Ultima Ratio in einem von dem Unternehmen DESA langfristig eingefädelten Komplott, das die lästige Organisation COPINH und die Gegner von Wasserkraft- und ähnlichen Projekten in Honduras ein für alle Mal zum Schweigen bringen sollte. Anteilseigner der DESA hätten, so die These, ab 2010 eine kriminelle Vereinigung gebildet, die illegale Genehmigungen für das Kraftwerk „Agua Zarca“ bekam, Polizei und Militär vor Ort für eigene Zwecke einsetzte (und bezahlte), Justizangestellte korrumpierte, um Haftbefehle gegen Berta und weitere Leitungspersonen von COPINH zu erwirken. Auch ein lokaler Auftragsmörder sei mit reichlich Schmiergeldern vor Strafverfolgung geschützt worden. Das Kapital der DESA sei in erster Linie politischer Natur gewesen. Die Anteilseigner und Aufsichtsräte des Unternehmens gehören nämlich der mächtigen Unternehmerfamilie Atala an, die sich bisher der Protektion durch höchste politische Amtsträger und staatliche Strukturen sicher sein kann. Diese Sichtweise wird durch den im November 2017 veröffentlichten Bericht der internationalen Expertenkommission GAIPE gestützt.⁴ Die GAIPE hatte Zugang zu den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft und konnte aus unzähligen Telefon- und Chatprotokollen große Teile des Kontextes und des Mordkomplotts rekonstruieren. Die im Ex-

3 <https://www.cejil.org/es/honduras-mision-observacion-calificada-expresa-preocupacion-audiencia-celebrada-sin-previo-aviso>

4 <https://gaipe.net/>

pertenbericht anonymisierten Daten bekamen nun durch den Prozess, zumindest teilweise, Namen. Trotz der Versuche, möglichst viel unter der Decke des Schweigens zu halten, deuten etliche Indizien auf eine Urheberschaft der DESA-Eigentümer*innen und ihrer Kompliz*innen in Militär und Politik hin.

Der frühere Geschäftsführer der DESA, David Castillo, ein ehemaliger Geheimdienstoffizier, wurde erst am 2. März 2018 verhaftet. Er soll 2019 als bisher einziger mutmaßlicher Auftraggeber des Mordes vor Gericht gestellt werden. Die DESA selbst bestreitet weiterhin jegliche Verstrickung in das Verbrechen. Das Unternehmen hat eine mächtige Anwaltskanzlei mit Sitz in London und Washington, Amsterdam & Partners LLP, engagiert, um mit Gegengutachten und einem „Weißbuch“ gezielte Kolportage zu betreiben, posthum eine Schmutzkampagne gegen Berta anzuzetteln und COPINH erneut als gewalttätig und kriminell zu diffamieren.

Vier Wochen nach seinem irregulären Beginn beeilt sich das Gericht indes das erste Verfahren rasch zu Ende zu bringen, war doch die weitere Verlängerung der teils schon über zweieinhalb Jahre dauernden U-Haft von fünf der acht Angeklagten kaum mehr durchsetzbar. Durch die Mängel im Vorfeld wird das Urteil anfechtbar sein und der Prozess brachte die Wahrheit über die Hintergründe des Mordes an Berta Cáceres längst nicht vollständig ans Licht. Vom Recht auf umfassende Gerechtigkeit für die Opfer und Garantien für die Nicht-Wiederholung solcher Verbrechen ganz zu schweigen.

Die Bauarbeiten für „Agua Zarca“ wurden zwar eingestellt, die DESA hält aber weiter die Konzession für den Flussabschnitt des Rio Gualcarque. Sie wurde trotz ihrer illegalen Vergabe und mehrfacher Anträge bisher nicht eingezogen. In COPINH organisierte Kraftwerksgegner*innen wurden 2018 erneut massiv bedroht und kriminalisiert, ihre Felder am Gualcarque-Fluss wurden mehrfach niedergebrannt.

Aktualisierte und geringfügig überarbeitete Version eines Artikels unserer Honduras-Referentin für *lateinamerika anders – Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika und die Karibik* (Nr. 4/2018, S. 26 f.)

Aktivitäten zu Honduras

Unterstützung für honduranische Journalistin



Atempause: Tomy Morales

Bis Mitte Januar war die honduranische Journalistin Maria Tomasa (Tomy) Morales unser Gast in München. Dank der solidarischen Unterstützung auch des Münchner Vereins „Journalisten helfen Journalisten“ und seiner Mitglieder konnte sie sich ein wenig von den Folgen der Angriffe, ihrer Verhaftung und der weiteren Verfolgung, der sie in Honduras ausgesetzt war, erholen und Interviews (u.a. für den Deutschlandfunk) zur Lage in Honduras geben. Der Bayerische Rundfunk sendete ein ausführliches Porträt. Im Juni erreichten uns dann einmal mehr schlechte Nachrichten aus Honduras: Die drei Polizeioffiziere, die im September 2017 Menschenrech-

tsverteidiger*innen, Studierende und Tomy Morales auf dem Gelände der Nationalen Universität (UNAH) mit Pfefferspray attackiert und teils schwer verletzt hatten¹ wurden am 1. Juni 2018 von einem Gericht in der Hauptstadt Tegucigalpa freigesprochen. Sie waren unter anderem wegen Folter, Körperverletzung, illegalen Festnahmen, Amtsmissbrauch und Pflichtverletzung angeklagt, mussten aber nicht in U-Haft und wurden nicht vom Dienst suspendiert. Morales' Kollegin Dina Meza, die Präsidentin des honduranischen PEN, kommentierte, das Urteil sei eine Schande und ein Freibrief für weitere Folter und illegale Festnahmen von Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen. Wir veröffentlichten einen Artikel auf unserer website dazu.²

Eilaktion für Politische Gefangene

Als sehr effizient erwies sich das honduranische „Justiz“system bei der Strafverfolgung sozialer Aktivist*innen. Mit Unterstützung der Web-Plattform Chiapas 98 initiierten wir im Februar eine Eilaktion für

1 <https://www.oeku-buero.de/details-28/polizeigewalt-gegen-journalistin-und-menschenrechtsverteidigerinnen.html>

2 <https://www.oeku-buero.de/details-28/freibrief-fuer-folter-und-illegale-festnahmen.html>



Freiheit für die politischen Gefangenen in Honduras und Mexiko. Soliaktion im Kafe Marat

die im Zuge der Proteste nach dem Wahlbetrug und der erneuten Amtsübernahme JOHs Inhaftierten, insbesondere Edwin Espinal und Raúl Alvarez (siehe Länderanalyse). Im Hochsicherheitsgefängnis *La Tolva* ist der Zugang zu Wasser (oftmals nur zehn Minuten pro Tag) ebenso wie zu ärztlicher Versorgung und Sonnenlicht streng eingeschränkt. Die Situation der beiden Gefangenen im Hochsicherheitstrakt *La Tolva* sehr prekär war uns außerdem mit Internationale Kogef und Mexiko.



bei einer Veranstaltung über Politische Gefangene in Honduras im Café Marat und tauschten Informationen aus (siehe Aktivitäten Mexiko). Bei ihrer Dienstreise im September traf sich unsere Honduras-Referentin mit Edwin Espinals Lebenspartnerin Karen Spring und Anwältinnen des Komitees für die Freilassung der Politischen Gefangenen und sprach mit dem deutschen Botschafter über die Haftbedingungen und den nicht-rechtsstaatlichen Prozess gegen Edwin und Raúl.

gung und zu frischer Luft (zweimal pro Monat) ex-Da die Gesundheitssituation der beiden Gefangenen im Hochsicherheitstrakt unter diesen Bedingungen (und ist), wandten wir Mails und Anrufen an das mittee vom Roten Kreuz in Im Juli informierten wir

Gegenrede zur Siemens Hauptversammlung

Ende Januar thematisierten wir mit einem international besetzten Podium die Problematik menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen mit Fallbeispielen zu Siemens in Honduras, Mexiko, den von Marokko besetzten Gebieten der Westsahara, Chile und Brasilien. Wir verteilten einen vierseitigen Infoflyer vor der Siemens Hauptversamm-

lung und konfrontierten in Reden Aktionär*innen, Vorstand und Aufsichtsrat mit unseren Argumenten. Im Gegenantrag des Dachverbandes Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre formulierten wir:

„Siemens leugnet weiter die eigene Verantwortung für die grobe Verletzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten im Hinblick auf das Wasserkraftwerk Agua Zarca in Honduras und dem damit zusammenhängenden Mord an der Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres. Cáceres wurde Opfer eines Komplotts zur Beseitigung des friedlichen Widerstandes gegen das Kraftwerk. In dem Komplott agierte Voith Hydros honduranischer Vertragspartner Desarrollos Energéticos S.A. (DESA) als Hauptbeteiligter.

Siemens war seit Anfang 2014 gewarnt und wusste spätestens im Frühjahr 2015, dass Agua Zarca weder internationalen Standards, noch eigenen internen Maßstäben genügte. Siemens wusste auch, dass Voith Hydro eben nicht nach diesen Standards handelte, sondern sich ganz offensichtlich auf Aussagen eines honduranischen Geschäftspartners verließ, der im Verdacht krimineller Praktiken stand.

Siemens CEO Joe Kaeser verteidigte noch 2016 kurz vor dem Mord an Berta Cáceres wider besseres Wissen die vermeintliche Legalität des Projektes. Siemens handelte ‚bewusst sorgfaltswidrig‘, so der von der internationalen Expertenkommission zum Mord an Berta Cáceres (GAIPE) benutzte Begriff. Nach dem Mord begrüßte Siemens zwar die Suspendierung der Turbinenlieferung, war aber offenbar weiterhin nicht in der Lage, wirkungsvolle Schritte zu unternehmen, was die weiterbestehende skandalöse Geschäftsbeziehung Voith Hydro - DESA anging. Erst nach dem endgültigen Ausstieg der europäischen Entwick-

SAUBERMANN SIEMENS?

Wie steht es um die Verantwortung des Weltkonzerns für Menschenrechte und Umweltschutz bei Auslandsprojekten?



lungsbanken im Sommer 2017 wurde auch die bis dahin sakrosankte Vertragsbeziehung DESA - Voith Hydro beendet. Es bleibt daher unklar, wie Siemens derlei Tragödien in Zukunft zu verhindern gedenkt.³

Henry Mathews-Preis

Im September freuten wir uns gemeinsam mit unserem Netzwerk HondurasDelegation den Henry Mathews Preis für Konzernkritik entgegenzunehmen.⁴



Jahresversammlung des Dachverbandes Kritischer Aktionäre und Aktionärinnen

Tiroler Turbinenbauer in der Kritik

Im Juni erfuhren wir, dass das Tiroler Unternehmen Geppert Hydropower plante, Turbinen an das Wasserkraftwerk „Los Planes“ im Norden von Honduras zu liefern (siehe Informationen im Jahresbericht 2017 zum Protestcamp in Pajuiles und den Angriffen gegen Kraftwerksgegner*innen). Wir setzten einen Offenen Brief auf und mobilisierten zwanzig Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Österreich für seine Unterstützung. Die Unterzeichnenden forderten Geppert Hydropower auf, die in den UN-Leitprinzipien für

3 https://www.kritischeaktionae.de/fileadmin/Dokumente/Gegenantraege_2018/KA-Gegenantrag_Siemens_HV_2018.pdf

4 <https://www.kritischeaktionae.de/henrymathewspreis.html>
<https://www.oeku-buero.de/details-28/Henry-Mathews-Preis.html>
 Laudatio und Preisrede: https://www.kritischeaktionae.de/fileadmin/Dokumente/Jahrestagung_2018/Laudatio_Christian_Russau_Henry_Mathews_Preis_2018_Oekuburo_Honduras_Delegation.pdf
https://www.kritischeaktionae.de/fileadmin/Dokumente/Jahrestagung_2018/Rede_Andrea_Lammers_Henry_Mathews_Preis_2018.pdf



COBRA-Spezialeinheiten in Pajulies. Norberto Lopez (Aktivist des Protestcamps (re.)) wagte zu fotografieren und landete dafür hinter Gittern.

Wirtschaft und Menschenrechte verankerten menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten zu beachten und die Lieferung der Turbinen sofort zu stoppen, eine sorgfältige Risikoanalyse vorzunehmen und in der Folge die laufenden Verträge mit dem honduranischen Unternehmen „Hidroeléctrica Centrales El Progreso“ (Hidrocep) zu kündigen. Im Zuge der gewaltsamen Durchsetzung des Kraftwerksbaus waren mehrere Personen schwer verletzt, der Kraftwerksgegner Geovany Díaz Cárcamo ermordet, ein Umweltstaatsanwalt ins Exil getrieben worden. Die Bauarbeiten richteten schwere ökologische Schäden an und machten das Trinkwasser von ca. 20.000 Menschen am Rio Mezapa ungenießbar.⁵ Geppert Hydropower verweigerte eine Stellungnahme – auch gegenüber dem Business and Human Rights Ressource Center, das den Fall aufnahm.⁶



Unterstützt vom Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia (MADJ) gaben die betroffenen Bewohner*innen der Gemeinde Pajulies nicht auf und errichteten ein zweites Protestcamp vor dem Rathaus der Stadt Tela. Schließlich ordnete das Verwaltungsgericht in San Pedro Sula am 30. Juli 2018 einen Baustopp für das Wasserkraftwerk „Los Pla-

5 <https://www.oeku-buero.de/details-28/gruene-energie-auf-kosten-der-menschenrechte.html>

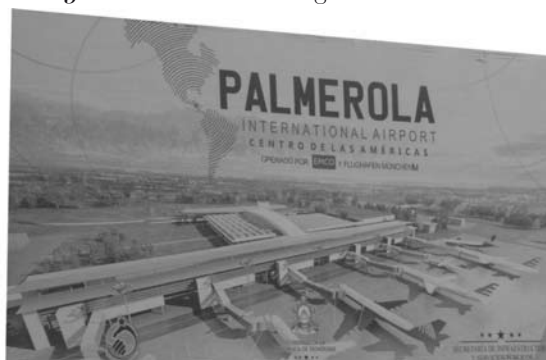
6 <https://www.business-humanrights.org/en/geppert-hydropower>

nes“ an. Seither ruhen die Bauarbeiten vorläufig. Die Anwohner*innen vermuten, dass die Turbinen bisher (Februar 2019) noch nicht zur Baustelle gebracht wurden.

Unsere Honduras-Referentin sprach im September in der Hauptstadt Tegucigalpa mit Mitgliedern des Protestcamps von Pajuiles und begleitete den auch 2018 von staatlichen Sicherheitskräften und Privatpersonen mehrfach schwer bedrohten und tödlich angegriffenen MADJ-Koordinator Martin Fernandez einige Tage lang in der Region. Im Oktober 2017 wurde der 17-jährige Fredy Ariel Díaz Molina, Mitglied des MADJ aus Pajuiles, von der Polizei geschlagen. Die Polizisten sprühten ihm Pfefferspray ins Gesicht und zerrten ihn in ein Polizeifahrzeug. Da die Polizei die irreguläre Festnahme zunächst leugnete, wurden alle Hebel gegen gewaltsames Verschwindenlassen in Bewegung gesetzt bis Fredy Ariel schließlich in Polizeiarrest gefunden wurde. Die Begründung der Polizei für die rechtswidrige Aktion lautete, der Junge habe sich „respektlos“ gegenüber einem Beamten verhalten. Zwei Tage vorher war ein weiteres Mitglied des MADJ in Tela von Unbekannten für fünf Stunden entführt worden.⁷

Fragen zum Engagement des Flughafens München

In der ersten Jahreshälfte beschäftigten wir uns intensiv mit dem En-



gagement der Flughafen München GmbH (FMG) bzw. ihrer Tochtergesellschaft Munich Airport International GmbH (MAI) als Beraterin für den neuen internationalen Flughafen Palmerola in Honduras, der derzeit in Bau ist und Ende 2019 fertiggestellt werden soll. Geschäftspartner der MAI ist das Unternehmen Palmerola International Airport S.A. (PIA), dessen Miteigentümer und Chef Lenir Pérez ist. Bei einer Presse-

konferenz im Bayerischen Landtag informierten wir auf Einladung des Abgeordneten Christian Magerl über die Hintergründe.⁸ Süddeutsche Zeitung, Abendzeitung und Bayerischer Rundfunk berichteten.

Wer ist Lenir Pérez?

Lenir Alexander Pérez Solís ist einer der Schwiegersöhne des 2015 verstorbenen honduranischen Unternehmers Miguel Facussé. Dieser galt als reichster und einer der einflussreichsten Männer in Honduras. Pérez ist zusammen mit seiner Ehefrau Ana Facussé Eigentümerin der Unternehmensgruppe EMCO, die sich unter anderen mit der Herstellung und dem Vertrieb von Metallblechen und anderen Materialien für die Bauwirtschaft beschäftigt. Außerdem sind Unternehmen, die dem Ehepaar gehören, auch im Bergbausektor tätig. Im Zusammenhang mit der gewaltsamen Durchsetzung von Eisenerztagebauen werden Pérez unter anderem Bestechung und Morddrohungen vorgeworfen.⁹

Daniel Langmeier vom HondurasForum Schweiz, berichtete in München über seine Erfahrungen als internationaler Menschenrechtsbeobachter der Organisation PROAH (Honduras Accompaniment Project). 2013 wurde er gemeinsam mit einer französischen Kollegin von schwerbewaffneten Männern im Auftrag des Unternehmens Minerales Victoria (Eigentümer Lenir Pérez) illegal festgehalten und bedroht.¹⁰

Das ganze Jahr über wehrten sich Gemeinden im Bezirk Tocoa (Departement Colón) gegen Bergbauaktivitäten von Pérez' und Ana Facussés Unternehmen Inversiones Los Pinares, die unter anderem ein Naturschutzgebiet und die Wasserqualität in der Region schwer beeinträchtigen. Laut einem Bericht des NGO-Zusammenschlusses ACI Participa hatte

8 Parlamentarische Anfragen und Antworten:

<https://kleineanfragen.de/bayern/17/22357-internationale-aktivitaeten-der-flughafen-muenchen-gmbh-fmg>

<http://dipbt.bundestag.de/extrakt/ba/WP19/2360/236047.html>

Bericht:

<https://amerika21.de/2018/08/209841/flughafen-muenchen-gmbh-honduras>

Reaktion der FMG:

<https://www.munich-airport.de/flughafen-munchen-gmbh-weist-vorwurfe-der-grunen-zurueck-4659183>

9 <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/honduras-deadliest-country-world-environmental-activism/>

10 <https://hondurasaccompanimentproject.wordpress.com/2013/07/28/urgent-action-two-members-of-proah-held-captive-by-armed-men-from-the-mining-company-in-la-nueva-esperanza/>

das Unternehmerpaar die illegal erteilte Konzession von einem Drogenboss des Cachi-Kartells übernommen.¹¹ Der Menschenrechtsverteidiger Carlos Leonel George von der Koordination der Basisorganisationen der Region Aguán (COPA) sagte in einem Interview: „In La Ceibita ist die Arbeit für uns besonders gefährlich. Hier hat das Unternehmen Inversiones Los Pinares die Konzession. (...) Viele Auftragsmörder haben sich von den Bergbaugesellschaften anheuern lassen und agieren mit den gleichen Methoden, nun aber als private Sicherheitsunternehmen für Bergbaugesellschaften.“¹² Am 3. August 2018 berichtete Irma Lemus, Mitglied der Beobachtungsstelle für Menschenrechte der Region Aguán (OPDH) und Mitarbeiterin eines Lokalradios von Todesdrohungen gegen sie.¹³ Bis Jahresende eskalierte die Situation vor Ort weiter; es gab mehrere Tote, 18 Bewohner*innen mussten aus ihren Häusern fliehen. Menschenrechtsorganisationen äußerten sich besorgt über die Militarisierung des Gebietes und die Diffamierung und Kriminalisierung lokaler Aktivist*innen.¹⁴

In diesem Kontext war und bleibt unsere Kernfrage in Bezug auf die Geschäftsbeziehung des Flughafen München GmbH (FMG) mit EMCO/PIA: Wie kann es sein, dass die zahlreichen, öffentlich zugänglichen Hinweise, dass Lenir Pérez und seine Bergbauunternehmen in Morddrohungen, Bestechung und Bestechungsversuche verwickelt sind, von FMG und Staatsregierung vollständig ignoriert wurden? Müsste ein Unternehmen wie die FMG bei der Wahl seiner Geschäftspartner in einem Land wie Honduras (wo zudem besondere Risiken wegen der Verwicklung des organisierten Verbrechens mit Politik und Wirtschaft drohen und die Abwicklung von Public Private Partnership Projekten sogar von der Weltbank kritisiert wird) nicht besondere Sorgfaltspflichten beachten? Erst recht dann, wenn die Gesellschafter*innen der Freistaat Bayern (51 Prozent), der Bund (26 Prozent) und die Landeshauptstadt München (23 Prozent) sind?

Information und Advocacy zur Causa Berta Cáceres

11 <https://share.mayfirst.org/s/MswJqAxCiMY4cJj#pdfviewer>

12 <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/mit-militaer-gegen-umwelt-schutz/>

13 <http://www.clibrehonduras.com/index.php/alertas/amenazas/882-comunicadora-social-y-defensora-de-ddhh-denuncia-amenazas-a-muerte>

14 <http://www.pasosdeanimalgrande.com/index.php/en/denuncias/item/2399-campana-de-criminalizacion-y-desprestigio-denuncian-defensoras-de-los-derechos-humanos-de-colon>

Begleitung und Berichterstattung zur Causa Berta Cáceres (siehe Kapitel zum Prozess in diesem Jahresbericht) bildeten einen weiteren Schwerpunkt unserer Honduras-Arbeit 2018. Ab Jahresbeginn nahmen wir regelmäßig an Skypekonferenzen mit COPINH, Red EU LAT in Brüssel und weiteren Organisationen teil, unterstützten eine Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 3. März, kommunizierten mit Abgeordneten des Europaparlaments und des Deutschen Bundestags und bereiteten den Besuch einer Delegation aus Mitgliedern der Internationalen Expert*innenkommission GAIPE, von COPINH und des Anwaltsteams von Bertas Familie vor. Ende Mai begrüßten wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartner*innen der Gruppe CADEHO aus Berlin



Mächtige Gegner, viele Unterstützer*innen: Schlusspodium einer Europareise von GAIPE, COPINH und Bertas Töchtern.

so wie MISEREREOR und weiteren Mitstreiter*innen Laura Zúniga Cáceres, Francisco Sánchez, Victor Fernández und Miguel Angel Urbina zu einer Woche intensiver Informations- und Advocacyarbeit, unter anderem mit einer Pressekonferenz sowie Gesprächen mit dem Auswärtigem Amt und BMZ. Den ermutigenden Abschluss bildete eine Podiumsveranstaltung mit über 90 Teilnehmer*innen im European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) in Berlin.

Zu Beginn der Gerichtsverhandlung am 17. September gaben wir gemeinsam mit der Christlichen Initiative Romero und anderen eine Presseerklärung heraus. Gespräche mit COPINH und den Anwälten und weiteren Prozessbeobachter*innen waren dann auch Anlass und Schwerpunktthema der diesjährigen Dienstreise unserer Honduras Referentin vom 18. September bis zum 3. Oktober. Das ganze Jahr über berichteten wir für verschiedene Medien über den Prozess. Im Dezember ergänzte ein Vortrag in Frankfurt/Main die Informationsarbeit.



Generalprobe vor dem großen Auftritt: Karla Lara mit Konstantin Wecker bei Tollwood.

Die Stimme des honduranischen Widerstands - Karla Lara in München

Im Juli besuchte uns unsere langjährige Freundin und *compañera*, die Sängerin Karla Lara. Begleitet von ihrem virtuosen Pianisten José Antonio Velasquez sowie Erika Harzer und Kalle Staymann als Organisator*innen und Roadies machte Karla in München Station. Wir erlebten einen fulminanten und bewegenden Gastauftritt beim Konstantin Wecker Konzert im rappellvoll Tollwood Zelt, der Berta Cáceres einem großen Publikum ins Gedächtnis rief. Am nächsten Abend hatten wir unsere eigene Veranstaltung mit Karla und José: Ein ebenfalls bestens besuchtes Gesprächskonzert beim Stattpark Olga über den alltäglichen Widerstand gegen Patriarchat und Machismo (nicht nur) in Honduras.¹⁵ Am nächsten Vormittag lockten die beiden Musiker*innen zahlreiche Schüler*innen des Münchner Michaeli-Gymnasiums aus der Reserve, begeisterten sie für honduranische Rhythmen und vermittelten ganz nebenbei über die Liedtexte einige brisante Gender-Themen. Ausnahmsweise war von der üblichen Distanz zu „denen“, aus dem globalen Süden“ kein bisschen mehr zu spüren.

¹⁵ Beide emphatisch beschrieben aus Perspektive des Teams Wecker in: <https://hinter-den-schlagzeilen.de/karla-lara-cuando-las-palabras>

Rundreise zur Verteidigung der Garifuna-Territorien

Vom 5. bis zum 14. und vom 22. bis zum 24. Oktober begleitete unsere Honduras-Referentin die Vize-Koordinatorin der Garifuna-Organisation OFRANEH Aurelia Arzú zusammen mit Everardo Perez Piche aus El Salvador zu den Rundreisestationen Leipzig, Berlin, Rostock und beim Partizipativen Kongress in München (siehe separates Kapitel in diesem Jahresbericht). Aurelia sprach zudem mit Schüler*innen des Michaeli-Gymnasiums und wir hatten Margarete Bause (Bundstagsabgeordnete, Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe) in unserem Büro zu Gast. Ein ausführliches Interview mit Aurelia Arzú, das 2019 bei Radio Lora München gesendet wird, ist auf unserer Website verfügbar.¹⁶

Münchener Arbeitskreis LGBT*-Honduras

Seit vier Jahren macht unser LGBTI*-Honduras-Arbeitskreis auf die Situation der Community aufmerksam und unterstützt unsere Partnerorganisation Asociación LGBT Arcoíris sowie geflüchtete Trans*Aktivist*innen hierzulande solidarisch. 2018 begleiteten wir unsere compañera Gaba Sahory Reyes im erfolgreich abgeschlossenen Prozess ihrer Namens- und Personenstandsänderung und stehen ihr bei Behördengängen und den ersten Schritten der Berufsorientierung bei.

15 Jahre Asociación Arcoíris de Honduras

Im Juli schickten wir eine musikalische Videogrußbotschaft an die Asociación Arcoíris, die ihren 15. Geburtstag feierte. Im September besuchte unsere Hondurasreferentin die Organisation in Tegucigalpa. Sie erfuhr von den Sicherheitsproblemen der ersten Jahreshälfte, die in mehr und dickeren Stacheldrahtrollen und erneuerten



Planen ethisches Tribunal: Die Trans*Frauengruppe Muñecas de Arcoíris.

¹⁶ <https://www.oeku-buero.de/sendungen/articles/unsere-gesamte-umwelt-ist-in-gefahr.html>

Videokameras sichtbar wurden und der Kurzzeiterführung und Folter des Lebenspartners von dem Öffentlichkeitsreferenten Osman Cárcamo und seinem Weg ins spanische Exil. Die Gruppe der Trans*Frauen „Munecas de Arcoíris“ berichtete von ihren Plänen in einem ethischen Tribunal Wahrheit und Gerechtigkeit für die Morde und Menschenrechtsverletzungen an ihren Mitgliedern zu fordern, die von der honduranischen Justiz weiterhin ignoriert werden.

Situation der LGBT*-Community

Nach Angaben der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte CONADEH bleiben 90 Prozent der angezeigten Verbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT*) in Honduras straflos. Erst im Mai hatte das lokale Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte das Regime von Präsident Juan Orlando Hernández aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, damit die seit 2008 aktenkundigen 295 Morde an LGBT* aufgeklärt würden. 177 davon wurden nach Angaben der interamerikanischen Menschenrechtskommission in den letzten fünf Jahren begangen, 21 allein von Januar bis August 2018. Die Kommission konstatierte, dass die fast vollständige Straflosigkeit die weitverbreitete Einstellung fördere, dass Diskriminierung und Hassverbrechen gegen LGBT* akzeptabel seien.

Zur Arbeit mit den im Männergefängnis in Támara inhaftierten Trans*Frauen gab es leider schlechte Nachrichten: Bis dato war es Arcoíris nicht gelungen, die nötige Besuchsgenehmigung zu erwirken. Wegen des mittlerweile ziemlich strikt abgeschirmten Mobilfunksignals war auch ein telefonischer Kontakt mit den Trans*Frauen kaum mehr möglich. Zwei unter der Auflage sozialer Arbeit bei Arcoíris tätige Ex-Gefangene konnten jedoch erfolgreich unterstützt werden.

Trotz der Repression reagierte Arcoíris nicht nur, sondern machte weiter Vorschläge für eine Änderung der sozialen Realität und der Gesetze in Honduras. 2018 war dies zum Beispiel eine Kampagne zugunsten der gleichgeschlechtlichen Ehe – ein rotes Tuch für weite Kreise von Politik und Gesellschaft.

Der Mord an Jonathan Cruz

Am 8. November wurde der langjährige Aktivist von *Arcoíris*, Jonathan Cruz vor seinem Haus mit 20 Schüssen ermordet. Der Mord zeigt exemplarisch das Versagen des staatlichen Schutzmechanismus für

Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalisti*innen und Justizpersonal in Honduras – ein Dauerthema des Jahres 2018.¹⁷ Esdra Sosa vom Leitungskreis der LGBT*Organisation Arcoiris de Honduras, die Jonathan bei seinen Anzeigen begleitete, befürchtete, dass der Repressionsapparat des Staates in den Mord verwickelt sein könnte und dass weitere Attacken gegen Mitglieder und Führung von LGBT*Organisationen folgen könnten. Ein Zusammenhang mit der Hasskampagne gegen den Entwurf für ein Gleichstellungs- und Integrationsgesetz sei nicht auszuschließen. Der Gesetzentwurf hatte heftige homo- und transphobe Reaktionen von einflussreicher evangelikaler und ultrakonservativer katholischer Seite ausgelöst. Sosa gegenüber der honduranischen Journalistin und PEN-Präsidentin Dina Meza: „Donny Reyes und meine Person wurden bedroht und es gibt keinerlei Ermittlungen deswegen.“¹⁸

Gegen Hassverbrechen – auch in München

Für die Münchner Menschenrechtswoche luden wir die Trans*aktivistin Karla Avelar aus El Salvador, die seit einem Jahr in der Schweiz Asyl suchte, nach München ein. Leider verweigerten die Schweizer Behörden ihr die Reisegenehmigung, so dass sie nur über Skype im Wohnprojekt

präsent sein und über die Erfahrungen von Trans*Frauen in Zentralamerika und auf der Flucht berichten konnte.

Am 10. Dezember waren wir gemeinsam mit dem Nord Süd Forum Mitver-



„Transphobie macht uns krank“ - Karla Avelar

17 <http://www.pasosdeanimalgrande.com/index.php/es/denuncias/item/2327-denuncian-familiares-la-lentitud-en-el-mecanismo-de-proteccion-sumo-para-perder-a-jonathan>

18 <https://www.oeku-buero.de/details-28/aktivist-unserer-partnerorganisation-asociacion-lgbt-arcoiris-de-honduras-ermordet.html>

anstanter der von der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München initiierten und ausgerichteten Podiumsdebatte „70 Jahre Menschenrechte – Herausforderung Hassverbrechen“ im Rathaussaal. Mit „Hassverbrechen“ sind vorurteilsmotivierte Straf- und Gewalttaten gegen gesellschaftliche Minderheiten gemeint. Antisemitische, rassistische, homo- und transfeindliche, obdachlosen- und behindertenfeindliche Straftaten richten sich gezielt gegen die Menschenwürde der Betroffenen und fordern den gesellschaftlichen Zusammenhalt heraus, so die Fachstelle. Matthias Quent, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena und Verfasser des Gutachtens „Ist die Mehrfachtötung am OEZ München ein Hassverbrechen?“ erläuterte das Konzept. Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk akzentuierte die praktischen Probleme der Nebenklagevertretung im Bereich Hasskriminalität/Rechtsextremismus. Wir spielten einen Videobeitrag von Karla Avelar ein. Gaba Sahory Reyes ergänzte aus der Sicht der Community in Honduras und mit Erfahrungen als betroffene Geflüchtete in München. Am Vormittag hatte Gaba bereits im Carl-Orff-Gymnasium Unterschleissheim vor mehreren Spanisch- und Ethikklassen über ihren Lebensweg als Trans*Frau und Aktivistin in Honduras und Deutschland berichtet.



Nach dem Unterricht: Spanischlehrerin Sonja Wiedemann und Gaba Reyes (re) vor einer Ausstellung in der Pausenhalle: Wir hatten Informationen zur Causa Berta beigetragen.

Länderbericht

Wir haben uns 2018 sehr bemüht, unsere Arbeit zu Kolumbien zu stärken - und haben es geschafft! Ab Januar 2019 verfügt das Ökumenische Büro über eine Kolumbienstelle. Damit können wir uns intensiver mit einem Land beschäftigen, das immer noch von einem internen Konflikt geprägt ist: illegale bewaffnete Gruppen gewannen an Macht, soziale und politische Aktivist*innen wurden weiterhin ermordet und Rohstoff- und Energie- Unternehmen verursachten Umweltkatastrophen. Darüber hinaus gab es im Jahr 2018 Präsidentschafts- und Kongresswahlen und Kolumbien ist erneut der weltweit führende Kokainproduzent.

Blick auf die wirtschaftliche Lage

Kolumbien ist die viertgrößte lateinamerikanische Volkswirtschaft und erreichte ein nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 6.760 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2018. In diesem Jahr ist das BIP um 2,7 Prozent gewachsen¹. Das Land ist immer noch von den Bergbau- und Energiesektoren abhängig und ist der achtgrößte Kohleproduzent weltweit². Kaffee, Gold und Bananen sind ebenfalls wichtige Exportprodukte. 2018 stiegen die Rohstoffe-Exporte um 17,5 Prozent und die gesamten Exporte um 10,4 Prozent. Die Produkte wurden vor allem an die Vereinigten Staaten, China, Panama, Türkei, Ecuador und nach Europa geliefert³. Das Handelsdefizit Kolumbiens lag jedoch bei 5,5 Prozent des BIP am Ende des Jahres⁴. Dazu kommt, dass das Haushaltsdefizit 2018 weiterhin bei 3,1 Prozent des BIP lag⁵. Für die kommenden Jahre ist noch nicht ganz klar, wie die Regierung den Staatshaushalt finanzieren wird. Im vergangenen Dezember verabschiedete der Kongress eine Finanzierungsreform⁶, die zunächst Einnahmen in Höhe von 14 Milliarden Dollar beinhaltete aber die nur mit einem Einnahmepotenzial von 7,1 Milliarden Dollar endete⁷. Die Unternehmerverbände fordern eine Steuerreduktion für Un-

1 openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/29801/9781464812576.pdf

2 dane.gov.co

3 dane.gov.co/files/ses/ses_2019/Indicadores_Coyunturales_05_02_19.pdf

4 dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/comercio-internacional/balanza-comercial

5 eltiempo.com/economia/sectores/lo-que-cree-fitch-de-la-meta-de-deficit-fiscal-de-colombia-en-2019-315806

6 Maßnahmen zur Deckung der Ausgaben und Investitionen des Staatshaushalts

7 eltiempo.com/economia/sectores/asi-quedaron-los-impuestos-tras-la-aprobacion-de-ley-de-financiamiento-307272

ternehmen und höhere Personensteuern, obwohl die Steuerbefreiungen für Unternehmer*innen im Land bereits sehr hoch sind⁸.

Weitere wichtige Daten sind der historische Anstieg des Mindestlohns um 6 Prozent, der durch eine Einigung von Gewerkschaften und der Regierung beschlossen wurde⁹, und die Stabilisierung der Arbeitslosenquote, die lag Ende 2018 bei 9,7 Prozent¹⁰. Wobei aber zu bedenken ist, dass fast die Hälfte der Arbeitnehmer*innen im informellen Sektor oder illegal arbeiten¹¹. Die Inflationsrate sank auf 3,68 Prozent¹² und der Wechselkurs erreichte wieder den Kurs von 2016, vor der Unterzeichnung des Friedensprozesses¹³. Letztendlich belegt Kolumbien sehr gute Plätze in dem Happy Planet Index¹⁴ und in dem World Happiness Report¹⁵. Auf der Skala der Ungleichheit rangiert das Land jedoch auf Platz 83 von 140¹⁶.

Die neue politische Lage - ein korruptes Land

Seit August 2018 ist der neue Präsident Ivan Duque im Amt. Er gehört zu der ultrakonservativen Partei *Centro Democrático*, die von dem rechtsradikalen ehemaligen Präsidenten und aktuellem Senator Alvaro Uribe geführt wird. Die neue Regierung hat bereits im Wahlkampf erklärt, sich gegen den Friedensprozess zu stellen und auf die Absetzung Maduros in Venezuela zu drängen. Der neue Präsident hat auf jeden Fall mit einer Situation großer politischer Instabilität zu tun, mit einer ausgeprägten sozialen Spaltung und vor allem, mit einer starken Opposition.

Duque gewann im ersten Wahlgang 39 Prozent der Stimmen gegen 48 Prozent der Bündnisse der Linken von Gustavo Petro und Sergio Fajardo (jeweils 25 und 23 Prozent). Im zweiten Wahlgang gewann Dun-

8 <https://www.portafolio.co/economia/lo-que-se-aprobo-en-la-ley-de-financiamiento-524616>

9 salariominimocolombia.net

10 dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/mercado-laboral/empleo-y-desempleo

11 rcnradio.com/economia/ocde-preve-una-subida-de-la-economia-colombiana-en-2018-y-2019

12 dane.gov.co

13 banrep.gov.co/es/tasa-cambio-del-peso-colombiano-trm

14 happyplanetindex.org/countries/colombia

15 s3.amazonaws.com/happiness-report/2018/WHR_web.pdf

16 happyplanetindex.org/countries/colombia

que mit 53,98 Prozent vor dem Bündnis Petro Presidente, das 41,81 Prozent erzielte. Positiv war die Wahlbeteiligung¹⁷, außerdem waren es die friedlichsten Wahlen in der jüngeren Geschichte Kolumbiens. Es gab aber auch negative Ereignisse. Schon vor der Wahl gab es Stimmenkauf und Wahlbetrug, sowohl auf Seite der Rechten als auch auf Seite der Linken¹⁸. Eine gewählte Senatorin befindet sich deswegen schon in Haft¹⁹. Während der Wahltag wurden Waffen, Geld und Drogen beschlagnahmt, die zu einigen Wahlkampfteams gehörten. Auf den Kandidaten Petro gab es einen Mordanschlag.



Präsidentenskandidat Duque bei einer Wahlkampfveranstaltung

Darüber hinaus wird gegen weitere 12 Senatoren und Abgeordnete ermittelt: wegen Korruption, Verbindungen zu paramilitärischen Organisationen oder Drogenkartellen²⁰. Die großen Korruptionsskandale, die die Schlagzeilen beherrschten, waren die Fälle der brasilianischen Firmen *Obdebrecht* und *Camargo Correa* sowie Infrastrukturprojekte wie das Wasserkraftwerk *Hidroituango*. Der Fall *Obdebrecht* erregte am meisten Aufsehen, nachdem drei Zeugen mit Zyankali vergiftet worden waren²¹ und weil es Verbindungen zur Wahlkampffinanzierung der Ex-Präsidenten Alvaro Uribe und Francisco Santos gibt. Dazu wurden einige Personen, die wegen Veruntreuung von Staatsgeldern verurteilt wurden, freigelassen, ohne ihre Strafe abzusetzen oder eine Kaution zu zahlen. Auch einige der aus dem Amt geschiedenen Minister sind in die Korruptionfälle verwickelt. Während der Wahltag haben tatsächlich 11,6 Millionen Bürger*innen für ein Antikorruptionsreferendum gestimmt.

17 colombia.com/elecciones/2018/

18 elespectador.com/elecciones-2018/noticias/politica/irregularidades-en-la-primera-vuelta-de-la-eleccion-presidencial-como-opero-la-alteracion-de-articulo-794796

19 vanguardia.com/colombia/corte-suprema-envio-a-la-carcel-a-la-representante-aida-merlano-FEVL430674

20 elespectador.com/elecciones-2018/noticias/politica/los-candidatos-al-congreso-que-tienen-cuestionamientos-articulo-742686

21 bbc.com/mundo/noticias-america-latina-46889022

Unglücklicherweise aber, so berichten die Koordinatoren der Kampagne, macht das Referendum keine weiteren Fortschritte²².

Der Friedensprozess

Der Friedensprozess beinhaltet aktuell große Herausforderungen: Der Machtkampf um die Leerstelle, die die FARC als Rebellengruppe (FARC-EP) hinterlassen hat²³, der große Widerstand in Politik und Verwaltung gegen die Übergangsjustiz (*Jurisdicción Especial para la Paz* - JEP), bei dem Friedensvertrag mit der FARC-EP, die geringen Fortschritte, um die Ursachen des Konfliktes zu beseitigen, die Ermordung von Ex-Kombattanten, die Bildung von Dissidentengruppen und die fehlenden Wiedereingliederungsmöglichkeiten für die Demobilisierten. Darüberhinaus wurde der Friedensprozess von der Verhaftung eines der Anführer der neuen politischen Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (FARC) getrübt. Zu den weiteren Faktoren, die den Friedensprozess beeinflussen zählt die Tatsache, dass immer mehr Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, lokale Koordinator*innen der Landrückgabe-Programme oder der Programme zur Substitution von illegalen Plantagen umgebracht werden. Ganz besonders belastet den Friedensprozess, dass die Verhandlungen zwischen dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) und der Regierung unterbrochen sind.

Es ist auch gut möglich, dass es unter der neuen Regierung einige Änderungen gibt. Die Ernennung der neuen Direktoren der Institutionen der Übergangsjustiz gibt einen Anhaltspunkt dafür. Ein Beispiel ist das Erinnerungs- und Dokumentationszentrum (*Centro Nacional para la Memoria Histórica* (CNMH)). Schon drei Personen sind als Direktoren vorgeschlagen, die sich in der Vergangenheit explizit gegen gegen



Treffen zwischen Präsident Duque und Vertreter*innen des US-South Command

²² vencealcorrupto.com

²³ In Tumaco, im Süden des Landes, sind bis zu 10 Gruppen zu zählen, die um die Macht der Region kämpfen.

den Friedensprozess ausgesprochen haben. Die ausgewählte Person wurde wegen Urkundenfälschung abgelehnt²⁴. Die neue Regierung hat auch die Kampagne *Seguridad Democrática* wieder aufgenommen, die einer der Pfeiler der Regierung Alvaro Uribe war, eine Militäroffensive, die in dem Skandal der sogenannten *Falsos Positivos*²⁵ seinen Höhepunkt erreichte²⁶.

Positiv bleibt zu erwähnen, dass im März die JEP, sowie im November die Wahrheitskommission ihre Arbeit aufgenommen haben. Außerdem hat die neue politische Partei der FARC ihre Sitze im Kongress bekommen, wie es im Friedensvertrag vereinbart waren.

Langsame Fortschritte zum Frieden

Die gesellschaftliche Situation in Kolumbien hat sich seit der Unterzeichnung der Friedensverträge stark gewandelt. Es gibt deutlich weniger Terroranschläge und Morde im Land. Dennoch wird Gewalt nach wie vor als Werkzeug zur Schaffung oder Erhaltung von Macht eingesetzt. Immer mehr Aktivist*innen sowie Vertreter*innen sozialer Bewegungen werden von verschiedenen staatlichen oder illegalen Akteur*innen ermordert²⁷. Gemäß der Staatsanwaltschaft sind die Täter dieser Verbrechen meistens abtrünnige Mitglieder von der FARC-EP sowie Paramilitärs oder die ELN²⁸. Auch wenn die Regierung ein klares Muster hinter diesen Morden erkannt hat²⁹, hat sie bisher keine konkreten Maßnahmen dagegen ergriffen.



Plakate mit Fotos von ermordeten Aktivist*innen aus Kolumbien bei einer Kundgebung am Odeonsplatz.

24 caracol.com.co/radio/2018/12/30/nacional/1546126784_134954.html

25 *Unter der Bezeichnung Falsos-Positivos-Skandal wurden Fälle bekannt, bei denen Soldaten der kolumbianischen Armee wahllos Zivilpersonen töteten und die Leichen als im Kampf gefallene Guerilla-Kämpfer präsentierten, um Erfolgsprämien wie zum Beispiel Beförderungen oder Sonderurlaub zu bekommen.*

26 elspectador.com/opinion/seguridad-democratica-20-columna-838662

27 reliefweb.int/report/colombia/frontline-defenders-annual-report-2017

28 contagioradio.com/colombia-pais-mas-asesinatos-defensores-mundo-articulo-59944

29 contagioradio.com/asesinatos-de-lideres-sociales-son-sistematicos-angela-robledo-articulo-55020/

Darüber hinaus sind auch die Demonstrationen der Indigenen und der Studierenden Orte der Gewalt geworden³⁰. Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, dass sich in Gruppen von Studierenden, die ihr Recht auf Demonstrationsfreiheit ausübten, Personen eingeschleust haben, die mit Gewaltangriffen und Provokationen den Protest delegitimieren wollten³¹. Die internationalen Beziehungen wurden außerdem von der Entführung und Ermordung von drei ecuadorianischen Journalisten beeinträchtigt sowie von den Problemen, die durch die Migration aus Venezuela entstehen.



Massive Proteste der Studierenden in Bogotá

Weiterhin ist zu beobachten: die Rückkehr zu Konservatismus, zu fremdenfeindlichen Diskursen sowie für die Ablehnung von Abtreibung und gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, gegen die LGBTI-Bewegung und gegen die Toleranz der Personendosis von bestimmten illegalen Substanzen. In diesen Bereichen

sind deutliche Fortschritte als Folge von Gerichtsprozessen erzielt worden, die Einzelne oder Kollektive angestrengt haben³². Der politische Diskurs hingegen möchte die Entscheidungen der Gerichte widerrufen.

Die Umwelt, das Opfer ohne Stimme

Ein wichtiges Mittel zum Schutz der Umwelt sind die Volksabstimmungen (*consultas populares*), die durch die Bürger*innen angestoßen werden können, indem sie Unterschriften sammeln³³. Weil dadurch auch schon Bergbauprojekte verhindert wurden, wurden von den Wirtschaftsverbänden bei dem Verfassungsgericht mehrere Klagen gegen die Volks-

30 elcolombiano.com/antioquia/toma-del-peaje-riogrande-en-uraba-NE7969852

31 asuntoslegales.com.co/actualidad/fiscalia-trabajara-con-la-dijin-para-identificar-infiltrados-en-manifestaciones-estudiantiles-2792078

32 semana.com/nacion/articulo/las-fuerzas-conservadoras-apelan-a-la-politica-de-la-moral/567675

33 Dietz, Kristina. 2018. "Consultas populares mineras en Colombia: Condiciones de su realización y significados políticos. El caso de La Colosa"l

abstimmungen eingereicht³⁴, doch bis jetzt hat sich das Gericht für Volksabstimmungen ausgesprochen³⁵. Es gab weitere Gerichtsurteile, wie die zur Luftverschmutzung in Bogota und Medellin, da die Grenzwerte dort weit überschritten wurden³⁶.

Der Kampf gegen die Bergbauindustrie findet auch bei laufendem Betrieb statt. Es gab einige gravierende Unfälle, wie die 24.000 Tonnen Öl, die im Departamento von Santander unkontrolliert ausgetreten sind³⁷. Die Guerilla der ELN



Arbeiter beseitigen die Folgen einer Ölpest.

hat auch mehrmals die Pipelines gesprengt³⁸. Außerdem traten Flüsse über die Ufer, wie im Fall des Flusses Cauca, verursacht vom dem Bau des Wasserkraftwerks Hidroituango³⁹. Abgesehen von den Anschlägen auf Pipelines sind Unfälle und Umweltkatastrophen meistens auf die Entscheidungen der Leitung einiger Unternehmen zurückzuführen. Im Kongress gab es deswegen Debatten und Proteste gegen die Verantwortlichen für Umweltschutz, weil sie ihre Aufgabe nicht wahrgenommen und die Unternehmen nicht bestraft haben.

Narcos und die TV-Serien

Serien, in denen es um Drogenhandel geht, sind in Deutschland gerade beliebt. Die Begeisterung ging so weit, dass Geschäfte und Modemarken sogar Namen oder Konterfei von Pablo Escobar in ihr Logo übernehmen wollten. Diese Ideen kommen von Leuten, die anscheinend nicht wissen, was es bedeutet, in einem Dorf oder einer Stadt zu leben, die vom Drogenhandel beherrscht wird. Kolumbien war 2018 wieder der

34 eltiempo.com/justicia/cortes/corte-constitucional-estudia-el-futuro-de-las-consultas-populares-en-colombia-204204

35 elespectador.com/noticias/politica/cne-acatara-fallo-de-la-corte-constitucional-sobre-consultas-populares-articulo-817614

36 eltiempo.com/colombia/medellin/medidas-cautelares-por-calidad-del-aire-en-medellin-197470

37 es.mongabay.com/2018/03/derrame-petroleo-colombia-contaminacion

38 elcolombiano.com/cronologia/noticias/meta/derrames-de-petroleo

39 bbc.com/mundo/noticias-america-latina-44160611

größte Exporteur von Kokain, der Bandenkrieg zwischen den Drogensyndikaten ist noch grausamer geworden. Ein typisches Verbrechen im Jahr 2018 waren die sogenannten „*embolsados*“ (eingetütet): Dabei werden die Opfer erst ermordet, dann werden sie mit abgetrennten Gliedmaßen in einen Sack gesteckt. Die Säcke mit den Leichen der Ermordeten wurden an strategischen Orten abgelegt und sollten eine Botschaft für Mitglieder anderer Banden sein⁴⁰. Auch wenn der Staat viel unternommen hat, um die Anführer dieser Gruppen gefangen zu nehmen, geben sie weiterhin ihre Befehle aus dem Gefängnis heraus. Tatsächlich ist der Drogenhandel für einige illegale Gruppen gar nicht mehr so wichtig, Bergbau oder Kraftstoffdiebstahl sind inzwischen zu einträglicheren Geschäftsfeldern geworden. Darüber hinaus hinterlässt die sogenannte Drogenkultur, ihre Spuren in der kolumbianischen Gesellschaft. Zum Beispiel blüht der Drogentourismus in Medellin⁴¹ und hat schon zu Todesfällen geführt, weil Tourist*innen eine Überdosis genommen hatten⁴².



Pablo Escobar ist wieder ein Idol geworden.

2019: Was kommt?

Diese Analyse lässt einen mit gemischten Gefühlen zurück. Einerseits kann man bei vielen Dingen den Eindruck haben, dass das Land sich in einer chaotischen Situation befindet. Andererseits haben die Menschen auch viel Zuversicht, das Land schreitet auf seinem Weg zum Frieden und sozialem Zusammenhalt langsam aber stetig voran. Das Land wird sich seines reichen kulturellen Erbes mehr und mehr bewusst, und so könnte auch der Tourismus eine wirtschaftliche Alternative zu der Rohstoffausbeutung sein. Ebenso erwähnenswert ist, dass die ersten Spielfilme entstanden sind, die von Indigenen Gemeinden gedreht wurden. In der Wissenschaft sind auch Dinge vorangekommen, insbesondere mit der Gründung des Instituts CAPAZ, einem Austausch und Forschungs-

40 elcolombiano.com/antioquia/seguridad/muertos-embolsados-en-medellin-JD8162290

41 clarin.com/mundo/colombia-narcoturismo-mantiene-vivo-pablo-escobar-medellin-queja_0_mXWUewFX3.html

42 msn.com/es-co/noticias/nacional/alerta-por-incremento-de-tures-de-sexo-y-drogas-en-medellin/ar-BBnT1Ne

programm für Universitäten, das seine Arbeit im Rahmen des Friedensprozesses im August 2018 aufgenommen hat.

International wird 2019 ein moderates Wachstum der kolumbianischen Volkswirtschaft erwartet. Doch gleichzeitig gibt es in den Wirtschaftssektoren auch die Unsicherheit, was 2019 passieren könnte. Sicherlich wird es auf Unternehmenseite strategische Weichenstellungen geben, weil sie zu einem Wachstumsraten von 5 Prozent zurückkehren möchten⁴³. Beispielsweise werden erste Fracking Projekte erwartet. Negative Folgen sind zu erwarten, insbesondere in der Energie- und Bergbauindustrie. Tatsächlich berührt das ein Thema, das bisher nicht Teil des Friedensprozesses war: die Verantwortung von Unternehmen. Kurz zu erwähnen ist, dass Kolumbien seit Mai 2017 als „globaler Partner“ zur NATO gehört⁴⁴. 2019 wird Kolumbien bei dem Programm *Science for Peace and Security* teilnehmen und in Bogotá Workshops anbieten.

2019 ist auch zu erwarten: weitere Privatisierung von Staatsunternehmen und Veränderungen in den Institutionen der Übergangsjustiz oder sogar in dem Friedensvertrag selbst. Ebenso die Auswirkungen, die von der Politik *Seguridad Democrática* zu erwarten sind. Unklar ist auch, in welche Richtung sich die Instrumente für Bürger*innenbeteiligung entwickeln werden, wie mit den Korruptionsskandalen umgegangen wird, wie sich der Friedensprozess mit der Guerilla der ELN entwickeln wird oder welche Maßnahme die Regierung ergreift, um die Aktivist*innen aus den sozialen Bewegungen zu schützen. Sicher werden alle diese Themen im Wahlkampf für die Kommunalwahlen 2019 eine Rolle spielen.

Hoffen wir, dass die Menschen in Dörfern, Städten und Gemeinden stark sind, für ihre Rechte einzutreten und erfolgreich dafür zu streiten, dass soziale und ökologische Standards eingehalten werden.

Aktivitäten des AK Kolumbien

Unser Hauptziel im Jahr 2018 haben wir erreicht. Ab dem ersten Januar 2019 verfügen wir über eine neue Stelle: Kolumbien. Letztes Jahr haben wir es auch geschafft Kontakte und Partnerschaften für die neue Stelle zu knüpfen. Wir haben uns auf die Fortsetzung des Friedensprozesses und auf die Folgen der Kohleindustrie konzentriert. Diese zwei Hauptthemen haben uns zu den Themen Erinnerungsarbeit, gewaltsames Verschwindenlassen und Drogenhandel geführt. Außerdem küm-

43 dinero.com/edicion-impresa/informe-especial/articulo/los-temas-que-dominan-la-agenda-economica-en-2019/265478

44 nato.int/cps/ic/natohq/topics_143936.htm

merten wir uns bei unseren verschiedenen Aktionen um den Wahlkampf und um das Thema Gewerkschaften in Kolumbien. Diese Themen haben wir durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen vorbereitet und durchgeführt. Wir haben auch in Bildungs- und mit Advocacy Arbeit zu Kolumbien die ersten Erfahrungen gesammelt und zum ersten Mal an der Sitzung der deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) teilgenommen. Darüber hinaus sind wir froh, dass wir durch Informationsveranstaltungen und der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen es geschafft haben, das politische Engagement von Kolumbianer*innen in München zu fördern.

2018 haben wir insgesamt bei 15 Aktionen zu Kolumbien mitgewirkt. Davon wurden sechs von anderen Organisationen organisiert und wir waren als Referenten eingeladen, zwei waren Sitzungen der Menschenrechtskoordination und sieben waren Aktionen, bei denen wir direkt und finanziell involviert waren. Mit diesen 15 Aktionen haben wir über 400 Personen direkt erreicht und die live Übertragungen in Social Media wurden über 30.000 Mal angeklickt. Von den 400 Personen waren ungefähr 300 neues Publikum und 100 Stammpublikum.



Kolumbianische Musiker bei der Kundgebung #YoTeCuido

Frieden und Friedensprozess

Unsere erste Veranstaltung zu diesem thematischen Bereich fand am 14. Juli im EineWeltHaus im Rahmen des Programmes von OpenDOKU von Nord Süd Forum mit 21 Teilnehmer*innen statt. Dort wurde der Film „Chocolate de Paz“ gezeigt, mit einer anschließenden Diskussion. Der Film stellt die Friedensgemeinde von San José de Apartado in Kolumbien dar und ihre Erfahrungen von Widerstand. Die wichtigsten Fragen bei der Diskussion waren, wie man dieser und anderen Friedensgemeinden helfen und wie man das Modell auf andere Gemeinden übertragen kann.

Drei Tage danach fand die Filmvorführung „Días y Noches Entre Guerra y Paz“ statt. In diesem Film geht es um die Ereignisse in Kolumbien während der letzten Tagen vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen der Regierung und der FARC-EP. Es waren 19 Personen anwesend. Die Diskussion fand eine Woche danach bei der Veranstal-

tung „Vom Guerrilla Krieg ins Parlament - Kolumbien wohin?“ mit 28 Personen statt. Es ging um eine Analyse der Lage in Kolumbien nach dem Friedensschluss mit der FARC-EP und nach den Präsidentschaftswahlen. Die Analyse beruhte auf den Reiseerfahrungen des Journalisten Wolfgang Goede. Beide Veranstaltungen fanden im Rahmen der Reihe „Kultur- und Informationsreise zu den südamerikanischen Tropen“ von *Aluna Minga* statt. Die wichtigste Zusammenfassung nach der Diskussion war, dass der Friedensvertrag vor allem auch im Kleinen gelebt werden müsse, in den Nachbarschaften und Communities des Landes, dass neue Brücken des Verständnisses und der Zusammenarbeit vorher verfeindeter Gruppen geschlagen werden. Aus dieser Veranstaltung ist das Konzept für die Kundgebung „#YoTeCuido“ entstanden. Dazu wurde am 06.08. mit Herrn Goede bei unserem Programm *En la Línea* bei Radio Lora weiter diskutiert.

Kolumbien ist ein Land mit einem der längsten Konflikte auf der Welt, mit den höchsten Zahlen von gewaltsam verschwundenen Menschen in Amerika und belegt den ersten Platz weltweit in der Statistik von Binnenflüchtlingen. Da bei den Veranstaltungen klar wurde, dass diese Zahlen bei den Teilnehmenden nicht bekannt sind, wurde ein Konzept für einen Workshop zu diesem Thema entwickelt, der am 03. November in Kiel zum ersten Mal stattfand. Der Workshop wurde mit einer Vorführung des Filmes „*No hubo tiempo para la tristeza*“ (Es blieb keine Zeit für Traurigkeit), einer Bilderausstellung der Künstlerin Lina Marcela Hernández vom Kollektiv *Aluna Minga* und durch eine anschließende Diskussion verstärkt. Der Workshop hatte den Fokus auf dem Zusammenhang zwischen verschiedenen Wirtschaftssektoren und dem Konflikt im Land. Diese Aktion wurde von Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein veranstaltet.

Die letzte Veranstaltung im Zusammenhang mit dem Thema Friedensprozess fand am 28. November im Rahmen unserer Reihe *Perspectivas Diversas* statt, mit einem Vortrag und einer Diskussion zum Thema Gewerkschaften und Friedensprozess in Kolumbien. An diesem



Workshop-Material zum Thema Verschwindenlassen

Tag besuchte uns Luz Marina Díaz Jimenez, Vorsitzende einer Handelsgewerkschaft in Kolumbien. Die Information sowie die Diskussion ging um die Rolle der Gewerkschaften bei dem Friedensprozess und bei der Erinnerungsarbeit, da diese Organisationen als direkte Opfer des Konfliktes eingestuft werden können. Nach der Diskussion mit der Referentin und mit den Gästen ist bewusster worden, dass Deutschland als „perfektes Land“ in Lateinamerika wahrgenommen wird und dass es nicht klar ist, dass der Konflikt und die Umweltprobleme im globalen Süden eine Folge von Wachstum und Entwicklung im globalen Norden sind.

Kohle und Extraktivismus

Zu diesem Thema wurden drei Vorträge beziehungsweise Workshops angeboten, unter dem Namen „Der Weg der Kohle und welche Umweltfolgen hinterlässt er“. Der erste fand in Aachen bei der „Dialogtagung Kohle“ statt. Damit haben wir circa 70 Personen erreicht, die vom Diö-



Luz Marina während ihres Vortrags im Gewerkschaftshaus am 03. November 2018

zesisanrat der Katholiken im Bistum Aachen eingeladen wurden. Danach wurde der Workshop in Saarbrücken bei dem Forum „Willkommen in Lateinamerika! -Von alten und neuen Formen der Ressourcenausbeutung“ wiederholt, das von 25 Personen besucht und von Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland und der Europäischen Akademie Otzenhausen unter anderen durchgeführt wurde. Diese Veranstaltung wurde als Fortbildung für Lehrer*innen anerkannt. Der Workshop fand auch in Gießen mit 30 Teilnehmer*innen statt.

Bei allen drei Gelegenheiten wurde zuerst eine Übersicht einiger Fakten über den internationalen Kohlemarkt und die Stromerzeugung, sowie ausgewählte Zahlen über Exporte aus Kolumbien und Einfuhren nach Deutschland vorgestellt. Danach wurden die Auswirkungen der gesamten Kohlewertschöpfungskette analysiert. Zusätzliche Daten zu sozialen und Umweltproblemen und der Widerstand dagegen sowie zu nationaler und internationaler Politik öffneten dann eine Tür für Antworten zur Frage „Was kann man tun?“.

Advocacy und Öffentlichkeitsarbeit

Offene Briefe und Petitionen an die deutsche und kolumbianische Regierung haben unsere Arbeit letztes Jahr begleitet. Leider waren wir enttäuscht, weil die kolumbianische Regierung mit verschiedenen Musterbriefen aber ohne konkrete Lösungen antwortete.



Teilnehmer*innen am Workshop in Gießen

Wir haben uns auch an der Konzipierung von 3 Factsheets von der MRKK beteiligt. Die Themen waren „Friedensvereinbarung mit der FARC-Guerrilla“, „Die Landfrage und das Friedensabkommen mit der FARC-Guerrilla“ und „Kolumbianische Steinkohle für Deutschland“. Zusätzlich haben wir am 04. August eine Demo und Kundgebung von Kolumbianer*innen in München und *Aluna Minga* unterstützt, unter dem Namen #YoTeCuido. Ziel der Aktion war, bekannt zu machen, dass in Kolumbien seit dem Friedensvertrag über 300 afroamerikanische, bäuerliche und indigene Vertreter*innen und Aktivist*innen ermordet wurden. 50 Personen haben teilgenommen, die live Übertragungen in Social Media wurden über 30.000 Mal angeklickt und 70 Flyer auf Spanisch, 100 auf Deutsch und 100 auf Englisch wurden an Passant*innen verteilt.

Indigene Gemeinschaften und Drogenhandel

Zum Thema Indigene Gemeinschaften wurden zwei Vertreter der Sikuani Gemeinde eingeladen: Leonel Estrada, Tänzer, Musiker und Kenner der *Sikuani* Tradition und Mateo Campos, Musiker, Kenner der Sprachen und Geschichten der Gemeinde. Mit ihnen haben wir die dritte Veranstaltung der Serie „Indigene Gemeinde in Kolumbien“ durchgeführt. Diese



Demo #YoTeCuido von der Münchner Freiheit zum Odeonsplatz

Veranstaltung fand ebenfalls im Rahmen der Veranstaltungsreihe von *Aluma Minga* statt. Es wurde über Kultur, Vision und die Umsetzung des *Buen Vivir*, sowie die Probleme der *Sikuani* Gemeinschaft gesprochen und diskutiert. An diesem Tag nahmen 29 Personen teil, die sich sehr aktiv einbrachten. Die anschließende Diskussion mit dem Publikum hat sich auf drei Punkte konzentriert: die Weisheit von den Ahnen und wie sie uns in der aktuellen Welt helfen kann, welche Art von Entwicklung wollen wir und wieso



Zeremonieller Tanz mit Leonel und Mateo

sollen diese Menschen an unserer Entwicklung leiden. Es wurde hervorgehoben, dass die Gemeinschaften von Bergbauprojekten, Abholzung, Monokulturprojekten oder Großviehzucht benachteiligt werden. Natur und Biodiversität sind die großen Opfer.

Zum Thema Narkokultur- und ökonomie wurde ein Konzept für die schulische Arbeit entwickelt. Der Bericht über den Projekttag ist im Abschnitt über die Zusammenarbeit mit Schulen zu finden.

Ausblick auf 2019

In 2019 müssen die Anstrengungen für die Unterstützung dringender Aktionen zum Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen noch verstärkt werden und die Methoden und Themen für die Bildungsarbeit zu Kolumbien müssen auch noch klarer festgelegt werden. Unsere aktuelle Themen: indigene Gemeinschaften, Drogenhandel und Friedensprozess werden von den Themen Wahrheit und Erinnerungsarbeit, Volksabstimmungen und Umwelt begleitet. Wir werden an den Vollversammlungen von Firmen wie SIEMENS, Allianz und Munich Re teilnehmen. Es gibt viel Arbeit zu tun, deswegen freuen wir uns immer auf ehrenamtliche Unterstützung.

Länderbericht El Salvador

In El Salvador war das Jahr 2018 geprägt vom Ausgang der Parlaments- und Bürgermeisterwahlen Anfang März, sowie der Positionierung der Parteien- und Kandidat*innenlandschaft im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2019. Der Verlust linker Mehrheiten hat die sozialen Bewegungen in Alarmbereitschaft versetzt. Befürchtet wird die Privatisierung des Trinkwassers sowie ein Aufweichen des erst 2017 verabschiedeten Gesetzes zum Verbot des metallischen Bergbaus. International erregte die Entscheidung Aufsehen, diplomatische Beziehungen mit China aufzunehmen. Weiterhin problematisch bleibt die hohe Kriminalitätsrate sowie der mit drakonischen Strafen belegte Schwangerschaftsabbruch.

Ergebnisse der Parlaments- und Bürgermeisterwahlen

Die politischen Entwicklungen im Jahr 2018 in El Salvador waren sehr stark durch den Ausgang der Parlaments- und Bürgermeisterwahlen am 4. März geprägt. Dabei musste die bisher regierende Partei FMLN schwere Verluste hinnehmen. Diese erreichte nur 24,5 Prozent der Stimmen, was 23 (-8) der insgesamt 84 Sitze im Parlament entspricht. Die rechte ARENA Partei hingegen kam bei 41,7 Prozent auf 37 (+2) Abgeordnete im Parlament. Dahinter reihen sich die kleineren Parteien GANA mit 10 (-1), PCN mit 9 (+3), PDC mit 3 (+1) Sitzen sowie CD mit einem Abgeordneten (+1) ein.¹

Die herben Verluste der FMLN sind dabei nicht auf die Überzeugungskraft der Opposition zurückzuführen. So stimmten selbst für den „Gewinner“ der Parlamentswahlen, die rechte und heillos zerstrittene ARENA Partei, in absoluten Zahlen weniger Menschen als noch vor drei Jahren.

Für den Absturz der FMLN gibt es andere Gründe. Zum einen gelang es der linken Partei, trotz einiger punktueller Verbesserungen im sozialen Bereich, nicht, auf die drängendsten Bedürfnisse der Bevölkerung, wie zum Beispiel die Unsicherheit oder der schlechten wirtschaftlichen Situation, eine adäquate Antwort zu finden. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass es der rechten parlamentarischen Opposition mit Unterstützung des politisch agierenden Obersten Gerichtes immer wieder gelang, Initiativen der Regierung zu boykottieren. Verstärkt wurde der daraus resultierende Unmut durch den Bruch der Partei mit dem bis dahin regierenden Bürgermeister von San Salvador, Nayib Bukele. Dieser startete nach seinem Ausschluss aus der FMLN eine Kampagne,

¹ https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_legislativas_y_municipales_de_El_Salvador_de_2018



Parlamentswahlen in El Salvador

welche die Bevölkerung dazu aufrief, ungültig zu wählen. Neben diesen Faktoren trug die Führung der Partei aber auch selbst zum Verdruss der Wähler*innen und der eigenen Basis bei. Kritisiert wird ein überheblicher und undemokratischer Führungsstil sowie die Verslossenheit gegenüber zahlreichen Vorschlägen aus den sozialen Bewegungen. Dies habe dazu geführt, dass die Regierung in vielen Bereichen die Weiterführung einer neoliberalen Politik betrieben hat, anstatt eine gesellschaftliche Debatte über mögliche gerechtere Alternativen zu führen.

Problematisch an dem Ausgang der Wahlen war nun einerseits, dass es der FMLN, ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, unmöglich war, eigene Gesetze zu verabschieden. Andererseits konnten gemeinsame Vorhaben der rechten Parteien nicht mehr verhindert werden.²

² <https://www.oeku-buero.de/details-28/el-salvador-linke-erleidet-schwere-niederlage-bei-parlaments-und-buergermeisterwahlen.html>

Kampf für ein allgemeines Wassergesetz

Direkte Auswirkungen hatte die Wahl im letzten Jahr auf den Kampf für ein allgemeines Wassergesetz, für das sich die sozialen Bewegungen seit mehr als zehn Jahren einsetzen.

Zum Hintergrund: El Salvador ist weltweit unter den 14 Ländern mit dem größten Wassermangel. Von mehr als 6 Millionen Einwohner*innen haben rund 1,5 Millionen keinen Wasseranschluss. 2016 wurde in der Metropolregion San Salvador zum ersten Mal der Wassernotstand ausgerufen, obwohl es dort doppelt so viel regnet wie in London.

Grund für das Problem sind also nicht geografische oder klimatische Bedingungen, sondern ein schlechtes Wassermanagement. 95 Prozent des Wassers im Land gilt als in irgendeiner Form verschmutzt.

Der öffentliche Wasserversorger arbeitet defizitär. Eine Verbesserung der Systeme war bisher nicht möglich, weil die notwendigen Gelder im Parlament mit Stimmen der rechten Parteien unter Verweis auf klappte Kassen abgelehnt wurden. Laut Umweltministerium werden aktuell 54 Prozent des Wassers für Landwirtschaft und Industrie verwendet. Die größten Verbraucher sind Zuckerrohrplantagen und die Viehwirtschaft. Dabei erfolgt die Nutzung des Wassers praktisch ohne Bezahlung. Denn berechnet werden die Kosten nur nach der bewirtschafteten Fläche und nicht dem tatsächlichen Verbrauch.³

Ziel eines solchen Gesetz war, die Wasserversorgung in guter Qualität und ausreichender Menge für alle zu garantieren. An erster Stelle sollte die Versorgung der Menschen, dann der Schutz des Öko-systems und erst an dritter Stelle die Nutzung für die Nahrungsmittelindustrie stehen.

Des Weiteren ging es darum, den Schutz von Quellen und Brunnen sowie die Entgiftung von Flüssen zu gewährleisten. All diese Maßnahmen sollten unter Einbeziehung der Gemeinden durchgeführt werden.

Allerdings hat jedoch die rechte Partei ARENA einen Alternativvorschlag des Unternehmerverbandes ANEP zur Neuregelung der Wasserversorgung eingebracht. Dieser sieht vor, dass in Zukunft ein siebenköpfiges Gremium, bestehend aus vier Vertreter*innen der Privatwirtschaft und drei Repräsentant*innen des öffentlichen Sektors, über Fragen der Wasserversorgung entscheiden soll.

³ <http://voces.org.sv/2017/06/05/el-agua-derecho-constitucional-que-no-es-de-todos/>



Proteste gegen drohende Wasserprivatisierung

Mitglieder des Wasserforums und der sozialen Allianz für Regierbarkeit und Gerechtigkeit, die Procuraduría für Menschenrechte und andere soziale Bewegungen wie MOVIAC, aber auch die katholische Kirche, lehnen dieses Gesetz ab. Denn sie sehen den Text als Vorboten einer Privatisierung dieses lebensnotwendigen Gutes zugunsten des Anbaus von Monokulturen oder Unternehmen wie Coca-Cola.

In Analogie zu den sozialen Bewegungen hat die zentralamerikanische Universität UCA einen Gesetzestext ausgearbeitet. Dieser sieht für die Administration des Wassers ein Gremium aus rein öffentlichen Vertretern vor. Daneben soll es einen Raum für die Konsultation mit Repräsentant*innen sozialer Bewegungen, Akademiker*innen und Gemeindevertreter*innen geben.

Aufgrund der neuen Mehrheiten im Parlament könnte die Rechte nun jedoch ihr Vorhaben im Parlament beschließen lassen.⁴

Angesichts dieser Bedrohung gelang es jedoch den sozialen Bewegungen, zahlreiche bedeutende Demonstrationen und Straßenblockaden zu organisieren.⁵

Bezogen auf die Privatisierung der Wasserversorgung konnte bis Ende 2018 noch keine abschließende Entscheidung getroffen werden. Mit ein Grund sind wohl die Anfang Februar 2019 anstehenden Präsidentschaftswahlen. Gut möglich, dass die rechten Parteien noch etwas

4 https://elfaro.net/es/201810/el_salvador/22499/Arena-y-Gana-se-unen-para-llevar-a-privados-al-ente-rector-del-agua.htm

5 <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Realizan-cuatro-marchas-contrala-privatizacion-del-agua-en-El-Salvador-este-jueves-20180705-0014.html>

zögerlich damit sind, ihr Vorhaben in die Tat umzusetzen, um nicht doch noch Gefahr zu laufen, durch das Treffen einer unpopulären Entscheidung, wichtige Wähler*innenstimmen zu verlieren.

Das 2017 verabschiedete *Ley de Minería* (Bergbaugesetz), welches den metallischen Bergbau im gesamten Land verbietet, wurde durch die neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament glücklicherweise noch nicht infrage gestellt. Dennoch betreibt die *Fundación El Dorado*, ein Ableger des Bergbauunternehmens *OceanaGold*, eine Kampagne im Land, um Werbung für die Durchführung eines angeblich „grünen“ Bergbaus zu betreiben. Scheinbar hofft das Unternehmen, bei einem möglichen Sieg von Carlos Calleja (ARENA) bei den Präsidentschaftswahlen 2019, das Verbot des metallischen Bergbaus etwas aufweichen zu können.⁶

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Die Präsidentschaftswahlen am 5. Februar 2019 werden unter veränderten Vorzeichen stattfinden. Bisher stritten sich in der noch jungen Geschichte nach dem Bürgerkrieg in El Salvador jeweils ein Kandidat der rechten ARENA Partei und einer linken FMLN um diesen begehrten Posten. Für kommendes Jahr wird jedoch erwartet, dass der bereits oben erwähnte, aus der FMLN ausgeschlossene Nayib Bukele diese Routine gehörig durcheinanderbringen könnte. Etwas pikant dabei ist, dass Bukele sich in der Vergangenheit gerne als ein neuer unverbrauchter Kandidat jenseits des etablierten Rechts-Links Schemas inszeniert hatte. Allerdings wurde aufgrund einiger Unregelmäßigkeiten seine Kandidatur auf der Liste der Partei Cambio Democratico (Demokratischer Wandel) von dem Obersten Wahlgericht für ungültig erklärt. Bukele und seine Bewegung Nuevas Ideas (NI) besitzt jedoch genug Pragmatismus, um sich von solchen Widrigkeiten nicht aufhalten zu lassen.

Denn anstatt auf eine Kandidatur zu verzichten, schloss sich Bukele der Partei GANA (Gran Alianza por la Unidad Nacional) an. Diese ist eine Abspaltung der rechten ARENA Partei und stützte in der letzten Legislaturperiode zum Teil die Politik der regierenden linken FMLN.⁷

6 <https://elfaro.net/es/201805/columnas/21844/Se%C3%B1ales-de-advertencia-en-el-primer-aniversario-de-la-prohibici%C3%B3n-de-la-miner%C3%ADa-met%C3%A1lica.htm>

7 https://elfaro.net/es/201806/el_salvador/22101/Bukele-negocia-con-Cambio-Democr%C3%A1tico-la-candidatura-presidencial.htm
https://elfaro.net/es/201807/el_salvador/22229/Bukele-siempre-tuvo-a-Gana-en-mente.htm

Ein Grund dafür, dass GANA diesen wechsellütigen Kandidaten in ihren Reihen aufnimmt, ist sicher dessen große Beliebtheit. Dennoch kann es sein, dass diese Allianz mit den Rechten Bukele einige Minuspunkte einbringen wird.⁸

Aktuellen Umfragen zufolge führt dieser jedoch mit einer Zustimmung von über 50 Prozent weit vor seinen Herausforderern Carlos Calleja (ARENA) sowie Hugo Martínez (FMLN).⁹

Beim Schreiben des vorliegenden Jahresberichtes erreicht uns das vorläufige Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 5. Februar 2019: Gewinner wäre diesem zufolge bereits nach dem ersten Wahlgang Nayib Bukele (GANA) 53,79 Prozent, gefolgt von Carlos Calleja (ARENA) 31,59 Prozent, und Hugo Martínez (FMLN) 13,76 Prozent.

Bestehen bleiben dürfte auch weiterhin die Politisierung der Justiz in El Salvador. So einigten sich die Parteien für den Posten des neuen Oberstaatsanwalts auf Ernesto Melara Morán, den ehemaligen Berater des rechten Präsidentschaftskandidaten Carlos Calleja, sowie ehemaligen Direktor des Unternehmerverbandes ANEP.¹⁰

Diese Vergangenheit weckt Zweifel daran, dass der neue Oberstaatsanwalt in dem durchaus vorhandenen Korruptionssumpf innerhalb der politischen Klasse und des Unternehmertums ernsthafte Ermittlungen anstellen werde. Was bei dieser Wahl irritiert, ist, dass Melara Morán auch von den Abgeordneten der FMLN am Ende unterstützt wurde, obwohl bei den verschiedenen Kandidat*innen für dieses Amt es auch durchaus andere Anwärter*innen gegeben hätte, die von mehreren Parteien unterstützt wurden.

Auch die Wahl der neuen Mitglieder des Obersten Gerichtshofes geriet zu einer Hängepartie innerhalb des politischen Gezerres der verschiedenen Parteien. Eigentlich hätten diese Ämter bis zum 15. Juli neu besetzt werden sollen. Stattdessen dauerte es rund vier Monate bis zum 19. November, bis diese wichtige, aber in der Vergangenheit aufgrund

8 https://elfaro.net/es/201810/el_salvador/22504/Bukele-%E2%80%9CPuede-que-haya-gente-que-nos-castigue-por-aliarnos-con-Gana%E2%80%9D.htm

9 <http://voces.org.sv/2019/01/11/cid-gallup-con-aprobacion-del-52-para-bukele/>

10 https://elfaro.net/es/201812/el_salvador/22826/Asamblea-elige-a-un-exasesor-de-Calleja-como-nuevo-fiscal-general.htm

politisch motivierter Urteile, immer wieder sehr kritisierte Institution, ihre Arbeit aufnehmen konnte.¹¹

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China

Dessen ungeachtet setzte die Administration der FMLN und dem noch amtierenden Präsidenten Sánchez Cerén auch eigene Akzente. Aufsehen erregte dabei vor allem die Entscheidung, die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan abzubrechen und dafür formelle Beziehungen mit der Volksrepublik China aufzunehmen. Natürlich erregte dies direkt den Unmut der Regierung der USA und einiger rechter Senator*innen. China jedoch zeigte sich recht schnell erkenntlich für diesen Schritt und stellte direkt 150 Millionen Dollar für verschiedene Entwicklungsprojekte zur Verfügung. Darüber hinaus spendete es dreitausend Tonnen Reis, um die Auswirkungen der extremen Dürre in El Salvador etwas zu mindern.¹²

Mit diesen Projekten gehen Pläne für das Einrichten einer Sonderwirtschaftszone einher. Befürworter*innen dieser Projekte loben die Möglichkeit, dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vertreter*innen sozialer Bewegungen hingegen befürchten zum einen negative ökologische Folgen sowie die Verdrängung der in dem Gebiet lebenden Bevölkerung. Im Gespräch mit dem Öku-Büro wurde dabei auch der Verdacht geäußert, dass es den politischen Initiator*innen dieser Projekte eher darum geht, im Falle einer drohenden Wahlniederlage 2019 die persönliche Zukunft finanziell abzusichern.

Sicherheitslage und Abtreibungsverbot

Bezogen auf das Dauerthema Sicherheit gibt es Positives und Negatives zu berichten. So geht laut offiziellen Statistiken die Gewalt in dem kleinen mittelamerikanischen Land weiter zurück. So haben sich die Mordraten seit 2015 fast halbiert.¹³ Dennoch galt El Salvador im Jahre

11 https://elfaro.net/es/201811/el_salvador/22700/Cuatro-meses-para-elegir-una-Sala-de-lo-Constitucional-prudente.htm

12 <https://www.reuters.com/article/us-elsalvador-china/china-pledges-150-million-aid-to-el-salvador-as-relationship-deepens-idUSKCN1ND0IT>

13 <https://www.oeku-buero.de/details-28/el-salvador-zurueck-in-die-virtuelle-zukunft.html>

2018 mit 51 Morden pro 100.000 Einwohner*innen wieder einmal als das gefährlichste Land im nördlichen Dreieck.¹⁴

Erfreulich für die meisten Menschen El Salvadors hingegen ist die Tatsache, dass der am 23. März 1980 ermordete Erzbischof von El Salvador, Oscar Romero, nach seiner Seligsprechung im Jahr 2015 am 14. Oktober 2018 von Papst Franziskus heiliggesprochen wurde. Dieser Schritt stellt nicht nur ein wichtiges Symbol in Glaubensfragen dar, sondern ist auch als eine Art politische Botschaft zu verstehen. So ist die Ermordung Romeros hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass dieser sich zu Zeiten des Bürgerkrieges vehement gegen die menschenverachtende Gewalt der damals herrschenden Militärdiktatur ausgesprochen hatte.¹⁵

Eine weitere positive Nachricht gibt es in Bezug auf den Kampf für die Freilassung der mehr als 20 Frauen, die in El Salvador aufgrund des vollkommen absurden Abtreibungsverbots in Haft sitzen. Nach einem zähen juristischen Kampf wurde Imelda Cortez Palacios vom Vorwurf der versuchten Ermordung ihres Kindes freigesprochen.¹⁶

Kampagnen und vertiefende Informationen zu diesem Thema finden sich auf der Website der Amnesty International – El Salvador Koordinationsgruppe.¹⁷



Der 1980 ermordete Erzbischof Oscar Romero wurde am 14. Oktober 2018 heilig gesprochen

14 https://elfaro.net/es/201812/el_salvador/22750/El-Salvador-repetir%C3%A1-en-2018-como-el-pa%C3%ADs-m%C3%A1s-homicida-del-Tri%C3%A1ngulo-Norte.htm

15 https://www.deutschlandfunkkultur.de/el-salvador-und-oscar-romero-der-hingerichtete-wird-zum-979.de.html?dram:article_id=430202

16 <https://amerika21.de/2018/12/219408/el-salvador-freispruch-imelda-frauen>

17 <https://www.ai-el-salvador.de/abtreibungsverbot.html>



Aus der Serie der Frauen-Porträts des mexikanischen Künstlers Yescka in der Färberei München 2018

Aktivitäten zu El Salvador

Vortrag und Diskussion: El Salvador nach den Wahlen - Umstrittene Privatisierungspolitik und die Perspektive sozialer Mobilisierung - mit Francisco Omar Parada, 12.07.2018, Stattpark Olga

Bei den Parlamentswahlen in El Salvador im März diesen Jahres musste die linke Regierungspartei FMLN schwere Verluste hinnehmen. In der Konsequenz haben heute die Abgeordneten der rechten Parteien zusammengenommen eine komfortable absolute Mehrheit.

Befürchtet werden nun weitere Einschnitte in die ohnehin schon dürftigen Sozialprogramme. Das aktuell konfliktreichste Thema in dem kleinen mittelamerikanischen Land ist jedoch ein von der rechten ARENA-Partei eingebrachtes neues Wassergesetz. Dieses soll das lebenswichtige Gut unter die Kontrolle von Unternehmen stellen. Soziale Bewegungen fürchten Privatisierungen in weiteren Sektoren. Innerhalb weniger Wochen hat sich massiver Protest formiert.

In seinem Vortrag beschrieb Francisco Omar Parada, Lehrer für Sozialwissenschaften und Mitglied der studentischen Organisation Fuerza Estudiantil Salvadoreña (FES) zunächst einmal die Problematiken des derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Panoramas in El Salvador. Dort haben nun, nach mehreren Jahren einer linken Regierung, die Parteien der politischen Rechten im Parlament die Mehrheit übernommen. In diesem Zusammenhang hat sich in der Gesellschaft der Disput über die Wasserversorgung verschärft. Denn während die rechten Parteien diese in die Hand der Privatwirtschaft legen wollen, fordern die sozialen Bewegungen die Kontrolle derselben durch staatliche, demokratisch legitimierte Instanzen (siehe Länderbericht El Salvador).

Francisco Omars These lautet, dass nur durch die Mobilisierung der Bevölkerung und gemeinsam mit dem politischen Organ der FMLN die sozialen und politischen Realitäten El Salvadors mittel- und langfristig zum Besseren verändert werden können.

Wer die Veranstaltung nicht besuchen konnte, findet auf unserem YouTube Kanal ein Videointerview¹ mit dem Referenten.

Partizipativer Kongress: Entwicklung oder nachhaltige Exklusion? Freihandel in Zentralamerika: Folgen, Widerstand und Alternativen



Teilnehmer*innen des Kongresses: Nein zu den Modellstädten in Mittelamerika – Nein zur Wasserprivatisierung in El Salvador

Wie jedes Jahr organisierten wir auch 2018 eine Rundreise und ein Wochenendseminar mit Referent*innen unserer Schwerpunktländer. Thematisiert wurden die Auswirkungen von Freihandelsverträgen und dem damit in Zusammenhang stehenden, auf Wachstum basierenden Wirtschaftsmodell. Dabei ging es darum zu zeigen, dass die Freihandelsverträge mit der Region Zentralamerika nicht nur die wirtschaftlichen Ungleichgewichte vergrößern, sondern auch ganz direkt die Zunahme von Menschenrechtsverletzungen mit begünstigen. Besonders kritisch erscheint in diesem Zusammenhang, dass Investitionen weitreichende Rechte und Sicherheiten zugesprochen werden. Verpflichtende Klauseln für den Schutz der Menschenrechte sucht man hingegen vergeblich.

Die Rundreise und der Kongress sind als Fortsetzung der Aktivitäten des Jahres 2017 zu verstehen. Das Öku-Büro unterstützte in El Salvador ein Seminar zu dem gleichen Thema. Neben 50 Aktivist*innen aus Zentralamerika nahm auch eine Delegation des Öku-Büros sowie des Informationsbüro Nicaragua aus Wuppertal teil.



Gäste der Referent*innenrundreise und des Kongresses: Everardo Perez Piche (RACDES) aus El Salvador und Aurelia Martina Arzú (OFRANEH) aus Honduras

Rundreise mit Gästen aus El Salvador und Honduras

Für die Rundreise 2018 waren Everardo Ulises Pérez Piche vom *Red Ambientalista Comunitarios* (RACDES) aus El Salvador sowie Aurelia Martina Arzú Rochez, Vize-Koordinatorin der *Organización Fraternal Negra Hondureña* (OFRANEH) eingeladen.

Everardo Piche ging dabei allgemein auf die Folgen der neoliberalen Politik und der Freihandelsabkommen ein und schilderte das mitunter rücksichtslose Vorgehen transnationaler Konzerne. Auch beschrieb er, wie Proteste von sozialen Organisationen, zum Beispiel gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, zunehmend kriminalisiert und mit Repressionen belegt werden. Von Deutschland aus könnten wir die Kämpfe in El Salvador unterstützen, indem wir uns auf verschiedene Art und Weise öffentlich mit den Anliegen der Menschen vor Ort solidarisieren. Auch könnten wir Druck auf politische Entscheidungsträger*innen hierzulande ausüben, damit keine weiteren Freihandelsabkommen unterschrieben, beziehungsweise die bestehenden Abkommen außer Kraft gesetzt werden. Dabei betonte Everardo Piche, dass seine Organisation nicht gegen internationale Handelsbeziehungen sei. Allerdings sollten diese nach gerechten Regeln erfolgen. Auch müssten zum Beispiel bestehende Klauseln bei Bedarf geändert werden können, ohne dass die jeweiligen Staaten dann mit Sanktionen zu rechnen hätten.



Pablo Fajardo (UDAPT) aus Ecuador berichtet über den zähen juristischen Kampf gegen den Ölkonzern Chevron-Texaco. Rechts im Bild: Übersetzerin Miriam Stumpf

Aurelia Martina Arzú Rochez (OFRANEH) berichtete über die Selbstorganisation der afrohonduranischen Garifuna-Gemeinden an der Karibikküste von Honduras, über ihre Kämpfe um Gemeindeland und für den Erhalt ihrer Kultur und Lebensweise. Diese wird bedroht durch europäische und nordamerikanische Tourismus-Megaprojekte, zum Beispiel einem Kreuzfahrthafen, sowie durch die sogenannten Sonderentwicklungszonen oder Modellstädte. Aus aktuellem Anlass machte sie auch den Zusammenhang zwischen dem zerstörerischen Wirtschaftsmodell und der zunehmenden Emigration tausender Honduraner*innen in die USA deutlich. Trotz des Berufens auf ihre indigene Kultur und Identität betonte Aurelia Arzú, dass die Garifuna-Gemeinden nicht generell gegen Entwicklung seien. Allerdings müsste diese ohne die zerstörerischen Auswirkungen auf die Umwelt und in Absprache mit den vor Ort lebenden Menschen besprochen und umgesetzt werden.

Teil der Rundreise waren Vortrags- und Schulveranstaltungen in den Städten Berlin, Rostock, Leipzig, Augsburg, Merzig (Saar), Hamburg und Wuppertal. Daneben führten unsere Gäste Hintergrundgespräche mit politischen Entscheidungsträger*innen sowie Journalist*innen.

Ein weiterer Teil des Projektes war der Partizipative Kongress: Entwicklung oder nachhaltige Exklusion? - Freihandel in Zentralamerika: Folgen, Widerstand und Alternativen. Dieser fand vom 12. bis 14. Oktober 2018 im EineWeltHaus in München statt. Ziel der Veranstaltung war, einem

breiten Publikum durch Vorträge, Workshops und Diskussionen einen fundierten Einblick in die komplexe Problematik und die Auswirkungen von Freihandelsverträgen auf die Menschen in Zentral- und Lateinamerika zu ermöglichen. Es ging aber auch darum, verschiedene Formen des Widerstandes beziehungsweise Alternativen und Lösungsansätze vorzustellen.

Themen und Referent*innen auf dem Kongress

Neben Aurelia Arzú und Everardo Piche waren auch der indigene ecuadorianische Aktivist und Anwalt der *Union de Afectados por Texaco* (UDAPT) Pablo Fajardo sowie Salvador Campos, Vertreter des autonomen Landkreises Cherán im Bundesstaat Michoacán, Mexiko, als Referent*innen eingeladen.

Pablo Fajardo vertritt ecuadorianische indigene Gemeinden in ihrem Kampf gegen den Öl-Multi Chevron Texaco. Dieser hatte bei seiner Ölförderung in Ecuador unzählige Hektar Regenwald verseucht – mit tödlichen Folgen für Mensch und Umwelt. Trotz diverser Gerichtsurteile gegen den Konzern findet Chevron immer wieder Mittel und Wege, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Denn während die Interessen von Unternehmen durch zahlreiche Regeln und Sanktionsmechanismen im Rahmen von Investitionsschutzabkommen komfortabel abgesichert sind, gibt es derzeit nur wenige Möglichkeiten, Konzerne selbst bei eklatanten Verstößen gegen die Menschenrechte haftbar zu machen. Deshalb sei es laut Fajardo wichtig, die Initiative der *Treaty Alliance*¹ zu unterstützen. Diese arbeitet auf Ebene der Vereinten Nationen darauf hin, einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag mit entsprechenden Sanktionsmechanismen zu etablieren, damit transnationale Unternehmen endlich Verantwortung für ihre weltweite Tätigkeit übernehmen müssen.

Neben dieser Handlungsmöglichkeit, welche auf die globale Ebene abzielt, stellte Salvador Campos den Ansatz des autonomen Landkreises Cherán im Bundesstaat Michoacán vor. Dort haben sich die Bewohner*innen der indigenen Gemeinden zusammengetan, um sich gegen den illegalen Holzzabbau zur Wehr zu setzen. Diese Initiative hat sich bis heute so weiterentwickelt, dass sich die indigene Bevölkerung ohne die Einmischung staatlicher Strukturen in einem spannenden Modell der Autonomie selbstverwaltet.

Dr. Ulrich Mössner von Attac-München vermittelte in seinem Beitrag die wichtigsten Inhalte der Freihandelsverträge der Europäischen Union

1 <https://www.stopcorporateimpunity.org/>



Die Themen der Vorträge konnten samstagnachmittags in kleinen Workshoprunden vertieft werden.

und deren zum Teil widersprüchliche Auswirkungen auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung. Als Alternative zum Freihandel setzt Mössner auf einen fairen Welthandel ohne Protektionismus und Nationalismus. Dabei sollte sich dieser „faire“ Welthandel darauf konzentrieren, Vorteile für Verbraucher*innen, Arbeitnehmer*innen, das Gemeinwohl und alle beteiligten Länder zu erwirtschaften, nicht nur für transnationale Konzerne. Für das Erreichen eines solchen fairen Welthandels stellte der Referent zwölf Forderungen auf, die seiner Ansicht nach auf breite gesellschaftliche Akzeptanz stoßen sollten.

Im Anschluss an die Vorträge gab es dann am Samstagnachmittag die Möglichkeit, die jeweils vorgestellten Themen in kleinen Workshoprunden zu vertiefen. Darüber hinaus stellte Steffi Wassermann vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) aus Berlin eigens erarbeitete Bildungsmaterialien zum Thema Freihandel vor. America Soto Garcia aus Nicaragua schlug in ihrem Workshop zum Thema Freihandelsverträge, Umweltzerstörung und soziale Konflikte in Nicaragua den Bogen zur aktuellen sozialen und politischen Krise in Nicaragua.

Der Sonntagvormittag wurde genutzt, um die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen zusammenzutragen. Zahlreiche Besucher*innen wollten weiter im Nachhinein über die Themen rund um den Kongress informiert werden. Auf besonderes Interesse stieß der Vorschlag aus der Arbeitsgruppe von Pablo Fajardo, einen Arbeitskreis zum Thema Binding Treaty, also eines Vertrages, der Menschenrechte auch gegenüber großen Konzernen durchsetzbar machen soll, einzurichten.

Es war das erste Mal seit mehreren Jahren, dass das Öko-Büro einen solchen Kongress in München organisierte. Insofern stellte die Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltung für unser Team eine gewisse Herausforderung dar. Am Ende jedoch sind wir mit dem Verlauf des Kongresses sehr zufrieden. Auch freuen wir uns, dass das Feedback der rund 60 Teilnehmer*innen überwiegend positiv ausgefallen ist. Danken wollen wir auch allen Referent*innen und den meist ehrenamtlichen Helfer*innen, ohne die eine erfolgreiche Durchführung nicht möglich gewesen wäre. Die Verpflegung an diesem Wochenende übernahm das Team des FeldCafe aus München.

Partizipativer Kongress
Entwicklung oder nachhaltige Exklusion?
 + FREIHANDEL IN ZENTRALAMERIKA: FOLGEN, WIDERSTAND
 UND ALTERNATIVEN
 12-14. OKTOBER 2018 / EINWELTHAUS,
 SCHWANTHALERSTR. 80, MÜNCHEN

Mit Beiträgen von:
 DR. ULRICH MÖSSNER / ATTAC
 PABLO FAJARDO / ANIMAL UND
 AKTIVIST AUS EUADOR
 EVERARDO ULISES PEREZ POHE
 / RACDES IRED AMBIENTALISTA
 COMUNITARIOS DE EL SALVADOR
 AURELIA MARTINA ARZU ROCHEZ
 / OFRANEH (ORGANIZACION
 FRATERNAL TEGRA HONDUREÑA)

KONTAKT FÜR ANMELDUNG, FRAGEN
 ODER SONSTIGES
 SATHUEL WEBER | OCA@OEKU-BUERO.DE
 089-448 59 46
 WEITERE INFOS UNTER [HTTPS://WWW.OEKU-BUERO.DE/](https://WWW.OEKU-BUERO.DE/)

Landeshauptstadt
 München
 Kulturreferat
 *betrieben durch ENGAGEMENT
 GLOBAL mit Mitteln der*

VLB ÖP - Bayern-Wald, Ökologische Dienstleistungen für Privaten und Öffentlichen Sektor Dr. 01077 München, Tel. 089 541 59 46

Zusammenarbeit mit Schulen

Seit vielen Jahren bieten wir im Rahmen unserer Rundreisen mit Referent*innen aus Zentralamerika interessierten Schulen Doppelstunden mit unseren Gästen aus Zentralamerika an. Diese werden vor allem von künftigen Spanischabiturient*innen gern genutzt, um andere Weltansichten und Erfahrungen kennenzulernen, Sprache und Themen zu vertiefen.

Dieses Angebot versuchen wir stetig zu erweitern, indem wir auch verstärkt mit Referent*innen, die uns im Zusammenhang mit dem Projekt „Perspectivas Diversas“ besuchen, in den Schulunterricht gehen. Wir konzipieren mit Methoden des Globalen Lernens Projektstage und 2018 begannen die ersten Planungen und Vorbereitungsgespräche für ein erstes Projekt-Seminar im Jahr 2020 zum Thema „Klimawandel und Migration“.

Wir waren mit Everado Pérez Piche im Holbein-Gymnasium Augsburg und im Carl-Orff-Gymnasium Unterschleißheim zu Gast. Er sprach zur kolonialen und neueren Geschichte El Salvadors und diskutierte mit den Schüler*innen über die aktuellen Themen Ressourcenabbau und Privatisierung.

Karla Lara aus Honduras brachte das Thema Frauenrechte (nicht nur) in Honduras ins Michaeli-Gymnasium München, Aurelia Arzú informierte über Kultur und Kämpfe der Garifuna an der honduranischen



Everardo Perez Piche (El Salvador) in Aktion

Karibikküste. Gaba Sahory Reyes zeigte ein Video und sprach bei drei Veranstaltungen im Carl-Orff-Gymnasium Unterschleissheim über ihre Erfahrungen als Trans*Menschenrechtsaktivistin in Zentralamerika und als Geflüchtete in Deutschland.

Unsere Mexiko-Referentin und unser Kolumbien-Referent konzipierten gemeinsam einen spannenden neuen Projekttag, dessen Premiere bei den Schüler*innen des Michaeli-Gymnasiums sehr gut ankam: „Narcokultur und Narcoökonomie. Kolumbien und Mexiko – globaler Drogenhandel – Menschenrechte“

Weitere Projekttage zu den Themen „Green Economy“ und „Jugendliche im Kontext von Gewalt“ (mit dem Schwerpunkt Jugendbanden in El Salvador) können von Schulen in München und Umgebung bei uns angefragt werden.



Frauenpower: Karla Lara aus Honduras im Michaeli-Gymnasium, München

Öffentlichkeitsarbeit

En la Linea – Unsere Sendung bei Radio Lora

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Die meisten unserer Sendungen sind live mit Gästen und/oder O-Tönen. Themen waren 2018 unter anderem: die Kriminalisierung von Protesten in Deutschland (Robin Wood); Repression gegen Geflüchtete aus Gambia in Donauwörth; Wahlen in El Salvador; Friedensprozess in Kolumbien; Unruhen in Nicaragua; politische Gefangene in Mexiko und Honduras; Präsidentschaftswahlen in Mexiko; der Prozess im Mordfall Berta Cáceres in Honduras; Journalist*innen in Mexiko – ein Berufsstand im Fadenkreuz (Zusammenarbeit mit Allerweltonair, Köln); der Prozess gegen Heckler&Koch vor dem Stuttgarter Landgericht.

Homepage

Auf www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

YouTube-Kanal

Auf unserem YouTube-Kanal „Oeku Buero“ veröffentlichen wir Clips von Aktionen, Veranstaltungen und Interviews mit unseren Referent*innen. 2018 publizierten wir im Januar Clips zu Themen unserer Podiumsdiskussion „Saubermann Siemens?“ sowie Interviews mit Tomy Morales und Fran Omar zur aktuellen Situation in Honduras beziehungsweise El Salvador.

Facebook

Nach intensiven Diskussionen haben wir uns 2017 trotz großer Bedenken entschieden, eine Facebook-Fanpage zu eröffnen. Während des Jahres haben wir über diesen Kanal nicht nur die Informationen unserer Webseite geteilt, sondern auch externe Informationen, Eilaktionen, Petitionen und Einladungen zu Veranstaltungen.



Infostand am 1. Mai

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns Mails mit Informationen zu unseren Schwerpunktländern und *Urgent Actions*. Darüber hinaus machen wir auf kommende Veranstaltungen in München und deutschlandweit aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermitteln hiesigen Medien und freiberuflichen Kolleg*innen Hintergrundinformation und Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Außerdem verfassen wir eigene Beiträge für Zeitschriften wie *Lateinamerika Nachrichten*, *ILA* und *Amerika21* oder geben selbst Interviews für interessierte Medien.

Pressemitteilungen und Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben

offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu findet sich bei unseren jeweiligen Länderaktivitäten.

Veranstaltungsreihe „Perspectivas Diversas“

2018 hatten wir erneut die Möglichkeit, den Münchner*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näherzubringen, wobei neben der aktivistischen auch eine akademisch-kritische Sicht nicht fehlte.

- 21.06. Nicaragua in Aufruhr - Fakten, Hintergründe und Perspektiven mit Rosibel Kreimann und Edith Otero (beide Nicaragua)
- 06.07. Politische Gefangene in Honduras und Mexiko mit Emilie de Wolf (*Consortio Oaxaca*, Mexiko)
- 12.07. El Salvador nach den Wahlen - Umstrittene Privatisierungspolitik und die Perspektive sozialer Mobilisierung mit Francisco Omar Parada (El Salvador)
- 19.07. Die Stimme des honduranischen Widerstands in München mit Karla Lara und José Antonio Velásquez
- 10.08. Indigene Frauen, Gemeinschaftsland und Akkumulation durch Enteignung mit Josefa Sánchez (Mexiko)
- 09.11. No se Mata la Verdad - Dokumentarfilm über Journalismus in Mexiko mit Regisseur Témoris Grecko via Skype
- 24.11. Seminar-Nachmittag: Die postkoloniale Perspektive und ihre Bedeutung in entwicklungspolitischen und internationalistischen Handlungsfeldern mit Matthias Graf
- 28.11. Gewerkschaften und Friedensprozess in Kolumbien mit Luz Marina Díaz Jiménez (Kolumbien)
- 09.12. Leben und in Sicherheit sein – LGBT* in Zentralamerika und auf der Flucht mit Karla Avelar (El Salvador/Schweiz) via Skype
- 13.12. Projekttag am Michaeli-Gymnasium München: Narcokultur und Narcoökonomie. Kolumbien und Mexiko – globaler Drogenhandel – Menschenrechte

Factsheets

Vierseitige Factsheets vertiefen in kompakter und abwechslungsreicher Form Themen unserer Veranstaltungen und unserer Schwerpunkte. 2018 erarbeiteten wir Factsheets zu den Rechten indigener Völker und zu feministischen Perspektiven in Mexiko.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Nachfolgend werden einige Beispiele aufgeführt:

BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO liegt in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen heute im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.

HondurasDelegation und Europäisches Netzwerk der Honduras-Solidarität

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ging aus der Honduras-Delegationsreise 2010, die das Ökumenische Büro organisierte, hervor. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Netzwerks. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere der Berliner Gruppe Menschenrechtskette Honduras - *Cadena de Derechos Humanos Honduras* (CADEHO) statt. Im Juni gründeten wir bei einem großen Treffen in Berlin gemeinsam mit Aktivist*innen aus Frankreich, Italien, Norwegen, der Schweiz und Spanien das Europäische Netzwerk der Honduras Solidarität, das es nun Stück für Stück zu stärken und auszubauen gilt. Das Ökumenische Büro vertritt die HondurasDelegation zudem als eine

von 38 Gruppen und NGOs im Brüssler Advocacy-Bündnis Red EU-LAT, das 2017 aus der Fusion von *Grupo Sur* und CIFCA hervorging.

Im November 2009 riefen Journalist*innen, Bundestagsabgeordnete, Entwicklungshilfeorganisationen und Solidaritätsgruppen aus dem deutschsprachigen Raum das Netzwerk „Honduras-Koordination“ ins Leben. Es dient uns seither zum Informationsaustausch im Zusammenhang mit der Unterstützung der Demokratiebewegung in Honduras und ist nach dem Wahlbetrug 2017 und der folgenden Repressionswelle wieder zu einem wichtigen Forum geworden.

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Mit dem Sekretariat der Koordination haben wir 2018 eine Europarundreise mit mexikanischen Gästen zum *Universal Periodic Review (UPR)*-Verfahren beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen gemeinsam durchgeführt. So hat unsere Mexiko-Referentin Termine in Frankreich und Italien vereinbart sowie Veranstaltungen in München zusammen mit den mexikanischen Gästen geplant und wahrgenommen. Dabei kümmerte sich das Sekretariat der Koordination um die Organisation der Termine in Brüssel, Genf und Berlin. Fast vierzig Organisationen haben für das UPR-Verfahren einen gemeinsamen Bericht über die Lage der Menschenrechte in Mexiko herausgegeben und Vorschläge für Empfehlungen und Fragen an den mexikanischen Staat erarbeitet.

In der Nacht von 26. September 2014 kamen deutsche Gewehre gegen Studenten aus Ayotzinapa zum Einsatz. Ein Kugel verletzte den Studenten Aldo Gutierrez, der seitdem im Koma liegt. Wir engagierten uns in der Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko zum Heckler&Koch-Prozess sowie bei den Terminen von Aldo Bruder in Deutschland, um Gerechtigkeit hierzulande zu suchen. (Siehe: Mexiko Länderbericht).

Mission Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg. Schwerpunktthema 2018 war „Die große Gier nach Rohstoffen: Bergbau in Zentralamerika“ Unser El Salvador-Referent hielt einen Vortrag zum Thema „Rohstoffausbeutung/Extrak-

tivismus in Zentralamerika – Chancen und Risiken“ und gestaltete den Workshop „Widerstand gegen Rohstoffausbeutung (Extraktivismus) in Zentralamerika“

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschendes „Globalen Südens“ zu thematisieren. 2018 beteiligten wir uns unter anderem mit Kurzreferaten an der sehr gut besuchten Veranstaltung „Wie Lateinamerika tickt. Talk auf der Terrasse des Eine-Welt-Hauses zum Superwahljahr 2018“ und mit einem Infostand beim Wiedereröffnungsfest des EineWeltHauses.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir Beiträge bzw. arbeiten den Autor*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Runder Tisch Zentralamerika

Bei einem Studientag der AG Landrechte zum Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika im November 2013 in Berlin entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um

auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind seither Teil dieser Vernetzung. Wir unterstützen die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordination, die in Berlin ihren Sitz hat, nehmen regelmäßig an Diskussionsrunden im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns an der Jahrestagung des Runden Tisches.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen und sind seit 2015 dort Mitglied. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.

Mehr Information?

Unsere Homepage www.oeku-buero.de bietet Infos zu unseren Inhalten und Aktivitäten.

Jeden ersten Montag im Monat senden wir auf dem Münchner Lokalsender Radio Lora auf UKW 92,4 Mhz oder im livestream unter <http://lora924.de>

Über E-Mail-Verteiler informieren wir über unsere Aktivitäten und laden zur Teilnahme an Eilaktionen bei Menschenrechtsverletzungen ein. Zugang über: www.oeku-buero.de/kontakt.html

Einen Beitrag leisten?

Wir freuen uns über Spenden in jeder Höhe, auch als Daueraufträge. Zahlung ist möglich durch Überweisung, Lastschrift oder online unter www.oeku-buero.de/spenden.html

Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Mitmachen?

Unterstützung ist uns jederzeit willkommen, zum Beispiel durch Mitarbeit in unseren Arbeitskreisen, bei der Gestaltung unserer Veranstaltungen oder durch Teilnahme an einer Reise nach Mittelamerika. Auch für die, die weiter weg von München wohnen, gibt es Möglichkeiten. Ein Anruf genügt.

Wer Mitglied werden will, bekommt auf Anfrage eine Beitritts-erklärung.



www.oeku-buero.de

Bildcredits

Titelseite	GIEI, Nicaragua
Seite 8	Wikimedia, © CC0 Voice of America
Seite 9, 16, 17	Jorge Mejía Peralta, flickr.com
Seite 10, 12, 15	Onda Local
Seite 14	CENIDH
Seite 24, 32, 36	Víctor Ortega
Seite 25,26, 34	Ojos de Perro
Seite 27	Werner Hillebrand, Lizenz: cc
Seite 29, 31	Damián Gallardo
Seite 33	Pacta Servanda e. V.
Seite 35, 37, 38	Fabiola Araiza
Seite 41, 46, 61	MADJ
Seite 42	© Delmer Membreño
Seite 43, 58 (Mitte)	freedwinespinallibertad.blogspot.com
Seite 45	OAS-MACCIH
Seite 49	Radio Progreso
Seite 52 (oben), 53	COPINH
Seite 52 (Mitte)	© Giorgio Trucchi
Seite 60	Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Seite 62	AIRWAYS.COM
Seite 65	CADEHO
Seite 66	Erika Harzer
Seite 67	Asociación LGTB Arcoíris de Honduras
Seite 69	Christian Aid, Emma Wigley
Seite 73	Partido Centro Democrático
Seite 74	Jose Ruiz
Seite 75	Alexandra Yepes
Seite 76	Leonardo Muñoz/EFE
Seite 77	Luis Iglesia Carmona / aulabiologiaactiva.blogspot.com
Seite 78	Santiago Ochoa/
Seite 80	Harald Pürzel
Seite 81	Alexandra Yepes
Seite 82	Johannes Schön/Förderverein 180
Seite 83 (oben)	Alexandra Yepes
Seite 83 (unten)	Catalina Aristizabal
Seite 86	FMLN
Seite 88	Fuerza Estudiantil Salvadoreña
Seite 96, 97	Everardo Pérez Piche
Alle anderen:	Öku-Büro

Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2018 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team vom Ökumenischen Büro

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM